

## LEITARTIKEL

## Lehren aus Zwickau

HUBERT KEMPER  
ÜBER SACHSENS REAKTION  
AUF DIE NAZIMORDE



hubert.kemper@freiepresse.de

Die Wartezeit fiel lang aus. Beinahe quälend lang. Mehr als zehn Tage ließ Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich verstreichen, ehe er sich erstmals zu den Morden des Zwickauer Neonazi-Trios äußerte. Gestern drückte er seine Betroffenheit aus, versicherte den Angehörigen sein Mitgefühl. Das war sein Part. Diese Beileidsbekundung ließ sich nicht an den Innenminister delegieren. Eine solch ungewöhnliche Verbrechenserie fordert den Landesvater, sie appelliert an seine menschlichen und politischen Instinkte.

Spontanität schließt immer ein gewisses Risiko ein. Tillich ist dagegen gefeit. Weder redet er zu früh, noch zu viel. Aus der Warteposition vermeidet er Fehler, verpasst aber gelegentlich den richtigen Einsatz. Längst hatten vor Tillich andere Spitzenpolitiker ihr Herz sprechen lassen. Das sind Pflichtübungen – an die Adresse trauernder Opferfamilien ebenso wie an irritierte Bürger.

In der Unfassbarkeit der ersten Nachrichten hätte man sich gern weggeduckt. Doch die Mörder lebten in Sachsen. Hier raubten sie Banken aus, hier assistierten ihnen Gesinnungskameraden. Der Makel, den das Land mitträgt, ist nicht nach Thüringen und weiter westlich zu exportieren. Aus der noch spürbaren Betroffenheit kann eine ehrliche Bestandsaufnahme resultieren. Die Schockwellen, die durch die Flure von Polizei und Verfassungsschutz rauschen, sind die beste Therapie gegen abermaliges Versagen.

Die Polizei rüstet nun auf. Der Landespolizeipräsident spricht von einer „Zäsur“. Rechtsextremistischer Terror war ein bisher unbekanntes Phänomen, lautet die Erklärung. Die Sicherheitsbehörden sind wachgerüttelt und stellen sich neu auf – man darf hoffen, in der gebotenen Besonnenheit und Gründlichkeit und unter Einschluss der in diesem Fall ahnungslosen Verfassungsschutz. Die sächsischen „Schlapphüte“ erleben wenige Jahre nach der peinlichen Aktenaffäre, die das Land unter dem Begriff „Sachsensumpf“ in Misskredit gebracht hatte, eine weitere Vertrauenskrise, deren Ausmaß noch nicht absehbar ist.

Auch für den Einsatz der Bürger gegen Rassismus und Extremismus will das Land mehr Geld ausgeben. Sinn macht diese Investition aber nur, wenn sich der Staat und die von unseren Steuern finanzierten und meist gut informierten Initiativen als Partner verstehen, die an einem Strang ziehen. Das wäre eine Zäsur, die hoffnungsvoll stimmen könnte.

## IMPRESSUM

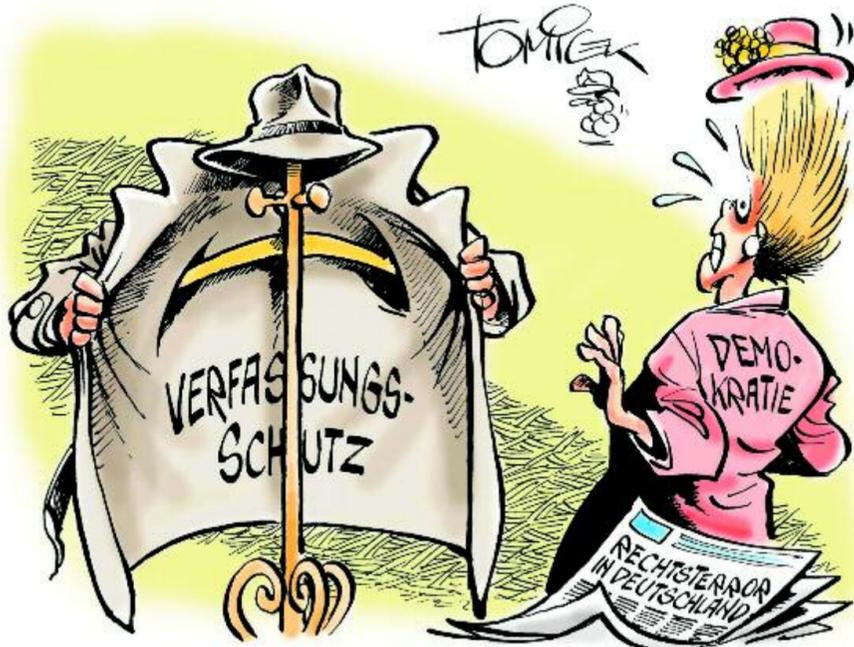
Herausgeber:  
Medien Union GmbH Ludwigshafen  
Verlag:  
Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG,  
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder  
09002 Chemnitz, Postfach 261  
Telefon: 0371 6560  
Telefax Redaktion: 0371 656-17084  
Telefax Anzeigen: 0371 656-17077  
Internet: www.freiepresse.de  
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de

Geschäftsführer: Ulrich Lingnau  
Chefredakteur: Torsten Kleditzsch (v.i.s.d.p.)  
Leitende Chefredakteure:  
Udo Lindner, Jana Klameth

Anzeigenleiter: Sven Manske (v.i.s.d.p.)  
Leiter Leserkontakt: Arne Stück

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 23,20 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 30,30 € (Inland) bzw. 49,70 € (Ausland). Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.



Nackte Tatsachen.

KARIKATUR: TOMIEK

## IM FOKUS

## Timoschenko erhält kurzen Hafturlaub

Frühere ukrainische Regierungschefin darf sich medizinisch behandeln lassen



FOTO: SERGEI GULANOV/WORLDPHOTO

Die wegen Amtsmissbrauchs verurteilte ehemalige ukrainische Regierungschefin Julia Timoschenko darf zur medizinischen Behandlung das Gefängnis für einen Tag verlassen. Präsident Viktor Janukowitsch räumte gestern ein, die medizinische Versorgung in der Haftanstalt sei nicht ausreichend. Die Behörden hatten zuvor erklärt, die 50-jährige habe Rückenbeschwerden und Probleme beim Laufen. Ihre Angehörigen hatten den Umgang mit ihr in der Haft als „Folter“ kritisiert. Demnach wird sie trotz ihrer Beschwerden regelmäßig verhört.

Ein Gericht in Kiew hatte die frühere Regierungschefin im Oktober

wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilt. Sie wurde für schuldig befunden, ihrem Land beim Abschluss von Gasverträgen mit Russland Schäden in Millionenhöhe zugefügt zu haben. Mehrere EU-Staaten hatten das Urteil als politisch motiviert kritisiert.

Timoschenko sieht sich als Opfer einer politischen Intrige, hinter der ihr Widersacher Janukowitsch stecken soll. Derzeit läuft noch ein weiteres Verfahren: Timoschenko soll in den 1990er-Jahren Devisen im Wert von umgerechnet 121 Millionen Euro vor den Behörden verborgen sowie 4,3 Millionen Euro Steuern hinterzogen haben. (afp)

## DAS THEMA: DAS NEONAZI-NETZWERK IN SACHSEN UND THÜRINGEN

## Die Spur führt in den Thüringer Wald

Der Mord an Polizistin Michèle K. ist der einzige dem Zwickauer Terror-Trio zugeschriebene, für den es kein nahe liegendes Motiv gibt. Kam sie den Neonazis in die Quere? Die Politik zeigt derweil Trauer und Entschlossenheit.

VON JENS EUMANN

**CHEMNITZ** – Als man im ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach vor zwei Wochen die Dienstwaffe der Polizistin Michèle K. entdeckte, war Fritz W. zum ersten Mal seit Jahren überzeugt, dass der Tod seiner Enkelin gesühnt wird. „Dass es so weit gekommen ist, freut uns“, sagte der Großvater der 2007 in Heilbronn ermordeten 22-jährigen Polizistin der „Heilbronner Stimme“. Die Bilder der mutmaßlichen Bankräuber Uwe Mundlos (38), Uwe Böhnhardt (34) und ihrer Komplizin Beate Zschäpe (36) sagten ihm nichts. „Das kann keine Verbindung zu Michèle sein“, urteilte er. Auch dass der Stuttgarter Generalstaatsanwalt den Fall vor schnell für bereits gelöst erklärte, stieß Fritz W. unangenehm auf. Man solle die Ermittler lieber in Ruhe arbeiten lassen, befand der 72-Jährige.

## Plötzlich ist alles ganz nah

Inzwischen nahmen die Ermittlungen ihren Lauf. Doch inzwischen ist die optimistische Auskunftsfreude des Großvaters erneut der Wortkargheit gewichen. Äußern mochte er sich gestern auf Anfrage nicht mehr. Möglicher Grund: Die bisherige Ermittlungsarbeit ergab, dass der Mord an seiner Enkelin doch alles andere als ein Zufall gewesen sein kann. Die Spuren führen vom fernen Heilbronn zurück in den Heimatort der ermordeten Polizistin, in dem die Familie nach wie vor lebt:

die im Thüringer Wald gelegene 1900-Seelen-Gemeinde Oberweißbach. Plötzlich ist alles ganz nah.

Trotz der Arbeit im fernen Baden-Württemberg blieb Michèle K. ihrer Heimat verbunden, kehrte öfter zurück. Dabei wohnte sie zeitweise in nächster Nähe einer Gaststätte, in der 2006, ein Jahr vor ihrer Ermordung, eine Veranstaltung des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Westthüringen“ stattfand. Im Internet präsentierte sich der fragliche Gasthof „Zur Bergbahn“ damals unter neuer Regie. Laut Impressum lag die Präsentation beim Jenaer Webdesigner Ralf W., seinerzeit Vize-Landeschef der NPD in Thüringen. Genau jener Ralf W. hatte vor dem Verschwinden des 1998 in Jena ab- und jetzt in Zwickau aufgetauchten Terror-Trios zu dessen engstem Kreis gehört. Wie die drei mutmaßlichen Terroristen war er Aktivist des Kameradschaftsnetzwerkes „Thüringer Heimatschutz“ gewesen, wie sie hatte er der sechsköpfigen Clique der „Kameradschaft Jena“ angehört. Aus der stammte auch der in Niedersachsen festgenommene Verdächtige Holger G.

Bisher ging man davon aus, dass zwischen der ermordeten Polizistin und den drei mutmaßlichen Terroristen keine Verbindung bestanden haben konnte, weder räumlich noch vom Alter her. Zumindest die räumliche Nähe zu alten Kameraden des Trios liegt inzwischen auf der Hand. Darüber hinaus knüpfte Ralf W. seit dem Abtauchen seiner Freunde

auch neue Bande, unter anderem zur heranwachsenden nächsten Generation von Neonazis. Zu Thomas G. aus Altenburg etwa, mit dem zusammen Ralf W. musikalische Festivals auf die Beine stellte. Thomas G. stieg zeitweise zu einem der führenden Köpfe der Thüringer Szene auf und strukturierte die Kameradschaftsbewegung zum „Freien Netz“ um, in dem sich sogenannte „Autonome Nationalisten“ tummelten. Diese Bewegung nannte sich nicht nur autonom. Sie betrieb auch eine Art Verwirrspiel. Bei Aufmärschen trugen diese Neonazis Kleidung und Flaggen, die bis auf invertierte Farbcodes absolut identisch mit denen ihrer politischen Gegner von links waren. Eine solche Bewegung hob Thomas G. auch in Zwickau aus der Taufe, indem er den jungen Neonazi Daniel P. aus seinem Aktionskreis in

Meuselwitz als Wortführer dorthin schickte und eine Kameradschafts-WG gründen ließ.

## Die nächste Generation

Doch auch in den Saalfelder Raum unweit des Thüringer Waldes pflegte Thomas G. Kontakte – enge Kontakte. Er war mit Marlen P. liiert, die als Chef-Ideologin des sogenannten Thüringer Mädchlings galt, der einzigen rein weiblichen Neonazi-Organisation in Thüringen. Thomas G.s Bruder kam zugleich einem weiteren aus Saalfeld stammenden „Mädchling“ aus dem Ring näher: Mareike B., genannt „Rieke“. Diese auf den ersten Blick nicht als stramme Nationalistinnen erkennbaren Frauen stammten aus dem regionalen Umfeld der Polizistin Michèle K. Außerdem befanden sie sich – anders als das Zwickauer Terror-Trio der ersten

Generation – im exakt gleichen Alter. Dass die junge Polizistin ihnen bereits vor ihrer Berufswahl oder danach in die Quere gekommen sein kann, halten Ermittler für nicht ausgeschlossen. Auf die Frage, ob sie Michèle K. persönlich gekannt habe, antwortete Marlen P. gestern ausweichend: „Kein Kommentar.“

Zumindest einem der drei aus dem Zwickauer Terror-Trio könnte die Polizistin sogar direkt über den Weg gelaufen sein. Der Jenaer Professorensohn Uwe Mundlos hatte sich 1995, also drei Jahre vor dem Untertauchen seines Trios, am staatlichen Kolleg in Ilmenau eingeschrieben, um sein Abitur nachzuholen. Ilmenau liegt kaum 30 Kilometer entfernt von Oberweißbach. Ob der Jenaer Neonazi schon zu der Zeit Kontakte in den Thüringer Wald knüpfte, ist unklar. Doch soll Uwe Mundlos nach seinem Verschwinden in den Untergrund dort aufgetaucht sein, konkret in Oberweißbach. Im Sommer 2005, zu dem Zeitpunkt bereits seit sieben Jahren im Untergrund, soll Mundlos dort mehrfach im Kreis einer Gruppe Rechtsextremer gesehen worden sein, berichtet die „Super-Illu“. „Ich halte es für möglich, dass die junge Frau in irgendeiner Form mit den Leuten in Kontakt gekommen ist und dabei Kenntnis von Dingen erlangte, durch die sie wegen ihres Berufs zu einem Sicherheitsrisiko wurde“, sagt eine Kennerin der Thüringer Szene. Die Soziologin arbeitet seit 20 Jahren mit deren Aussteigern.



Der Gasthof „Zur Bergbahn“ in Oberweißbach, dem Heimatort der ermordeten Polizistin, wurde zeitweise zum Neonazi-Treff. FOTO: ACTIONPRESS

## Das Parlament bittet um Verzeihung

Bundestag entschuldigt sich bei Familien der Opfer der Neonazi-Morde – Kritik an Sicherheitsbehörden dauert an

VON ALESSANDRO PEDUTO

**BERLIN** – Es war ein deutliches Zeichen. Die Abgeordneten des Bundestages erhoben sich gestern zu Beginn der Parlamentsberatung von ihren Plätzen, um der Opfer der Mordserie der rechtsextremistischen Zwickauer Terrorzelle zu gedenken. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sagte: „Wir sind beschämt, dass die Sicherheitsbehörden der Länder wie des Bundes die über Jahre hinweg geplanten und ausgeführten Verbrechen weder rechtzeitig aufdecken noch verhindern konnten.“ Lammert äußerte im Namen aller Abgeordneten „eine besondere Bitte der Entschuldigung für manche Verdächtigungen von Opfern und Angehörigen, die sie während der Ermittlungen vor Ort erleben mussten“.

Der Parlamentspräsident bezog

sich damit auf die fälschliche Verortung der Morde im Schutzgeld-, Drogen- und Mafia-Milieu. Lammert betonte, der Schutz von Leib und Leben habe Geltung „für jeden, der hier lebt, mit welcher Herkunft, mit welchem Glauben und mit welcher Orientierung auch immer“.

## „Ignoranz und Blindheit“

Zugleich verabschiedete der Bundestag gestern eine Entschließung aller Fraktionen, in der die Morde verurteilt werden. Es war der erste parteiübergreifende Antrag dieser Art seit 2009. Für gewöhnlich lehnt es die Union strikt ab, gemeinsam mit der Linken Beschlüsse zu fassen.

Nichtsdestotrotz kam es zu einer heftigen Debatte. Während Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) lückenlose Aufklärung der Ermittlungsspannen versprochen,

warf SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier der Regierung vor, Initiativen gegen Rechtsextremismus zu gängeln, statt sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. Den Verfassungsschutz bezichtigte Steinmeier, die Gefahren des Rechtsextremismus maßlos verharmlost zu haben.

Auch Grünen-Fraktionschefin Renate Künast sprach von „Ignoranz und Blindheit“ der Sicherheitsbehörden gegen Rechts. Linksfraktionschef Gregor Gysi warf den Verfassungsschutz Kumpanei mit der rechtsextremen Szene vor, etwa beim Umgang mit V-Leuten.

Derweil ist die Frage weiter ungeklärt, wie die rechtsextremistischen Täter über Jahre unentdeckt bleiben konnten. Ein Erklärungsversuch könnte im Verfassungsschutzgesetz begründet liegen. Demnach sind die Inlandsgeheimdienste verpflichtet, erhobene Daten einer observierten Person zu löschen, falls es über sie

innerhalb einer gesetzlich festgelegten Frist keine neuen Erkenntnisse gibt. Damit soll vermieden werden, dass observierte Personen auf unbegrenzte Zeit in den Akten der Geheimdienste geführt werden.

## Daten womöglich gelöscht

Im Fall der Zwickauer Terrorzelle könnte es genau auf diese Weise dazu gekommen sein, dass Akten von Personen, die vor Jahren im Umkreis der Rechtsextremisten beobachtet wurden, die aber den Verfassungsschutzern später nicht mehr auffielen, inzwischen geschreddert sind. Dies dürfte mit ein Grund sein, warum die derzeitige Rekonstruktion der vielen Fahndungsspannen erhebliche Zeit in Anspruch nimmt.

**LESERREAKTIONEN** Zu den Neonazi-Morden haben sich auch viele Leser in Briefen an die Redaktion geäußert. Eine Auswahl finden Sie heute auf der Seite **Leserforum**.

## Trauer um die zehn Opfer

**Gemeinsam und einstimmig** haben die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Linken und Grünen gestern eine Entschließung zur Neonazi-Mordserie verabschiedet. Darin geben die Fraktionen ihrer Trauer um die zehn Opfer Ausdruck. „Wir fühlen mit den Angehörigen der Opfer, die geliebte Menschen verloren haben.“ Zugleich äußern sie sich „zutiefst beschämt, dass nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Morde hervorbriingt“. Verlangt wird eine zügige Aufklärung der Morde.

**Die Strukturen** der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene müssten dringend überprüft werden, heißt es weiter. Die Parteien zeigten sich entschlossen, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus weiterzuführen. „Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in unserem demokratischen Deutschland keinen Platz.“ (fp)

# Die Frage nach dem Warum

Mit einer Schweigeminute und der Enthüllung einer Gedenktafel haben Menschen in Heilbronn der ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter gedacht.

VON JENS EUMANN

**HEILBRONN** – Das Kondolenzbuch will nicht enden. „Ich hoffe sehr, dass die Killer gefasst werden und dafür büßen, was sie getan haben“, schrieb eine Angelica 2008 zum ersten Jahrestag des Mordes auf der Heilbronner Theresienwiese. Weit über 200 Einträge zählt die von der Polizei zu Ehren der ermordeten Polizeimeisterin Michèle Kiesewetter betreute Plattform im Internet: Das Wer, das Warum, diese Fragen klingen bei den meisten Einträgen an.

Zum gestrigen fünften Jahrestag ist vieles anders, scheint zumindest ein Teil der Fragen beantwortet. Auf der Heilbronner Theresienwiese, wo gerade der örtliche Rummel aufgebaut wird, sind mehr als 200 Menschen zusammengekommen, als Baden-Württembergs Innenminister Reinhold Gall die Gedenktafel ent-



**Michèle Kiesewetter**  
ermordete Polizistin

FOTO: MICHAEL LATZ/DAPD

hüllt, die mit der gemeinsamen Erklärung der Städte Hamburg, Dortmund, Rostock, Kassel, Nürnberg, München und Heilbronn an alle Tatorte, an alle Opfer des Terrortrios erinnert, das sich Nationalsozialistischer Untergrund nannte.

## Zweifel an schnellen Antworten

Bedächtig stellt der alte Herr im dunkelgrauen Anzug eine Schale Blumen neben die Stele. Gelbe Tulpen und rote Rosen hat Fritz W. für seine Enkelin an den Tatort mitgebracht. Vor genau fünf Jahren starb seine Enkelin an dieser Stelle im Kugelha- gel, ihr Kollege überlebte schwer verletzt. Als der Großvater die Blumenschale abgesetzt hat und sich wieder aufrichtet, sucht seine Hand die seiner Frau, die neben ihm steht. Der Innenminister dankt den Großeltern, einem Cousin der Getöteten und deren Mutter für die Kraft, noch einmal herzukommen. Michèle Kiesewetters Mutter hat es erstmals geschafft, wie sie es auch erst vor Wochen erstmals schaffte, zum Grab im Heimatort Oberweißbach zu gehen. Zu tief saß über Jahre die Schockstarre, wie der Großvater der „Freien Presse“ bei einem vorangegangenen Treffen daheim im Thüringer Wald berichtet.



Die Großeltern und ein Cousin von Michèle Kiesewetter gedenken gestern ihrer ermordeten Verwandten. Auf der Theresienwiese in Heilbronn, dem Tatort, wurde eine Gedenktafel enthüllt.

FOTO: RONALD WITTEK/DAPD



Polizisten sicherten am 25. April 2007 die Spuren am Tatort des Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter.

FOTO: THOMAS KIENZLE/ARCHIV/DAPD

Innenminister Gall mahnt im Sinne der Hinterbliebenen und der Opfer alle zur Besonnenheit, erinnert an die Belastungen, die „öffentliche Spekulationen“ für sie bedeuten. Auch davon berichtete Fritz W. der „Freien Presse“ bereits. Schließlich verfolgte er die Ermittlungen zum Tod seiner Enkelin von Beginn an: die Zeit der Suche nach der Phantomfrau, deren genetischen Fingerabdruck man vermeintlich am Tatort fand, bis sich herausstellte, dass für die Sicherung von Spuren

schlicht verunreinigte Wattestäbchen benutzt worden waren. Fritz W. entsinnt sich der ausweichenden Erklärungen, mit denen das baden-württembergische Landeskriminalamt damals auf die Panne reagierte. Und er entsinnt sich, wie neue Hoffnung auf Aufklärung keimte, als man im November vorigen Jahres im ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach die Dienstwaffen seiner Enkelin und ihres Kollegen fand, neben den beiden offenbar in den Freitod geflohenen Terroristen Uwe



Im Gasthof „Zur Bergbahn“ fand 2006 eine Veranstaltung eines rechtsgerichteten Aktionsbündnisses statt.

FOTO: ARCHIV/ACTION PRESS

Mundlos und Uwe Böhnhardt. „Aber seitdem hatte man auf alles viel zu schnell Antworten“, kritisiert der Großvater, der einst selbst Polizist war, wie er sagt. Michèle Kiesewetter stamme gewissermaßen aus einer Polizistenfamilie. Auch ihr Onkel, ihr großes Vorbild, sei Polizist gewesen.

Schnelle Antworten? Holterdipolter verkündete der Stuttgarter Generalstaatsanwalt im November aus der Ferne, der Fall sei geklärt, als man in der Zwickauer Wohnung

## Erklärung der Tatort-Städte

Die sieben Städte, die von der Neonazi-Mordserie betroffen waren erinnern mit einer gemeinsamen Initiative an die Opfer der terroristischen Gruppe „NSU“. In einer Erklärung gedenken die Städte aller zehn Opfer – der neun Kleinunternehmer ausländischer Herkunft und der Polizistin Michèle K. Die gemeinsame Erklärung hat folgenden Wortlaut:

**Neonazistische Verbrecher** haben zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen in sieben deutschen Städten ermordet: Neun Mitbürger, die mit ihren Familien in Deutschland eine neue Heimat fanden, und eine Polizistin. Wir sind bestürzt und beschämt, dass diese terroristischen Gewalttaten über Jahre nicht als das erkannt wurden, was sie waren: Morde aus Menschenverachtung. Wir sagen: Nie wieder! Wir trauern um Enver Simsek, 11. September 2000, Nürnberg  
Abdurrahim Özüdogru, 13. Juni 2001, Nürnberg  
Süleyman Tasköprü, 27. Juni 2001, Hamburg  
Habil Kiliç, 29. August 2001, München  
Mehmet Turgut, 25. Februar 2004, Rostock  
Ismail Yasar, 5. Juni 2005, Nürnberg  
Theodoros Boulgarides, 15. Juni 2005, München  
Mehmet Kubasik, 4. April 2006, Dortmund  
Halit Yozgat, 6. April 2006, Kassel  
Michèle Kiesewetter, 25. April 2007, Heilbronn

zwar stattgefunden und bestätigt, dass es sich um die Tatwaffen handelt. Dennoch bleibt Fritz W. skeptisch, ob damit alles geklärt ist. Dass man bei den Ermittlungen bisher nicht davon ausging, dass die Polizeidienstwaffen illegal erworben, sondern beim Mord geraubt wurden, erklärt sich damit, dass sich die Reizgasflasche und die Handschellen der getöteten Beamtin ebenfalls im Besitz der Terroristen befanden.

## Spuren in Kiesewetters Heimat

Als erste Spuren in den Heimatort von Kiesewetter, nach Oberweißbach führten, sprach Bundeskriminalamtchef Jörg Ziercke von einer möglichen „Beziehungstat“. Später ruderte er zurück. Er habe eher Bezugspunkte zum Ort als persönliche Beziehungen der Täter zu Kiesewetter gemeint. Fakt ist, der örtliche Gasthof „Zur Bergbahn“ wurde damals von David F. betrieben. Er ist der Bruder der Frau des ehemaligen Thüringer NPD-Landes-Vizes Ralf Wohlleben. Ralf Wohlleben, der inzwischen als mutmaßlicher Mordwaffenorganisator des Terrortrios inhaftiert ist, betreute die Internetpräsenz der damals braunen Gaststätte. 2006, im Jahr vor Kiesewetters Ermordung, fand dort eine Saalveranstaltung des „Nationalen und sozialen Aktionsbündnisses Westthüringen“ statt. Veranstalter war der heutige Organisationsleiter der Bundes-NPD, Patrick Wieschke aus Eisenach, selbst verurteilter Helfer eines Sprengstoffanschlags im Jahre 2000 auf einen Döner-Imbiss.

Der Gasthof „Zur Bergbahn“ ist nicht die einzige Spur des Neonazi-Netzwerks in den Heimatort der Polizistin. Mit dem Aktionsbündnis eng verwoben waren zeitweise auch die Frauen des Thüringer Mädelrings. Mareike B., genannt „Rieke“, galt über Jahre als Kopf dieser Neonazi-Frauengruppe. Sie wuchs in Mellenbach-Glasbach auf, einem fünf Kilometer von Oberweißbach gelegenen Ort, in dem Michèle Kiesewetter ihre beste Freundin hatte. Mareike B. reagiert auf die Frage, ob sie Michèle Kiesewetter persönlich kannte, ausweichend: „Dazu äußere ich mich nicht“, sagte die mit ihrer blauen Punkerlocke auf dem ersten Blick nicht dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnende Frau auf Anfrage an ihrer Wohnungstür. Michèle Kiesewetters Großvater winkt ab, eine Mareike oder Rieke habe nie zum Kreis seiner Enkelin gehört. Warum Mareike B. dann ausweichend antwortet, kann er sich nicht erklären.

Auf der Kondolenzseite im Netz gibt es ein junges Mädchen, das Michèle Kiesewetter nicht persönlich kannte: „Ich habe mich mittlerweile sehr intensiv mit Dir und Deinem Schicksal auseinandergesetzt“, schreibt die junge Besucherin. „Ich möchte... nach meinem Abitur auch gerne Polizistin werden.“

ANZEIGE

Herzlich willkommen

## Blühendes Sachsen

Saisonöffnung in Ihrer Gärtnerei am 28. und 29. April 2012

Blaue Fächerblume



Fotos: LV Gartenbau Sachsen

**Erleben Sie die herrlichen Blütenfarben, Düfte und Pflanzenformen für den Balkon und Ihren Garten bei den sächsischen Gärtnern – ganz in Ihrer Nähe:**

|   |   |   |
|---|---|---|
| <p><b>Gärtnerei Ziegengest</b><br/>ZIMO Landschaftsbau &amp; Pflege GmbH<br/>Gärtnerei Püschel<br/>Baumschule Mülsengrund<br/>Blumen Nötzold GbR<br/>Friedhofsgärtnerei Christoph Schulze<br/>Gärtnerei Tröltzsch<br/>Gartenbaubetrieb Olaf Pause<br/>Gartenbau C.W. Schwarz<br/>Gärtnerei Neugebauer<br/>Gärtnerei Liebchen's Gartenbau<br/>Gärtnerei Horn<br/>Gärtnerei Böhme<br/>Gärtnerei Gränz<br/>Baumschule Hohenstein-Ernstthal GmbH<br/>Gärtnerei Taubner<br/>Gärtnerei Albert<br/>Gärtnerei Kutzke<br/>Gärtnerei Weigel<br/>Gärtnerei Müller<br/>Gärtnerei Gärtner<br/>Gärtnerei Trautzsch<br/>Gartenbaubetrieb Frank Dietze<br/>Gartenbaubetrieb Jehmlich-Floristik e. K.<br/>Gärtnerei Lange<br/>Gärtnerei Bimberg GbR<br/>Baumschule u.GB Freiberg GmbH<br/>Gartenbau Süß<br/>Schöne – Blumen – Floristik &amp; Gartenbau<br/>Gärtnerei Köhler<br/>Gärtnerei Richter<br/>Gärtnerei Haider<br/>Gärtnerei Starke<br/>Gärtnerei Wittich<br/>Gärtnerei Martin<br/>Gärtnerei Franke<br/>Gärtnerei Blankenburg</p> | <p>08056 Zwickau<br/>08058 Zwickau/Mosel<br/>08064 Zwickau<br/>08132 Mülsen/OT Stangendorf<br/>08141 Reinsdorf/Friedrichsgr.<br/>08451 Rimmitschau<br/>08606 Oelsnitz<br/>09114 Chemnitz<br/>09123 Chemnitz-Einsiedel<br/>09236 Claußnitz<br/>09306 Erlau/OT Crossen<br/>09326 Geringswalde<br/>09328 Lunzenau<br/>09337 Langenchursdorf<br/>09337 Hohenstein-Ernstthal<br/>09350 Lichtenstein<br/>09366 Stollberg<br/>09573 Leubsdorf<br/>09376 Oelsnitz/Neuwürschnitz<br/>09405 Gornau<br/>09430 Drebach<br/>09514 Lengfeld<br/>09518 Augustusburg<br/>09526 Olbernhau<br/>09573 Augustusburg<br/>09599 Freiberg<br/>09603 Großschirma<br/>09619 Dorfchemnitz<br/>09619 Mulda<br/>09648 Mittweida<br/>09648 Mittweida<br/>09648 Mittweida<br/>09648 Mittweida/OT Frankenu<br/>09661 Hainichen<br/>09661 Hainichen<br/>09669 Frankenberg<br/>09669 Frankenberg</p> | <p>Fröbelstr. 20<br/>Birkenweg 2<br/>Fr.-Naumann-Str. 25<br/>Baumschulenweg 1<br/>Gewerbestr. 14<br/>Zeitzer Str. 4<br/>Görnitzer Weg 10<br/>Auerswalder Str. 28<br/>Gärtnerieweg 3<br/>Burgstädter Str. 37<br/>Obercrossen 10<br/>Waldstr. 1<br/>Burgstädter Str. 31<br/>Gärtnergasse 6<br/>Im Viertel 1<br/>Glauchauer Str. 41<br/>Schneeberger Str. 2<br/>Fabrikweg 7<br/>Schulstr. 37<br/>Chemnitzstraße 82<br/>Venusberger Str. 7<br/>Feldstr. 5<br/>Boden 7<br/>Freiberger Str. 50<br/>Eppendorfer Str. 4 a<br/>Obergasse 13<br/>Münzbachtal 126<br/>Hauptstraße 9<br/>Hauptstr. 53<br/>B.-Schmidt-Str. 9<br/>Chemnitz Str. 30 c<br/>Chemnitz Str. 43<br/>Viehweg 5<br/>Nossener Str. 36<br/>Feldstr. 15<br/>Äußere Freiberger Str. 1a<br/>Gnauckstr. 3</p> |
|---|---|---|

**Erleben Sie das „Blühende Sachsen“, die sommerbunte Blütenvielfalt bei Ihrem Gärtner.**  
Gemeinschaftsaktion der Mitgliedsbetriebe im Landesverband Sachsen e.V. mit Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft.  
[www.gartenbau-sachsen.de](http://www.gartenbau-sachsen.de)

NACHRICHTEN

NEONAZIS

„Sturm 34“ pflegte Kontakte zur NPD

DRESDEN – Mitglieder der inzwischen verbotenen Neonazi-Kameradschaft „Sturm 34“ in Mittweida hatten enge Verbindungen zur rechtsextremen NPD. Es habe regelmäßige Treffen zwischen Mitgliedern von „Sturm 34“ und der Partei gegeben, sagte ein Vertreter des Staatsschutzes gestern am Landgericht Dresden im Prozess gegen fünf mutmaßliche Rädelsführer der Gruppe. „Sturm-34“-Mitglieder seien auch als Sicherheitskräfte für NPD-Veranstaltungen eingesetzt worden. Das sächsische Innenministerium hatte „Sturm 34“ im Jahr 2007 verboten. Den heute zwischen 23 und 44 Jahre alten Angeklagten wird unter anderem die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. (dapd)

LINKE

Heyenn kandidiert für Parteivorsitz

BERLIN – Die Hamburger Linken-Fraktionschefin Dora Heyenn hat ihre Kandidatur für den Vorsitz der Bundespartei erklärt. Sie wolle dazu beitragen, „die Kräfte unserer Partei wieder zusammenzuführen für eine erfolgreiche Politik in Bund und Ländern“, erklärte Heyenn gestern. Am Mittwoch hatten die nordrhein-westfälische Linken-Chefin Katharina Schwabedissen und die sächsische Parteivize Katja Kipping ihre Bewerbung als Doppelspitze erklärt, um einen Ausweg aus der Führungskrise der Linken aufzuzeigen. Daneben kandidieren Bundestags-Fraktionsvize Dietmar Bartsch sowie die Zwickauer Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann. (afp/fp)



FOTO: ROLAND MAGNAN/DAPD/REUTERS

UKRAINE

Wüste Schlägerei im Parlament

KIEW – Erneut ist eine Parlamentsdebatte in der Ukraine in eine wüste Schlägerei ausgeartet: An den Handgreiflichkeiten, bei denen mindestens ein Parlamentarier krankenhaushausreif geschlagen wurde, beteiligten sich am späten Donnerstagabend mindestens ein Dutzend Abgeordnete. Parlamentspräsident Wolodimir Litwin, der selbst attackiert worden war, forderte gestern Neuwahlen. Auslöser des Zwists war der Streit um den Vorschlag, die offizielle Benutzung der russischen Sprache im Lande auszuweiten. Die Opposition lehnt dies strikt ab. Mit dem Ende der Sowjetunion hatte Russisch 1991 seinen Status als Amtssprache verloren, seither hat nur noch das Ukrainische diesen Rang. Zwei Drittel der Bürger geben Ukrainisch als Muttersprache an, die große Mehrheit beherrscht aber beide Sprachen. (afp/fp)

Der Nürnberger Kamerad

Dass das Terror-Trio einen Helfer in Nürnberg hatte, diese Vermutung kursiert schon lang. Jetzt liefert der Schäfer-Report einen möglichen Namen.

VON JENS EUMANN

NÜRNBERG/OBERWEISSBACH – Ein putzig gezeichnetes Schaf zielt die Facebook-Seite von David F. Es blickt den Internet-Besucher von einer Art Ansteckbutton aus an, gerahmt vom Schriftzug „Freiheit für Wolle“. Obwohl David F. als Imker ein Hobby hat, das mit Tieren zusammenhängt, hat der Ansteckbutton mit Tierliebe nichts zu tun. Mit ihm erklärt sich David F. solidarisch: mit seinem Schwager, dessen Spitzname „Wolle“ lautet. Sein richtiger Name ist Ralf Wohlleben, jener ehemalige NPD-Kreis-Chef aus Jena, der seit November 2011 in Haft sitzt, weil er das Terror-Trio Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe unterstützt haben soll. Er soll ihnen die Waffe für die Mordserie an neun ausländischen Kleinunternehmern finanziert haben.

David F. ist der Bruder von Wohllebens Frau. Im Zuge der Ermittlungen, die seit November zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) laufen, geriet er nur einmal ins Visier. David F. war 2006 der Betreiber des Gasthofs „Zur Bergbahn“ in Lichtenhain, einem Ortsteil von Oberweißbach im Thüringer Wald. Das ist der Ort, aus dem die mutmaßlich von Mundlos und Böhnhardt 2007 in Heilbronn ermordete Polizistin Michèle Kiesewetter stammt. Als David F. das Lokal betrieb, deichselte Wohlleben als Webdesigner dessen Internet-Auftritt. Außerdem sorgten Wohllebens Kontakte für gute Auslastung der Kneipe. Am 18. März 2006 etwa, als Kamerad Patrick Wieschke, heute Bundesorganisationsleiter der NPD, mit seinem „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen“ den Gasthof füllte. Wieschkes Aktionsbündnis galt als Nachfolger der Sektion Eisenach des aufgelösten Thüringer Heimatschutzes. In diesem Neonazi-Sammelbecken waren auch Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe vor ihrem Abtauchen aktiv.

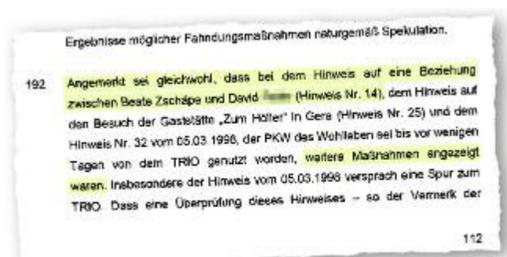
Nach Bericht des Thüringer Verfassungsschutzes kamen am 18. März 2006 rund 150 Neonazis in den Gasthof. Auch Prominenz erschien: Frank Rennicke, einst Jugendführer der rechtsextremen Wiking-Jugend, jetzt bundesweit gefragter Barde der Neonazis, spielte und sang in Oberweißbach. Obwohl der Verfassungsschutz über die Geschehnisse gut im Bilde schien, blieb eins unklar: ob an dem Abend fürs Terror-Trio gesammelt wurde. Eine solche Sammlung schließlich war bei einem anderen Konzert erfolgt, das Rennicke im oberfränkischen Coburg gegeben hatte. Über Letzteres berichtete das TV-Magazin „Report“ in einem Beitrag, der Spuren des Terror-Netz-



Der Gasthof „Zur Bergbahn“ lieferte Terror-Ermittlern eine erste Spur nach Oberweißbach, in den Heimatort der in Heilbronn ermordeten Polizistin. Unter Betreiber David F. wurde der Gasthof zum braunen Wirtshaus. FOTO: ACTIONPRESS



Auf Facebook erklärt sich David F. solidarisch mit Ralf „Wolle“ Wohlleben. BILDSCHIRMFOTO: FP



Der Schäfer-Report nennt David F. jetzt als möglichen zeitweisen Kontaktmann des Terror-Trios in Nürnberg.

werks nach Bayern, insbesondere Nürnberg, beleuchtete. In Nürnberg mordeten die Terroristen gleich dreimal. Auch schienen die Tatorte dort penibel ausgekundschaftet.

„Es liegt nah, dass es Helfer mit Ortskenntnis gab.“

Christian Pfeiffer Kriminologe

Die Bundesanwaltschaft betont, man gehe nicht davon aus, dass es in Tatortstädten Helfer gegeben habe. Im ausgebrannten Haus in Zwickau habe man Karten vieler Städte mit handschriftlichen Anmerkungen gefunden, doch läsen die sich „nicht wie Anweisungen für Dritte, sondern wie Merkposten, die man für sich selbst festhält“, sagt Sprecher Marcus Köhler. Der renommierte Kriminologe Christian Pfeiffer dagegen beurteilt den zweiten Tatort in einer Nürnberger Änderungsschneiderei als so gut ausgekundschaftet, dass er gegenüber „Freie Presse“ urteilte: „Es liegt nah, dass es Helfer mit Ortskenntnis gab.“

Dass das Terror-Trio schon zu seiner Bombenbastler-Zeit in Jena einen Kameraden besuchte, den Mundlos in Nürnberg kannte, dass es jene Nürnberg-Verbindung seit 1995 gab, hat auch der Passbeschaf-

fer des Trios, Holger G., zu Protokoll gegeben, der längst zum Kronzeugen avancierte. Sein Haftbefehl wurde übrigens gestern vom Bundesgerichtshof aufgehoben.

Jetzt liefert das in Thüringen vorgelegte sogenannte Schäfer-Gutachten sogar den Namen zu einem Nürnberger Kameraden des Trios: Jener David F., der aus seiner Solidarität mit Waffen-Sponsor Wohlleben keinen Hehl macht, aber selbst bisher nicht mit den Terroristen in Verbindung gebracht wurde. Das Gutachten zum Verhalten Thüringer Behörden bei der Verfolgung des Zwickauer Trios, in dem die Kommission um Ex-Bundesgerichtshofrichter Gerhard Schäfer nach Aktenstudium Versäumnisse aufdeckt, belegt: Bereits im Februar 1998, nur Wochen nach Abtauchen des Trios, bekam man den Hinweis, Beate Zschäpe sei seit Oktober 1997 mit jenem David F. aus Nürnberg befreundet. Die Schäfer-Kommission kritisiert, dass nach dem Hinweis „auf eine Beziehung zwischen Beate Zschäpe und David F. ... weitere Maßnahmen angezeigt waren“, diese aber nicht stattfanden.

Zumindest teilweise scheint sich die Geschichte bei jetzigen Ermittlungen zu wiederholen. Denn was die Existenz eines Nürnberger Helfers betrifft, stellt sich die Bundesanwaltschaft derzeit entweder blind oder stumm. Als das menschenverachtende NSU-Bekennervideo auf tauchte, war dieses an mehreren Or-

ten in Deutschland nicht postalisch zugestellt, sondern persönlich abgegeben worden. Von wem?

Ein Exemplar erhielt der Innenpolitikchef der „Nürnberger Nachrichten“, Herbert Fuehr, der angesichts des Inhalts jenes ohne Briefmarke angekommenen Pakets schockiert war. Es sei gar nicht sicher, dass das Video nicht doch per Post gekommen sei, sagte Bundesanwaltschaftssprecher Marcus Köhler der „Freien Presse“. Beim hausinternen Postverkehr der Zeitung habe der Umschlag mit Marke schließlich abhandengekommen sein können. Herbert Fuehr schüttelt den Kopf. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass bei uns jemand das aufgemacht und in einen anderen Umschlag gepackt hätte.“ Für ihn steht fest: Das Päckchen wurde persönlich überbracht – von einem Mitwisser oder Handlanger.

Zum Zeitpunkt der Überbringung war Beate Zschäpe zwar noch auf freiem Fuß. „Aber dass sie auf der Flucht quer durch Deutschland reiste, um das selbst einzuwerfen, ist unwahrscheinlich“, urteilt Kriminologe Christian Pfeiffer. Ob ihr früherer Nürnberger Freund David F. eine solche Rolle übernommen habe, ob er das Terror-Trio auch nach dessen Abtauchen empfing – in Nürnberg oder in Oberweißbach, ob er mehr von ihrem Treiben wusste, diese Fragen hat „Freie Presse“ ihm in dieser Woche über seine Facebook-Adresse gestellt. Geantwortet hat er nicht.

Bhopal-Gift: Kritik an Plänen für Entsorgung

Umweltschützer vermuten hinter dem Vorhaben Profitinteressen

BERLIN – Umweltschutzorganisationen lehnen die angeblichen Pläne der bundeseigenen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ab, Giftmüll aus dem indischen Bhopal in Deutschland zu vernichten. Es bestehe der Verdacht, dass aus Profitinteresse Sondermüll nach Europa geholt werde, der Indien gemäß UN-Richtlinien nie verlassen dürfe, sagte die Chemieexpertin des Bundes für Naturschutz (BUND), Claudia Baitinger, der „Berliner Zeitung“.

Bei dem Giftmüll, den die GIZ entsorgen wolle, handele es sich wahrscheinlich um hochgiftige Reste aus der Pestizidproduktion, die weggeschafft werden sollen. Diese müssten laut Baseler Giftmüll-Konventionen aber in Indien entsorgt werden. Indische Medien hatten berichtet, es habe eine Grundsatzvereinbarung gegeben, wonach die GIZ rund 350 Tonnen Giftmüll aus der Katastrophenanlage von Bhopal in einer Verbrennungsanlage in Deutschland vernichten lassen solle.

Unfall forderte Tausende Opfer

Der Unfall in der Pestizidfabrik in Bhopal gilt als eine der schwersten Industriekatastrophen aller Zeiten. Aus der Fabrik waren in der Nacht zum 3. Dezember 1984 rund 40 Tonnen hochgiftiges Methylisocyanat entwichen. Nach Angaben indischer Mediziner starben in den ersten Tagen bis zu 10.000 Menschen, rund 100.000 litten seither an chronischen Erkrankungen. Bis 1994 starben rund 25.000 Menschen an den Folgen des Unglücks.

Die GIZ bestätigte Donnerstag lediglich, dass man sich in Gesprächen befinde. „Wir haben noch keinen Auftrag“, sagte GIZ-Sprecher Hans Stehling. Allerdings habe die GIZ Erfahrung mit solchen Aufträgen. In den vergangenen Jahren habe sie mehrfach Giftstoffe aus anderen Ländern entsorgt, unter anderem Pestizide aus Nepal.

Genehmigung pauschal erteilt

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace forderte die GIZ auf, ihr Entsorgungskonzept für Bhopal offenzulegen. Sowohl die indische als auch die deutsche Bevölkerung hätten ein Recht auf die Information, um welches Gift es geht, sagte Greenpeace-Chemiker Manfred Santen. Ein Sprecher des Entwicklungshilfeministeriums sagte, dass es sich bei dem Bhopal-Projekt um ein „Drittmittelgeschäft“ der GIZ handele. Diese Aufträge – mit denen die GIZ in Entwicklungs- und Schwellenländern Geld verdienen soll – müssten vom Ministerium nur grundsätzlich und ohne Kenntnis der Details genehmigt werden. Dies sei 2011 geschehen. (dapd/afp)

ANZEIGE

**SICHERN SIE SICH JETZT IHREN CLIO GPS.**  
MIT KLIMAAANLAGE & NAVI  
FÜR NUR **9.990 €**

**LIMITIERTE AUFLAGE**

- inklusive mobilem Navigationssystem TomTom® Start CE Traffic
- inklusive Klimaanlage und Servolenkung
- inklusive Radio CD MP3 Bluetooth® mit USB-Anschluss
- inklusive LED-Tagfahrlicht und vielem mehr

Gesamtverbrauch (l/100 km): innerorts 7,6; außerorts 4,9; kombiniert 5,8; CO<sub>2</sub>-Emissionen kombiniert: 135 g/km (Werte nach VO [EG] 715/2007).

**DIE SCHNEIDER GRUPPE GMBH, FIL. BURGSTÄDT**  
Mittweidaer Str. 19a · 09217 Burgstädt · Tel. 03724-18540

**RENAULT**

\*Angebotspreis für einen Renault Clio GPS 1.2 16V 75. Nur solange der Vorrat reicht. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

WIR BERATEN SIE GERNE. BESUCHEN SIE UNS UND FRAGEN SIE NACH UNSEREN ANGEBOTEN.

**DIE SCHNEIDER GRUPPE GMBH, FIL. RÖHRSDORF**  
Haardt 2 · 09247 Chemnitz/ OT Röhrsdorf  
Tel. 03722-52040

**AUTOHAUS HARLOFF**  
Lutherstr. 72-74  
09126 Chemnitz  
Tel. 0371-55049

**MOTORKRAFT KFZ- VERTRIEBS- U. SERVICE GMBH**  
Chemnitzstr. 46 · 09114 Chemnitz  
Tel. 0371-4666612

**Die Schneider Gruppe GmbH, Fil. Chemnitz**  
Hilbersdorfer Str. 1 · 09131 Chemnitz  
Tel. 0371-45000100

**DIE SCHNEIDER GRUPPE GMBH, FIL. BUSINESS-CENTER CHEMNITZ**  
Florian-Geyer-Str. 1 · 09120 Chemnitz  
Tel. 0371-2674650

# Freie Presse

Montag, 17. Dezember 2012

CHEMNITZER ZEITUNG

Einzelpreis 1,00 Euro

LOKALES

CHEMNITZ

Bus-Entführer soll in die Psychiatrie

Der Mann, der im Mai am Hauptbahnhof einen mit Fahrgästen besetzten Linienbus der Chemnitzer Verkehrs AG für kurze Zeit in seine Gewalt gebracht hatte, muss sich jetzt vor Gericht verantworten. Eine Strafe hat der damals 40-Jährige aber offenbar nicht zu erwarten. Stattdessen fordert die Staatsanwaltschaft, ihn dauerhaft in eine psychiatrische Anstalt einzuweisen, da von ihm weitere erhebliche Straftaten zu erwarten seien. (micm) **Seite 9**

LIMBACH-OBERFROHNA

Weihnachtspark erstmals geöffnet

Zum ersten Mal hatte der Inhaber der Parkschenke in Limbach-Oberfrohna am Wochenende in seinen Weihnachtspark eingeladen. Dort wie auch bei anderen Weihnachtsmärkten im Chemnitzer Umland gab es allerhand kleine Besonderheiten: in Markersdorf Zugfahrten im Lichterschein, eine Märchenausstellung in Burgstädt und in Wolkenburg Schnitzker, die sich beim Anfertigen filigraner Kunstwerke zuschauen ließen. (effi/gp) **Seite 15**

IN DIESER AUSGABE

Sachsen Immer mehr Menschen gehen das Weihnachtsfest entspannt an

Wirtschaft Neues Mietrecht zur energetischen Sanierung stößt auf Kritik

SPORT AM MONTAG



Sportler des Jahres geehrt  
Diskus-Olympiasieger Robert Harting (Foto), Biathletin Magdalena Neuner und der Deutschland-Achter sind auf einer Gala in Baden-Baden als Deutschlands Sportler des Jahres 2012 geehrt worden.

Fußball Bundesligist  
Schalke 04 trennt sich von Trainer Huub Stevens

Fußball  
Chemnitzer FC – Burghausen **2:1**

WETTER VOR ORT

|        |        |            |        |
|--------|--------|------------|--------|
| 6 Uhr  | 10 Uhr | 14 Uhr     | 18 Uhr |
|        |        |            |        |
| 3°     | 3°     | 3°         | 3°     |
| Morgen |        | Übermorgen |        |
|        |        |            |        |
| 3°     | 2°     | 2°         | 1°     |

Ausführliches Wetter: Seite 8



In der Welt der Nussknacker

Diese hölzernen Gesellen waren am Wochenende wieder ein Anziehungspunkt für Groß und Klein beim traditionellen Nussknackermarkt in Neuhausen (Mittelsachsen). Das Nussknackermuseum in dem Ort beherbergt die größte Sammlung ihrer Art weltweit. Auf 440 Quadratmeter Fläche sind über 5500 Figuren aus 30 Ländern und vier Jahrhunderten versammelt. Zur Schau gehört auch der größte funktionsfähige Nussknacker der Welt, der stattliche 10,10 Meter groß ist und im Innenhof steht. Das kleinste Modell misst gerade mal 4,9 Millimeter, wurde aus einem Zahnstocher hergestellt und ist ebenfalls zu sehen. Zu den 300 Besuchern, die der Markt an den beiden letzten Tagen anzog, gehörten auch Jessica und Nils Irmischer aus Chemnitz sowie Angelique Ramlal aus Suriname, die in Dresden studiert. Am kommenden Wochenende ist noch einmal Gelegenheit, in die Welt der Nussknacker einzutauchen und zugleich über den kleinen Weihnachtsmarkt im Museumshof zu bummeln. FOTO: ECKARDT MILDNER

## Geheimliste deckt 100 Kontakte im Netz des rechten Terrors auf

Chemnitzer NSU-Helfer schlugen eine Brücke zur Neonazi-Szene in Heilbronn, wo eine Polizistin starb. Der Bundesanwalt räumt offene Fragen ein.

VON JENS EUMANN

CHEMNITZ – Chemnitzer Helfer des Terror-Trios „Nationalsozialistischer Untergrund“ haben Kontakte zur Neonazi-Szene in Baden-Württemberg unterhalten. Neben Verbindungen nach Stuttgart und Ludwigsburg knüpften sie auch Bande nach Heilbronn, wo 2007 die 22-jährige Polizistin Michèle Kiesewetter mutmaßlich von den Terroristen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos erschossen und ihr Kollege Markus A. lebensgefährlich verletzt wurden.

Die Chemnitzer Baden-Württemberg-Kontakte gehen aus der Beschuldigtenvernehmung von NSU-Helfer Thomas S. und aus der sogenannten „rooer“-Liste hervor. Das letztere Papier, streng als Staatsgeheimnis gehütet, listet neben den 13 Angeklagten und Beschuldigten im Terror-Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft weitere 86 Personen auf, die mit den Terroristen oder ihren Helfern in Kontakt standen. Beide Papiere, Geheimliste und das Vernehmungprotokoll von Thomas S., liegen der „Freien Presse“ vor. Thomas S. lieferte dem Trio einst rund ein Kilogramm des militärischen Sprengstoffs TNT und zählte nach Abtauchen der Drei zu deren Ersthelfern. Inzwischen wurde er als zeitweiser V-Mann des Landeskriminalamts Berlin enttarnt.

Laut Thomas S. unterhielt der Chemnitzer Rechtsextremist Markus F. (37), der beim Abtauchen des Terrortrios auch deren Kontaktmann war, Verbindungen zur Neonazi-Szene in Heilbronn. Er organisierte dort rechtsextreme Partys. Auf weitere Informationen zu dieser Spur hofft der NSU-Untersuchungsausschuss des sächsischen Landtags durch einen Zeugen, der in der heutigen Sitzung gehört werden soll: Olaf Vahrenhold, langjähriger Vize-Chef des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz.

Offene Fragen gibt es aber nicht nur zum erweiterten Helferkreis. In ihrer fast 600-seitigen, der „Freien Presse“ ebenfalls vorliegenden Anklage gegen Beate Zschäpe – einzige Überlebende des Terrortrios – und vier mutmaßliche Helfer, deutet auch die Bundesanwaltschaft auf offene Spuren hin. So etwa die Frage: Von wem stammten die Tatwaffen des Polizistenmords? **Seite 3: Bericht**

Die fünf Angeklagten und die gegen sie erhobenen Tatvorwürfe

**Beate Zschäpe (37):** Angeklagt wegen voller Mittäterschaft bei den neun Morden der Ceska-Serie, dem Polizistenmord, zwei Sprengstoffanschlägen in Köln sowie bei den Raubüberfällen, mit denen das Trio seinen Lebensunterhalt finanzierte.

**Carsten S. (32):** Beihilfe zum Mord in neun Fällen. Er gestand, die Ceska gekauft und überbracht zu haben.

**André E. (33):** Beihilfe zu versuchtem Mord (Explosionsanschlag) und Raub, weil er dafür Wohnmobile mietete.

**Ralf Wohlleben (37):** Angeklagt wegen Beihilfe zum Mord in neun Fällen. Unter anderem soll er die Tatwaffe der Ceska-Serie finanziert haben.

**Holger G. (38):** Unterstützung einer terroristischen Vereinigung in drei Fällen (stellte Pass, Führerschein und andere Ausweispapiere bereit). (eu)

## Ikone unter dem Hammer

Das Batmobil aus der ersten TV-Serie wird versteigert – Das Auto kostete damals schon höllisch viel Geld

Kaum ein Filmfahrzeug hat Geschichte geschrieben wie das „Batmobil“, das Auto des Comic-Helden Batman. Übermorgen kommt in Scottsdale (USA) das Auto aus der ersten Serie zur Versteigerung – ein Sammlerstück, nach dem sich Autonarren die Finger lecken dürften.

Basis des Unikats ist der Lincoln Futura, ein Konzeptfahrzeug, das die italienische Designschmiede Ghia im Auftrag der Ford-Töchter Mercury und Lincoln 1955 auf die Räder gestellt hatte. Das Fahrgestell war dem Lincoln Mark II entlehnt, als Antrieb diente ein Achtzylinder-Motor mit 6,4 Litern Hubraum. Das Einzelstück kostete den Hersteller eine Viertelmillion Dollar – damals

höllisch viel Geld. Es bildete mit seinem futuristischen Design die perfekte Basis für Filmfahrzeuge und

kam vor der Batman-Serie schon 1959 im Film „It started with a kiss“ mit Debbie Reynolds und Glenn

Ford zum Einsatz. 1965 wurde der Futura im Auftrag von George Barris, dem Star-Designer für Filmfahrzeuge, zum Batmobil umgebaut. Die Arbeiten waren in 15 Tagen erledigt, das Budget betrug nur 15.000 Dollar. Das Auto erhielt eine schwarze Lackierung und die für den Helden wichtige Ausrüstung, etwa einen Satz Fallschirme, der das Fahrzeug annähernd auf der Stelle wenden lässt. Nachdem die Show 1968 eingestellt wurde, behielt Barris das Originalauto – bis heute. Der nächste Besitzer wird einiges dafür auf den Tisch legen müssen: „Der Auktionserlös dürfte in die Millionen gehen“, glaubt Craig Jackson, Chef des Auktionshauses. (mid) *Thomas Mendle*



Ein Stück US-Filmgeschichte: das legendäre Batmobil. FOTO: ACTION PRESS

## Motiv für Amoklauf noch unklar

US-Präsident fordert „wirkungsvolles Handeln“

NEWTOWN – Auch zwei Tage nach dem Massaker an einer Grundschule im US-Bundesstaat Connecticut ist das Motiv des Täters unklar. Der Tathergang wurde hingegen rekonstruiert, die Identität aller 28 Opfer – darunter 20 Kinder, der Schütze und seine Mutter – geklärt. Nach aktuellen Erkenntnissen erschoss der 20-jährige Täter am Freitag zunächst seine Mutter in ihrem Haus. Dann brach er über ein Fenster in die Schule ein und tötete zwölf Mädchen, acht Jungen und sechs Frauen, bevor er sich das Leben nahm. Der Schütze habe seine Taten hauptsächlich mit einem Sturmgewehr verübt und hunderte Schüsse abgefeuert, sagte Polizeisprecher Paul Vance. US-Präsident Barack Obama forderte ein „wirkungsvolles Handeln, um weitere derartige Tragödien zu verhindern“. Eine konkrete Forderung nach strengeren Waffengesetzen stellte er bisher nicht. Nach ähnlichen Massakern kam in den USA die Debatte über strengere Gesetze aber immer nur kurz auf. (rtt) **Seiten 4, 5: Leitartikel, Das Thema**

STUDIE

Ostdeutsche sehen sich selbst positiv

BERLIN – 22 Jahre nach der Wiedervereinigung bestimmen einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge noch immer Vorurteile den wechselseitigen Blick von Ost- und Westdeutschen. Danach belegen über 40 Prozent der Ostdeutschen Westdeutsche mit negativen Attributen wie Geldgier, Arroganz und Oberflächlichkeit. Sich selbst schreibt fast die Hälfte der Ostdeutschen positive Eigenschaften wie Bescheidenheit, Fleiß oder Erfindungsreichtum zu. Die Westdeutschen sehen sich selbst wesentlich kritischer. (dapd)

LEITARTIKEL

Der Realität angepasst

ANTJE KLOPPENBURG  
ÜBER DAS SORGERECHT  
UNVERHEIRATETER VÄTER



antje.kloppenburg@freiepresse.de

Das traditionelle Familienbild hat sich längst gewandelt. Patchwork-Familien, in der die Partner Kinder aus früheren Beziehungen mit in die neue Partnerschaft bringen und noch gemeinsame dazu bekommen, sind gang und gäbe. Bei jedem dritten Kind, das inzwischen zur Welt kommt, sind Mutter und Vater nicht verheiratet. Diese Entwicklung wurde vom deutschen Recht bisher quasi ignoriert. Die bisherige Praxis, die die Mütter per Gesetz besserstellte, ging nicht nur zulasten der Väter, sondern auch der Kinder, die ein Recht haben auf eine (gute) Beziehung zur Mutter und zum Vater. In kaum einem anderen europäischen Land ist die Regelung so diskriminierend wie hierzulande.

Zum Glück hat aber der Europäische Gerichtshof in den vergangenen Jahren mit mehreren Entscheidungen die Rechte leiblicher Väter gestärkt – und die Bundesregierung zum Handeln gezwungen. Gestern nun hat endlich auch der deutsche Gesetzgeber nachgezogen. Zwar wird auch weiterhin mit der Geburt die Mutter die alleinige Sorge haben, sie muss aber innerhalb von sechs Wochen zu einem Sorgerechtsantrag des Vaters Stellung nehmen. So hat die Mutter auch weiterhin die Chance, den Vater auf Abstand zu halten, allerdings muss sie nachvollziehbar begründen, warum die gemeinsame Sorge dem Kind schadet.

Unverheiratete Väter, die ihre Rolle und Verantwortung tatsächlich wahrnehmen möchten, können in Zukunft also leichter das gemeinsame Sorgerecht erhalten. Das ist eine längst überfällige Anpassung an die Lebenswirklichkeit – was im Umkehrschluss aber nicht unbedingt bedeutet, dass sich Eltern schneller einig sind. Das Sorgerecht wird wohl auch weiterhin in vielen Fällen ein Instrument bleiben, mit dem Paare nach der Trennung ihren Streit austragen werden. Nur zu oft kommt es zu erbitterten Kämpfen, wenn Vätern der Umgang mit ihren Söhnen oder Töchtern erschwert wird. Das Motiv ist nur zu häufig Verletzung, Frustration oder auch Rache – was menschlich durchaus nachvollziehbar, aber nicht zum Wohl der Kinder ist. Das neue Sorgerecht ist also kein Allheilmittel und wird nicht verhindern können, dass Paare ihren Streit auch weiterhin letztlich über ihre Kinder austragen. Nur herrscht jetzt gewissermaßen Waffengleichheit.

IMPRESSUM

**Herausgeber:** Medien Union GmbH Ludwigshafen  
**Verlag:** Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG, 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261  
**Telefon:** 0371 6560  
**Telefax Redaktion:** 0371 656-17084  
**Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077  
**Internet:** www.freiepresse.de  
**E-Mail:** die.tageszeitung@freiepresse.de  
**Geschäftsführer:** Ulrich Lingnau  
**Chefredakteur:** Torsten Kleiditzsch (v.i.s.d.p.)  
**Stellvertretende Chefredakteure:** Udo Lindner, Jana Klameth  
**Anzeigenleitung:** Gesamt: Tobias Schniggenfittig  
National: Alexander Arnold (v.i.s.d.p.)  
Regional: Marion Clausen (v.i.s.d.p.)  
**Leiter Lesersmarkt:** Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 23,90 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 31,00 € (Inland) bzw. 50,40 € (Ausland). Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.



Kampfdrohnen und Luftbetankung.

KARIKATUR: TOMICEK

Mit einem Stiefel im Ausland

Die Bundeswehr beteiligt sich verstärkt an Einsätzen in Krisengebieten – jüngst etwa in Mali. Für solche Zwecke will Deutschland moderne Waffen wie Kampfdrohnen kaufen.

VON ALESSANDRO PEDUTO

**BERLIN** – In der alten Bundesrepublik war die Bundeswehr ausschließlich für die Landesverteidigung zuständig. Derweil schienen Auslandseinsätze deutscher Soldaten über Jahrzehnte undenkbar. Doch die Welt und damit auch die Rolle der deutschen Streitkräfte haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten dramatisch verändert. Lange war Deutschland wegen seiner dunklen Geschichte in militärischen Fragen extrem zurückhaltend. Die Bündnispartner verlangen aber inzwischen von Deutschland mehr militärisches Engagement in der Welt. Sein Beitrag wird erwartet.

Beistand am Tank

Dies spiegelt sich beispielsweise auch in der jüngsten Krise im afrikanischen Mali wider. So will Deutschland seine Militärhilfe für den internationalen Mali-Einsatz ausweiten und französische Kampffljets in der Luft betanken. „Wir arbeiten an der notwendigen Zertifizierung der Betankungssysteme und stehen mit Frankreich in engem Kontakt“, sagte Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) der „Süddeutschen Zeitung“. Im Februar könne es so weit sein. Die Bundeswehr ver-

fügt über vier Airbusse, die zu Tankflugzeugen umgebaut werden können. De Maizière will für den Einsatz ein Bundestagsmandat einholen, das mit dem für die Entsendung von Militärausbildern verbunden werden könne. Politiker von SPD und Grünen signalisierten ihre Zustimmung zu einem entsprechenden Bundestagsbeschluss.

De Maizière sagte, der Bundestag solle tätig werden, sobald im Februar in Brüssel und Berlin die entsprechenden Beschlüsse gefällt worden seien. Er sei zuversichtlich, dass das Mandat Anfang März erteilt werde. Um die Unterstützung bei der Luftbetankung hatte Paris gebeten.

Die SPD begrüßte die Ankündigung. „Ich halte es für richtig und notwendig zu mandatieren“, sagte der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold. Auch FDP-Generalsekretär Patrick Döring signalisierte grundsätzliche Unterstützung für die Pläne. Es sei klar, „dass wir unseren französischen Nachbarn nicht dau-

erhaft werden allein lassen können“. Die Linken-Außenpolitikerin Sevim Dagdelen kritisierte dagegen, dass Deutschland „per Salomitaktik“ nach Afghanistan nun auch in Afrika in einen Krieg gegen den Terror geführt werde, ohne dass dessen Ziele verdeutlicht würden.

Deutschland unterstützt den Einsatz afrikanischer Truppen in Mali bisher logistisch mit mehreren



Thomas de Maizière  
Bundesverteidigungsminister

FOTO: MAURIZIO GAMBARINI/DPA

Transportflugzeugen. Zudem sollen voraussichtlich bis zu 40 deutsche Militärausbildler als Teil eines EU-Trainingseinsatzes nach Mali entsandt werden, um die desolate malische Armee wiederaufzubauen. Der EU-Einsatz soll im März beginnen.



IM FOKUS

Opel wirbt VW-Manager ab

Karl-Thomas Neumann soll Schlüsselrolle in der weltweiten Führung spielen



FOTO: JOACHIM LEHNER/DPA

Der kriselnde Autohersteller Opel bekommt einen neuen Chef. Der bisherige VW-Manager und frühere Vorstandsvorsitzende des Autozulieferers Continental, Karl-Thomas Neumann, übernimmt die Führung des Unternehmens vom Übergangschef Thomas Sedran, teilte Opel gestern am Firmensitz Rüsselsheim mit. Sedran hatte übernommen, nachdem Unternehmenschef Karl-Friedrich Stracke überraschend den Posten geräumt hatte.

Der 51-jährige Neumann, der seinen neuen Posten zum 1. März antreten soll, verantwortet künftig zugleich auch das gesamte Europageschäft des US-Autokonzerns Gene-

ral Motors (GM), zu dem Opel gehört. Opel macht den größten Teil des Europageschäftes von GM aus. Neumann werde künftig auch dem Führungszirkel von GM angehören, teilte Opel mit. Er werde Konzern-Vizechef und damit „eine Schlüsselrolle in der weltweiten Führung von GM spielen“.

Neumann selbst erklärte, er wisse, „dass es eine anspruchsvolle Aufgabe sein wird“, Opel zu führen. Er sei jedoch davon überzeugt, dass er mit Opel die Wende schaffen werde. Übergangschef Sedran eingerechnet ist Neumann der siebte Opel-Vorstandsvorsitzende seit der Jahrtausendwende. (afp)

Votum für Afghanistan

**Der Bundestag hat den Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan mit großer Mehrheit um weitere 13 Monate verlängert.** Von 585 Abgeordneten stimmten dem neuen Mandat gestern 435 Abgeordnete zu. 111 waren dagegen, 39 enthielten sich. Als einzige Fraktion ist die Linke weiterhin geschlossen gegen den Einsatz.

**Das neue Mandat** sieht eine weitere Verkleinerung der Bundeswehrtruppe am Hindukusch von derzeit 4500 auf 3300 Soldaten vor. Ende 2014 soll der Kampfeinsatz abgeschlossen werden. Es sollen aber deutsche Soldaten zur Ausbildung der afghanischen Armee vor Ort bleiben.

**Die Reduzierung der deutschen Kräfte steht unter dem Vorbehalt,** dass die Sicherheitslage dies erlaubt. Trotz der Verkleinerung des Kontingents werden 300 Spezialisten eigens für die Organisation des Abzugs abgestellt. Sie sollen dafür sorgen, dass bis zu 1700 Fahrzeuge und 6000 Container außer Landes geschafft werden. 150 weitere Zusatzkräfte werden für den Betrieb von insgesamt acht Kampf- und Sanitätshubschraubern benötigt.

**Wie viele Bundeswehrsoldaten nach dem Ende des Kampfeinsatzes 2014 in Afghanistan bleiben,** ist offen. Der Folgeeinsatz zur Unterstützung der afghanischen Streitkräfte, über den noch verhandelt wird, soll erneut unter Nato-Führung stehen. Experten gehen davon aus, dass nach 2014 mehr als 1000 deutsche Soldaten am Hindukusch stationiert sein werden. Der Einsatz läuft bereits seit Ende 2001. (dpa)

NSU-Helfer liefert Spur in Heimat toter Polizistin

Ralf Wohlleben hielt aus der Haft Kontakt zum Freien Netz im Thüringer Wald. Chemnitzer Plattenlabel hilft mit rechtsextremem CD finanziell aus.

VON JENS EUMANN

**MÜNCHEN** – Nach der Zulassung ihrer Mordanklage durch das Oberlandesgericht München muss die mutmaßliche rechtsextreme Terroristin Beate Zschäpe in die bayerische Landeshauptstadt überstellt werden. Der einzige wie sie noch in U-Haft sitzende Mitangeklagte dagegen ist schon dort: Ralf Wohlleben, ehemaliger Jenaer NPD-Kreis-Chef, jetzt der Beihilfe zum Mord angeklagt, weil er dem Terrortrio Uwe Mund-

los, Uwe Böhnhardt und Zschäpe die Tatwaffe für die Mordserie an neun Migranten finanziert haben soll, wurde vor dem Jahreswechsel ins Münchner Gefängnis Stadelheim gebracht. Wie die Bildzeitung berichtet, habe er in der Haftanstalt Tonna in Thüringen, wo er zuvor einsaß, Fluchtpläne gehegt.

„Das ist falsch“, behauptet Wohllebens Verteidigerin Nicole Schneiders gegenüber „Freie Presse“. Die Rechtsanwältin aus Baden-Württemberg, die als Szeneanwältin gilt, kennt ihren Mandanten aus früherer gemeinsamer Parteiarbeit. Während ihres Studiums in Jena war Schneiders mit Wohlleben im NPD-Kreisvorstand tätig. Mit ihrem heutigen Mandat habe das aber nichts zu tun, betont Schneiders, die weder ihre damalige NPD-Mitgliedschaft noch ihre frühere Kooperation mit Wohlleben kommentieren will. Der Grund für die Verlegung ihres Man-

daten habe in dem ihm vorgeworfenen Versuch gelegen, die Postkontrolle der Haftanstalt zu umgehen, sagt Schneiders. „Es gab eine Durchsuchung“, sagt sie. Dabei sei herausgekommen, dass Briefe über den Zellennachbarn hatten zugestellt werden sollen. „Mit Flucht hatte das aber nichts zu tun“, sagt Schneiders.

Nach Informationen der „Freien Presse“ handelte es sich bei der von der Haftanstalt nicht autorisierten Korrespondenz Wohllebens um Kontakte zu dem Thüringer Rechtsradikalen Steffen R. Der 28-jährige ist einer der Köpfe des Freien Netzes Saalfeld und gehört nach Auskunft des Thüringer Innenministeriums zum „engsten Umfeld“ der Neonazi-Band „SKD“. Der Name der Gruppe ist so bezeichnend wie ihre Lieder: „SKD“ erinnert an das „SS-Sonderkommando Dirlwanger“, das bei seinem Einsatz in Polen mit brutalsten Verbrechen auffiel.

Steffen R. schob schon mehrere Solidaritäts-Aktionen zu Wohllebens Gunsten an. Dazu zählt auch die Teilnahme besagter Band „SKD“ an einer Solidaritäts-CD, die im Vorjahr vom rechtsextremen Chemnitzer Plattenlabel PC Records produziert wurde und deren Einnahmen Wohlleben zugutekommen sollen.

Der Saalfelder Arm des Freien Netzes, jener Internetplattform die rechtsextremen Ortsgruppen zur überregionalen Vernetzung dient, stellt überdies eine weitere Verbindung des Terrornetzwerks in die Heimat der 2007 in Heilbronn ermordeten Polizistin Michèle Kiese-wetter dar. 2006 hatte Wohllebens Schwager David F., der zeitweise mit Zschäpe liiert gewesen sein soll, in Oberweißbach, dem Heimatort der Polizistin, einen Gasthof betrieben und rechtsextreme Veranstaltungen beherbergt. Mit dem Freien Netz Saalfeld gibt es eine weitere Spur ins

Umfeld der Toten. Neben Steffen R. gehört auch die Rechtsextremistin Mareike B. zu den Köpfen des Freien Netzes Saalfeld. Sie stammt aus dem Nachbarort der ermordeten Polizistin, deren Onkel – ebenfalls Polizist – früher beim Staatsschutz arbeitete.

Zielfahnder im NSU-Ausschuss

„Keine Unruhe in der Szene“ habe das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz gewünscht und die Polizei gebeten, im rechtsradikalen Umfeld nicht zu ermitteln. So schilderte der Thüringer Zielfahnder Sven Wunderlich gestern als Zeuge im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages das Verhältnis zwischen Polizei und Geheimdienst in den 90er-Jahren. Schon 1997/1998 habe es den Verdacht gegeben, dass Beate Zschäpe Quelle des Verfassungsschutzes gewesen sei, so Wunderlich. Belege dafür gibt es indes bis heute nicht. (dpa)

## LEITARTIKEL

## Die Macht macht's

ANTJE KLOPPENBURG  
ZUR ABLEHNUNG  
DER FRAUENQUOTE

antje.kloppenburg@freiepresse.de

Für wie dumm halten Politiker ihre Wähler eigentlich? Der vermeintliche Schachzug, den in erster Linie die Unionspolitiker mit ihrer Ablehnung der gesetzlich festgeschriebenen Frauenquote gestern im Bundestag vollzogen haben, ist schlichtweg eine Frechheit. Wie, bitte schön, lautet denn eine nachvollziehbare Erklärung, warum eine im Gesetz verankerte Frauenquote in Aufsichtsräten von 20 Prozent ab 2018 abzulehnen, aber eine Quote von 30 Prozent ab 2020 so gut ist, dass sie ins Wahlprogramm der CDU aufgenommen werden soll? Es gibt keine! Entweder man ist für eine Frauenquote oder dagegen. Ein Dazwischen gibt es nicht. Vielleicht beruhigt es die Wähler aber ein bisschen, dass auch die aufmüpfigen Frauen in der CDU verschaukelt worden sind, die ohne diese Beruhigungsspielle für eine gesetzliche Frauenquote gestimmt hätten.

Doch dieses Verhalten überrascht nicht wirklich, es ist vielmehr typisch für Bundeskanzlerin Angela Merkel. Einmal mehr hat sie ihre Partei und vor allem auch Quotenbefürworterinnen und Querulanten Arbeitsministerin Ursula von der Leyen dahin gedrängt, sich dafür zu entscheiden, nicht zu entscheiden. Damit wurde unmissverständlich der Wahlkampf eingeleitet. Die Bundeskanzlerin demonstrierte Machtbewusstsein ohne in der Sache Farbe zu bekennen. Gestern ging es ihr nicht um Inhalte, sondern einzig und allein um das geschlossene Auftreten ihrer Partei.

Es bleibt allerdings die Frage, ob diese Einigung nicht ihren Preis hat und – viel wichtiger – wer ihn zahlen muss. Vor allem Parteizweige von der Leyen ist dabei in die Schusslinie geraten. Ihr wird zumindest von denjenigen Erpressung vorgeworfen, die sie als Siegerin sehen – weil sie der Partei einen neuen Kurs aufgezwungen hat – ihren Kurs. Nachdem sie sich aber gestern brav in die Fraktionsdisziplin eingereiht hat, profitiert auch sie von dem Harmoniestreben im Wahlkampf. Es wird sich ohnehin erst nach einer gewonnenen Wahl eindeutig zeigen, wofür die Unionsführung steht und ob sie ihren Beschluss tatsächlich ernst nimmt. Dann wird sich auch zeigen, ob Merkel und von der Leyen geklingelt haben – oder ob die Kanzlerin der aufmüpfigen von der Leyen den ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister im neuen Kabinett vorzieht.

## IMPRESSUM

Herausgeber:  
Medien Union GmbH Ludwigshafen  
Verlag:  
Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG,  
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder  
09002 Chemnitz, Postfach 261  
Telefon: 0371 6560  
Telefax Redaktion: 0371 656-17084  
Telefax Anzeigen: 0371 656-17077  
Internet: www.freiepresse.de  
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de

Geschäftsführer: Ulrich Lingnau  
Chefredakteur: Torsten Kleiditzsch (v.i.s.d.p.)  
Stellvertretende Chefredakteure:  
Udo Lindner, Jana Klameth

Anzeigenleitung:  
Gesamt: Tobias Schniggenfittig  
National: Alexander Arnold (v.i.s.d.p.)  
Regional: Marion Clausen (v.i.s.d.p.)  
Leiter Leserkreis: Arne Stück

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 23,90 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 31,00 € (Inland) bzw. 50,40 € (Ausland). Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.



Die Entscheidung.

KARIKATUR: TOMICEK

## Quote gescheitert – vorerst

Die Frauen haben es wieder nicht geschafft. Der Bundestag lehnt eine feste Frauenquote in Führungspositionen großer Unternehmen ab.

VON KRISTINA DUNZ

BERLIN – Ursula von der Leyen verfolgt die Debatte regungslos. Eine Verräterin wird sie an diesem Tag im Bundestag im Ringen um die Frauenquote genannt. Offen von der SPD, weil sie als CDU-Vize gegen eine gesetzliche Regelung stimmt, obwohl sie eine glühende Verfechterin einer festen Quote ist. Versteckt von der CDU, eben weil sie eine glühende Verfechterin einer festen Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen börsennotierter Unternehmen ist und gedroht hatte, mit der Opposition zu stimmen.

## In den Startlöchern geblieben

Die ehrgeizige Arbeitsministerin sitzt mit verschränkten Armen vorne auf der Regierungsbank links außen, während ihre Rivalin, Frauen- und Familienministerin Kristina Schröder (CDU), mit der gemeinsamen Chefin lacht. Die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel hätte wie Schröder lieber nur eine sogenannte „Flexi-Quote“. Eine Quote, die die Unternehmen selbst bestimmen. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier nennt

Schröder deshalb eine „sogenannte Frauenministerin“. Mit ihrem Modell blieben Frauen in den Startlöchern stecken. Schröder revanchiert sich später mit dem Vorschlag, SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück solle doch seinen Aufsichtsratsposten bei Borussia Dortmund für eine Frau freimachen.

Sie haben es wieder nicht geschafft, die Frauen, das sogenannte schwache Geschlecht. Monatlang haben sie über die Parteigrenzen hinweg im Verborgenen beraten, wie sie eine gesetzliche Frauenquote für Führungspositionen in Unternehmen noch in dieser Wahlperiode durchsetzen können. Noch am Montag saß Rita Pawelski (CDU) mit Sibylle Laurischk (FDP), Dagmar Ziegler (SPD) und Ekin Deligöz (Grüne) zusammen und träumte davon, an diesem Donnerstag die gesetzliche Quote zu beschließen. Zeitgleich kaufte Merkel den Unionsfrauen mit einem Kompromiss den Beschluss ab.

Statt mit der Opposition, die im Bundesrat von zwei CDU-geführten Landesregierungen unterstützt worden war, eine Quote von 20 Prozent ab 2018 und 40 Prozent ab 2023 auf den Weg zu bringen, versprach Merkel, eine feste Quote von 30 Prozent ab 2020 ins Wahlprogramm zu schreiben. Sie wollte das Zepher in dieser Frauensache selbst in der Hand behalten. Pawelski und Co willigten ein. Im Bundestag dankt Pawelski allen Frauen für die Unterstützung. Doch bei ihren rot-grünen Mitstreiterinnen ist sie unten durch. Deligöz kann den Sekt, den sie

schon kalt gelegt hatte, in den Abfluss kippen. „Sie brechen ein Versprechen“, beklagt sie im Parlament in Richtung Pawelski. Und: „Das nehme ich Ihnen persönlich übel.“ Ziegler sagt: „Sie haben aus einer historischen Chance eine Riesenblamage gemacht.“ Die Unionsfrauen seien anderen Frauen in den Rücken gefallen. Etwa den Frauen vom Landfrauenverband, die bei Bauern

## IM FOKUS

## Stinkbombe für Wowereit

Buttersäure-Päckchen von Poststelle des Berliner Bürgermeisters abgefangen



FOTO: JAMES CARSEN/VOXA

Das Päckchen, das an Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) adressiert war, erregte in der Poststelle des Roten Rathauses sofort Misstrauen. Umgehend wurde die Polizei alarmiert. Kriminaltechniker überprüften das dubiose Päckchen. Wie die Senatskanzlei gestern bestätigte, steckte in der verdächtigen Sendung eine handelsübliche Flasche mit Buttersäure, eine übelriechende Flüssigkeit. Ein Bekennerschreiben war nicht in dem nur zehn Zentimeter hohen Paket, das von einem Versandhandel gekommen sein soll. Senatssprecher Richard Meng sagte, es sei niemand gefährdet gewesen. Und weiter: Der-

zeit würden rechtliche Schritte gegen Unbekannt gefolgt.

Zuvor hatte die „Bild“-Zeitung von dem Paket mit Buttersäure und einer Einwegspritze berichtet. Eine Verbindung zu mehreren Gift-Briefen in den USA gibt es laut Senat nicht.

Dämpfe der stinkenden Buttersäure können Augen und Atemwege reizen, im schweren Fall können Haut und Schleimhäute verätzt werden. Bei Augenkontakt droht sogar Erblindungsgefahr. Die Chemikalie wird aber auch zum Vertreiben von Wühlmäusen und Maulwürfen verwendet. Buttersäure ist aber nicht giftig. (dpa)

Unterschriften gesammelt haben. Kein einfacher Gang.

Die FDP-Abgeordnete Nicole Bracht-Bendt macht erst einmal klar, was die CDU mit ihrem Wunschpartner FDP bei einer Wiederauflage von Schwarz-Gelb nicht bekommen werde: die Quote. „Wir wollen nicht Teil einer Regierung sein, die Unternehmen immer wieder neue Vorschriften macht“, sagt

Bracht-Bendt und meldet Zweifel an, dass die CDU-Spitze die Quote überhaupt bei einem Parteitag durchsetzen kann. FDP-Frau Laurischk stimmt übrigens mit der Opposition. Linksfraktionschef Gregor Gysi erklärt, warum eine Quote vor allem in der FDP nötig sei: Während die Linke 42 Frauen und 33 Männer in der Fraktion habe, seien es bei der FDP 24 Frauen und 69 Männer. Den Spitzen von CDU und FDP hält er vor: „Es ist schlimm, dass Sie heute Frauen zwingen, gegen Frauenrechte zu stimmen.“

## Minderheit für eine gesetzliche Frauenquote

Eine klare Mehrheit der Deutschen lehnt nach einer Ennid-Umfrage eine gesetzliche Frauenquote für Spitzenpositionen in Unternehmen ab. Danach fordern nur 24 Prozent der Befragten eine gesetzliche Quote, 45 Prozent sprechen sich für eine freiwillige Regelung der Unternehmen aus. 29 Prozent der Befragten sind gegen jede Quotierung. Auch unter den befragten Frauen gibt es keine Mehrheit für das Quotengesetz. Nur 28 Prozent sind für die gesetzliche Regelung, 46 Prozent befürworten die freiwillige „Flexi-Quote“. Eine knappe Mehrheit der Frauen glaubt, dass eine Quote Frauen hilft, beruflich voranzukommen. Nur 40 Prozent der Männer glauben das. Für die Umfrage wurde 1000 Menschen befragt.

Laut „Women-on-Board-Index“ der Initiative „Frauen in die Aufsichtsräte“ vom März sind 11,1 Prozent der Mitglieder in Aufsichtsräten und Vorständen Frauen. Befragt wurden 160 Börsen-Unternehmen. (rtr/epd)

## Opposition lacht Kauder aus

Unionsfraktionschef Volker Kauder, dem nach Ansicht mancher seiner Abgeordneten das Thema ebenso wie Merkel aus dem Ruder gelaufen war, muss lauter werden, um seinen Satz zu beenden. Wohl alle im Saal wissen, dass er gegen eine feste Quote ist. Nun sagt er: „Wir wollen etwas tun, damit wir mehr Frauen in Führungspositionen haben (...). Wir lassen bis 2020 der Wirtschaft Zeit, und dann wird es ernst.“ In der Opposition bricht Gelächter aus.

Die Grünen bringen dann noch einen Antrag ein, der genau den CDU-Kompromiss beinhaltet. Sie haben nicht erwartet, dass die Christdemokraten zustimmen. Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt sagt: „Es geht nicht um den Inhalt.“ Das gehe es in der Politik doch nie, sagt ein hoher CDU-Politiker später auf dem Flur. Es gehe um Macht in der Regierung und um Mehrheiten in der Bevölkerung. (dpa)

Leitartikel

## NSU lobte: „Schon fast ein kleiner Waffenladen“

Das NSU-Trio hatte guten Draht zur bewaffneten Neonazi-Szene Baden-Württembergs. Dort starb 2007 die Polizistin Michèle Kiesewetter. Warum?

VON JENS EUMANN

CHEMNITZ/HEILBRONN – Beim ersten Besuch in Baden-Württemberg waren Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt begeistert. „Vor allem über die Waffen die sie alle haben ... schon fast ein kleiner Waffenladen“, schrieb Mundlos an den Chemnitz-Kameraden Torsten S. Auf dessen Vermittlung hin hatten Mundlos, Böhnhardt und Beate Zschäpe im April 1996 Freunde aus der Ludwigsburger Neonazi-Szene besucht. „Beate und Bönni“ schliefen bei „Uschi“, schrieb Mundlos, er und ein Freund hätten bei Hans S. übernachtet. Der verfügte über ein besonders

beindruckendes Waffenarsenal, wengleich es sich zumeist um Deko-Waffen handelte.

Damals war das spätere Terror-Trio noch nicht abgetaucht. Mundlos pflegte von Jena aus viele Kontakte – nach Chemnitz, Rostock, Ludwigsburg. Das geht aus seiner Korrespondenz mit Szene-Freunden hervor. Zig Briefe beschlagnahmte man bei den Razzien 1998, als das Trio abtauchte. Wie auch Mundlos' sichergestellte Telefonlisten, die die Ludwigsburger Adressen von „Uschi“, von Hans S. und dem zwischenzeitlich gestorbenen Michael E. aufführten, blieben auch Mundlos' Briefe im Zuge der Fahndung unbeachtet. Erst nach Auffliegen des Terror-Netzwerks tauchte die Korrespondenz wieder auf. Der „Freien Presse“ liegt sie in Auszügen vor.

„Der Besuch in Ludwigsburg“ sei in Bezug zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter „bemerkenswert“, hielten die Ermittler fest: „Ludwigsburg ist nicht weit entfernt vom Tatort Heilbronn“. Dass das Trio über die Chemnitz-Szene

wohl sogar direkte Kontakte nach Heilbronn verfügte, hatte „Freie Presse“ bereits 2012 berichtet. Nach Aussagen des NSU-Fluchthelfers und Strengstoff-Beschaffers Thomas S. hatte der Chemnitz-Rechtsextremist Markus F., der beim Abtauchen des Trios auch Kontaktperson war, Verbindungen zur Heilbronner Neonazi-Szene. Er richtete dort Partys aus. Über Markus F. hatte der Ludwigsburger Waffensammler Hans S. die Chemnitz-Szene und das Jenaer Trio erst kennengelernt. Die Besuche waren gegenseitig. So schrieb Mundlos einem Freund bereits im Februar 1995 von einem bevorstehenden Konzert der Band

„Noie Werte“. Er freute sich, „dass auch der Rest von Euch aus Chemnitz“ und die „Bande aus Ludwigsburg“ kämen, so Mundlos. Aufhorchen lässt in dem Fall auch der Name der Band, gleich dreifach.

Zum einen garnierte das NSU-Trio Vorläufer-Versionen des Bekenner-Videos zur Mordserie mit Titeln der rechtsextremen Gruppe, bevor man auf die Trickfilm-Figur Paulchen Panther zurückgriff. Zweitens war der „Noie Werte“-Sänger Steffen Hammer, inzwischen Szene-Anwalt, zeitweise Kanzleikollege von Nicole Schneiders, die den mutmaßlichen NSU-Helfer Ralf Wohlleben verteidigt. Schneiders studierte in Je-

## Für den Untersuchungsausschuss im Südwesten nichts Neues

Der NSU-Ausschuss des Bundestags versuchte gestern Württemberg-Kontakte des NSU auszuleuchten und hatte dafür unter anderem Helmut Rannacher, Ex-Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, und den Kriminaldirektor des LKA als Zeugen geladen.

„Keine verwertbaren Erkenntnisse“, urteilte Ausschussvorsitzender Sebastian Edathy am Abend aus noch laufender Sitzung gegenüber „Freie Presse“. Gehofft hatte er auf Details zum Mord an Polizistin Michèle Kiesewetter, dem rätselhaftesten der dem NSU zugeschriebenen Morde. (eu)

na und leitete dort mit Wohlleben die Orts-NPD. Doch sie stammt aus Öhringen nahe Heilbronn. Die dritte „Noie Werte“-Verbindung führt ins Chemnitz-NSU-Helfernetz. Seit 2000 spielte Andreas G., genannt „Mucke“, in der Württemberger Neonazi-Band. Der Chemnitz war beruflich übergesiedelt. „Wie erklären Sie sich die Nutzung der ‚Noie Werte‘-Titel ‚Kraft für Deutschland‘ und ‚Am Puls der Zeit‘ in zwei Bekennervideos des NSU?“, fragte man „Mucke“ 2012 in einer Vernehmung. „Das kann ich mir nicht erklären. Das ist eine Unverschämtheit“, ereiferte sich der Neonazi-Musiker vor BKA-Beamten.

Intern hatte sich die Szene vorm Auffliegen der Mordserie noch kämpferischer gegeben. Im Antwortbrief zu Mundlos' Ludwigsburg-Bericht klagte der Chemnitz-Thorsten S. über im Fernsehen gesehene Razzien bei Kameraden. Seine Prognose: Es sei nicht verwunderlich, wenn die „Rechten“ eines Tages „in den Untergrund“ gingen „und man plötzlich eine rechte RAF hat.“

LEITARTIKEL

Pflicht und billig

TINO MORITZ  
ÜBER DIE IDEE EINER  
FLUT-VERSICHERUNG



tino.moritz@freiepresse.de

Wie oft doch in den vergangenen Tagen das Bild von der großen Solidargemeinschaft beschworen wurde. Wie Tausende meist junge Helfer überall anpackten und Sandsäcke schleppten. Einfach so, in ihrer Freizeit, ohne Lohn. Ihnen mag es dabei gar nicht in den Sinn gekommen sein, aber: Sie haben es auch für sich getan. Und nicht mal nur für das eigene Gemüt. Wer Dämme abgesichert hat oder auch kostbares Hab und Gut in Sicherheit verbrachte, der hat dazu beigetragen, den Gesamtschaden möglichst klein zu halten. Und jener wiederum muss letztlich von der Allgemeinheit beglichen werden – also auch von der Sandsack-Bewegung.

Selbst wenn das angesichts der Auftritte zur Verkündung vermeintlicher Wohltaten zuweilen in Vergessenheit gerät: Die Politiker verteilen dabei ja nicht ihr eigenes Geld. Wenn sich „der Bund“ und „die Länder“ so wie vergangene Woche auf ein Milliarden-Paket einigen und dafür „die öffentliche Hand“ neue Schulden aufnehmen muss – dann kommt dafür niemand anders auf als die Gruppe der Steuerzahler. Sie ist auch eine Solidargemeinschaft. Ihre Sandsäcke sind ihre Abgaben an den Fiskus.

Die vergleichbare Hochwasserkatastrophe 2002 ist noch in bester Erinnerung – und mit ihr auch das, was im Nachgang nicht passierte, aber doch besser passiert wäre. Damals konnte sich die Politik nicht überwinden, eine Pflichtversicherung für alle Grundstückseigentümer einzuführen. Dem Besitzer eines Eigenheims in ungefährdeter Hügellage mag sich der Sinn eines Pflichtbeitrags gegen Flutrisiken nicht sofort erschließen. Aber mal davon abgesehen, dass auch Länder wie Frankreich, Spanien oder die Schweiz ihren Einwohnern ganz ähnliche Zwangsmodelle auferden: Bei der Deckung der zusätzlichen Elementarschäden, auf die bislang zwei Drittel der Gebäudebesitzer in Deutschland verzichten, geht es ja nicht nur um Hochwasser. Hagel kann so ziemlich überall niedergehen. Je mehr Einzahler es gibt, umso geringer ist der persönliche Beitrag. Und dessen Höhe erfährt der Eigenheimbesitzer dann sogar regelmäßig auf seiner Rechnung – ganz anders als beim „nationalen Wiederaufbaufonds“, an dem er vielleicht sogar einen viel größeren Beitrag hat, als er denkt.

IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Medien Union GmbH Ludwigshafen  
**Verlag:**  
Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG,  
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder  
09002 Chemnitz, Postfach 261  
**Telefon:** 0371 6560  
**Telefax Redaktion:** 0371 656-17084  
**Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077  
**Internet:** www.freiepresse.de  
**E-Mail:** die.tageszeitung@freiepresse.de  
**Geschäftsführer:** Ulrich Lingnau  
**Chefredakteur:** Torsten Kleiditzsch (v.i.s.d.p.)  
**Stellvertretende Chefredakteure:**  
Udo Lindner, Jana Klameth  
**Anzeigenleitung:**  
Gesamt: Tobias Schniggenfittig  
National: Alexander Arnold (v.i.s.d.p.)  
Regional: Marion Clausen (v.i.s.d.p.)  
**Leiter Leserkontakt:** Arne Stück

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 23,90 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 31,00 € (Inland) bzw. 50,40 € (Ausland). Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.



Lauscher an der Wand ...

KARIKATUR: TOMICEK

Das bittere Ende eines Saubermanns

Tschechiens Regierungschef Petr Necas gibt auf. Die konservative Regierung in Tschechien zerbricht an den korrupten Machenschaften, die sie eigentlich bekämpfen wollte. Dahinter steht eine Spionage- und Liebesgeschichte.

VON MICHAEL HEITMANN

**PRAG** – Der einst als Saubermann und Korruptionsbekämpfer angesehene tschechische Ministerpräsident Petr Necas (ODS) erlebt einen bitterbösen Absturz. Mit seinem späten Rücktritt habe er den Augenblick für einen würdevollen Abgang verpasst, meinen Experten. Der Druck von allen Seiten war für den blassen und oft wenig entscheidungsfreudigen Politiker am Ende wohl doch zu groß.

Wenn es stimmt, was die Staatsanwaltschaft behauptet, dann ließ Necas' Kabinettschefin Jana Nagyova die Noch-Ehefrau des Ministerpräsidenten durch den Militärgeschwehndienst beschatten. Ob aus Eifersucht oder aus Sorge vor einem Medienkandal, dürfte letztlich kaum einen Unterschied machen.

„Ich habe in drei Jahren viele politische Krisen und vermeintliche Regierungstürze überstanden, überlebt und ausgehalten“, sagte Necas. Nun sei der Augenblick gekommen, an dem er nicht mehr weitermachen könne. Er gebe auch den Parteivorsitz ab.

Seit Samstag sitzt Necas' Vertraute Jana Nagyova in Untersuchungshaft. „Sie hatte überhaupt keinen Schimmer, dass ihre Gespräche abgehört werden“, sagte ihr Anwalt Eduard Bruna der Zeitung „Pravo“. Zudem hätte sich seine Klientin die illegale Beauftragung des Geheimdienstes offenbar sparen können. „Nichts ist dabei herausgekommen“, betonte Bruna.

Kitschiger Frauenroman?

Bis zuletzt versuchten Regierungspolitiker, die Affäre herunterzuspielen. „Zwei Weiber, von denen die eine auf die andere losgeht“, sagte Außenminister Karel Schwarzenberg der Zeitung „Lidove Noviny“. Das sei zwar peinlich, aber lese sich wie ein kitschiger Frauenroman.

Die Opposition sieht das weniger rosig, denn die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft wiegen schwer. Nagyova soll Abgeordnete der Regierungskoalition mit lukrativen An-

geboten gefügig gemacht haben, um so die wackelige Mehrheit für ein zentrales Steuerpaket zu sichern. Und dann sind da auch noch die mysteriösen Millionen, die Ermittler bei der Großrazzia am vorigen Donnerstag sichergestellt haben. Woher der Betrag von umgerechnet



Jana Nagyova  
Necas-Vertraute

FOTO: REUTERS

rund fünf Millionen Euro kommt und wofür er gedacht war, ist nach wie vor nicht bekannt.

Jana Nagyova ist in Tschechien als „schillernde Zarin“ an der Seite des eher hölzernen wirkenden Necas bekannt. Anfang 2012 legten tschechische Medien genüsslich ihre maßlosen Gehaltszulagen offen.



Tschechiens Noch-Regierungschef Petr Necas steht vor dem Ende seiner politischen Karriere.  
FOTO: MATEJ DIVIZNA/DPA

IM FOKUS

Der Rückzug des Eigenbrötlers

Tino Günther, FDP-Landtagsabgeordneter aus Seiffen, legt alle seine Ämter nieder



FOTO: ARND BRONKHORST

Tino Günther gibt sich bei seinen Auftritten gern kernig und wirkt doch oft unbeholfen. Er nimmt kein Blatt vor den Mund und hat damit nicht selten Probleme, richtig verstanden zu werden. Schuld daran ist weniger sein ausgeprägter Dialekt. Günther war der Kümmerer mit Mutterwitz, aber einem Gespür für Volkes Seele. Damit machte er sich als Chef des Petitionsausschusses des Landtages einen Namen.

Doch zuletzt war es in der eigenen Partei einsamer um ihn geworden. Eigensinn machte ihn vom Querdenker zum Querkopf, sein gefühlter Dauer-Widerspruch zum Eigenbrötler. Eine Quittung gab es auf

dem Landesparteitag im April: Ohne Gegenkandidat kam er nur noch mit 53 Prozent der Stimmen wieder in den Landesvorstand. Der Schuss vor den Bug des Holzkunst-Fabrikanten zeigte Wirkung. Gesundheitlich seit Längerem angeschlagen, zog Günther gestern die Reißleine. Er legte seine politischen Ämter außer dem Mandat nieder: den FDP-Kreisvorsitz im Erzgebirge, den er 20 Jahre innehatte, sowie die Posten als Vize in Landesvorstand und Fraktion, als Chef des Petitionsausschusses und als tourismuspolitischer Sprecher. Reaktion aus der FDP: Sein Abgang sei ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Partei. Uwe Kuhf

„Sie schuftet wie ein Galeerensklave“, kommentierte Necas das damals und sorgte damit für unfreiwillige Heiterkeitserfolge. Die Presse mokiert sich auch über die zweifelhafte Qualität von Nagyovas Abschlussarbeit an einer privaten Universität. Immerhin trug diese ihr einen Dokortitel ein.

Nach Ansicht des Vorsitzenden der oppositionellen Sozialdemokraten dreht sich der Skandal nicht allein um das Privatleben des Ministerpräsidenten. „Im Kern geht es um die enge und langjährige Verzahnung der stärksten Regierungspartei ODS mit politischen Unternehmern, den sogenannten Mafia-Paten“, sagte Parteichef Bohuslav Sobotka. Die Sozialdemokraten pochten gestern auf baldige Neuwahlen. „Es gibt keinen Grund, die erfolglosen konservativen Parteien erneut mit der Regierungsbildung zu beauftragen“, sagte Sobotka. Der linksgerichtete Präsident Milos Zeman

kann den Regierungsauftrag nun neu vergeben. Gestern sprach er sich nach der Demission Necas' angeblich gegen vorgezogene Neuwahlen aus.

Denkbar schlechter Zeitpunkt

Für viele Tschechen im Einzugsgebiet von Moldau und Elbe kommt die Regierungskrise in jedem Fall zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt. Eine verheerende Hochwasserkatastrophe hat große Schäden angerichtet. Viele betroffene Kommunen befürchten nun, dass die dringend nötigen Aufbauarbeiten in den Hintergrund rücken werden.

Nach Ansicht von Beobachtern stärkt die aktuelle Krise deutlich die Machtposition Zemans, den das Volk im Januar als ersten Präsidenten direkt gewählt hatte. „In seiner Wahlkampagne setzte der Präsident auf den Slogan ‚Stoppt diese Regierung‘“, unterstrich der Politologe Lubomir Kopecek. (dpa)

Der Bespitzelungs- und Bestechungsskandal

**Die Affäre** in Tschechien hat mehrere Stränge. Die alles verbindende Schlüsselfigur ist nach Anschuldigungen der Staatsanwaltschaft die langjährige Kabinettschefin Jana Nagyova. Mit dem scheidenden Regierungschef Petr Necas arbeitete sie in verschiedenen Funktionen seit 2006 zusammen. Beiden wird ein privates Verhältnis nachgesagt.

**Die Staatsanwaltschaft** wirft Nagyova vor, den Militärgeschwehndienst zur Bespitzelung von Necas' getrennt lebender Frau missbraucht zu haben. Der Chef des Militärgeschwehndienstes gestand inzwischen die Überwachung ein, wie Staatsanwalt Ivo Istvan mitteilte.

**In einem weiteren Strang** geht es um die mutmaßliche Bestechung von Abgeordneten im Prager Parlament. Nagyova soll drei Abgeordneten lukrative Posten versprochen haben. Diese legten daraufhin ihre Mandate nieder, statt sich in einer Abstimmung über Steuern gegen die eigene Regierung zu stellen.

**Noch unklar** ist, wie der Fund von umgerechnet rund fünf Millionen Euro bei angeblichen politischen Lobbyisten mit diesen Fällen zusammenhängt. „Wir ermitteln gegen eine Bande der organisierten Kriminalität, die auf Basis von Klientelbeziehungen funktioniert hat“, sagte dazu Chefermittler Robert Slachta. (dpa)

V-Frau „Krokus“ holt den Terror-Ausschuss zurück

Der NSU-Ausschuss nimmt die Arbeit nochmal auf, um neue Spuren zum Polizistenmord zu prüfen. Ein Hinweis auf Neonazis soll einst versendet sein.

VON JENS EUMANN

**STUTTGART/BERLIN** – Die ersten Mail-Hinweise der angeblichen V-Frau „Krokus“ an die Abgeordneten klangen nach Wichtigkeit. Doch inzwischen haben sie dafür gesorgt, dass der Untersuchungsausschuss des Bundestags, der die Strukturen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) beleuchtet hat, nach Abschluss seiner Arbeit nochmal reaktiviert wird. „Wir werden uns

nicht dem Vorwurf aussetzen, einer Spur nicht nachgegangen zu sein“, sagte der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy (SPD) am Wochenende der „Freien Presse“. Für den 24. Juni ist eine weitere Sitzung mit Zeugenvernehmung angesetzt.

Die Hoffnung: vielleicht doch noch Ansätze neuer Spuren zum rätselhaftesten aller dem NSU zugeschriebenen Morde zu entdecken – zum Überfall auf die Polizistin Michèle Kiesewetter und ihren Kollegen Martin A. am 25. April 2007 auf der Theresienwiese in Heilbronn. Kiesewetter wurde im Streifenwagen erschossen, ihr Kollege per Kopfschuss schwer verletzt.

Nur Tage nach dem Anschlag habe die Baden-Württemberger Rechtsextremistin und NPD-Frau Nelly R. eine Krankenschwester angestiftet, im Klinikum Ludwigsburg, wo Kiesewetters verletzter Kollege

behandelt wurde, dessen Gesundheitszustand auszukundschaften. Diese Information habe V-Frau „Krokus“ damals an ihre Führungsperson beim Württemberger Verfassungsschutz weitergegeben. Dort seien die Hinweise auf rechtsextreme Bezüge zum Polizistenmord aber versandt – oder vertuscht worden. So lautete der Vorwurf des Mail-Schreibers, der sich gegenüber den Bundestagsabgeordneten als Lebensgefährte besagter V-Frau ausgab und behauptete, zeitweise selbst Informant Württemberger Behörde gewesen zu sein. Beide, „Krokus“ und er, lebten seit 2012 unerkannt in Irland, um sich Vergeltung aus der Szene zu entziehen.

Mochten die NSU-Ausschussmitglieder zunächst mit den Augen gerollt haben; als ihnen das Land Baden-Württemberg die Existenz einer V-Frau „Krokus“ bestätigte, wurde

man hellhörig. Inzwischen sind neun Ordner mit Verfassungsschutzpapieren aus Stuttgart nach Berlin überstellt, die bestätigen, dass V-Frau „Krokus“, mit Klarnamen Petra S., bis 2010 für den Dienst tätig war. Die Geschichte bereits damals erfolgter Hinweise auf rechtsextreme Bezüge zum Angriff auf die Polizisten belegen die Papiere nicht. Deshalb will der Ausschuss nun den früheren V-Mann-Führer von „Krokus“ zum Verhör laden. Die Frisörin Nelly R., die die Krankenschwester auf Polizist Martin A. angesetzt haben soll, werde hingegen nicht vorgeladen. „Wir werden im Ausschuss keine Rechtsextremisten als Zeugen hören“, sagt Edathy.

Während man in Sachen „Krokus“ alias Petra S und ihres Lebensgefährten Alexander G. noch im Dunkeln tappt, erhellten die von Württemberg nach Berlin gesand-

ten Geheimdienstpapiere allerdings schon einen Punkt, um den es zuvor mehrfach Spekulationen gegeben hatte: die Frage nach einer zeitweiligen Geheimdienst-Spitzeltätigkeit von Rechtsanwältin Nicole Schneiders, die derzeit im Münchner NSU-Prozess den Angeklagten Ralf Wohlleben vertritt. Schneiders leitete während ihres Jura-Studiums in Jena gemeinsam mit Wohlleben die örtliche NPD. Seit ihrer Anwaltstätigkeit in Baden-Württemberg, wo sie stammt, war sie dort in die rechtsextreme Szene eingebunden, unter anderem mit Schulungen.

Die Geheimdienstpapiere bestätigten nun, dass das Landesamt 2003 in der Tat versuchte, Schneiders anzuwerben. Allerdings lehnte diese ab – nicht dankend, sondern empört. Sie sandte eine Beschwerde ans Innenministerium. Nur so landete der Vorfall in den Akten.

## LEITARTIKEL

## Den Druck nehmen

ANTJE KLOPPENBURG  
ÜBER DIE AKTUELLEN  
ZAHLEN ZUR ORGANSPENDE



antje.kloppenburg@freiepresse.de

Die Zahl der Organspender in Deutschland ist noch einmal gesunken – ein neuer Tiefpunkt ist erreicht. 11.300 schwerkranke Patienten warten gegenwärtig auf ein oft lebensrettenendes Organ, jeden Tag sterben drei von ihnen, weil für sie keine passende Niere, keine Leber oder kein Herz rechtzeitig gefunden wurde.

Jetzt allerdings wieder auf das Fehlverhalten einiger weniger Ärzte zu schimpfen, ihnen die alleinige Schuld an der Organspendemüdigkeit der Bundesbürger anzulasten, wäre nicht nur zu einfach, es ist auch zu kurz gesprungen. Schließlich wiesen 20 von 24 untersuchten Kliniken, die Lebertransplantationen vornehmen, keine Mängel auf. Das belegt: Bei den Akteuren des Skandals handelt es sich um eine kleine Gruppe schwarzer Schafe, die – zum Glück – nicht gehandelt haben, um sich einen materiellen Vorteil zu verschaffen. Die Motiven sind wohl eher persönliche Eitelkeiten, aber auch der immense Konkurrenzkampf unter den 47 Transplantationszentren, die es in Deutschland gibt.

Und auch das sind Tatsachen: Seit dem Bekanntwerden des ersten Skandals im Sommer 2012 hat sich mehr getan als die sonst üblichen Lippenbekenntnisse und Schuldzuweisungen. Inzwischen gibt es ein Mehraugenprinzip bei der Organvergabe, auch Herz- und Nierenzentren werden überprüft, alle Häuser müssen mit Kontrollen rechnen. Das macht Manipulationen auf jeden Fall schwerer. Es gibt also nicht wirklich Indizien dafür, dass das System der Organvergabe in Deutschland an sich nicht funktioniert – schließlich sind die Spenderzahlen seit mehreren Jahren in Folge rückläufig. Dass sie nach Bekanntwerden des Skandals nochmals dramatisch absacken, liegt wohl in der Natur der Sache.

Vielleicht sollte gerade dieser erneute Tiefpunkt der Organspenden zum Anlass genommen werden, innezuhalten, den neuen Instrumenten und Maßnahmen Zeit zum Wirken und Vertrauen bilden zu geben – und nicht zuletzt den Druck von den Menschen zu nehmen. Die Bereitschaft, Organe zu spenden, ist eine sehr persönliche, emotionsbeladene Entscheidung. Hier gibt es kein Richtig oder Falsch. Und wer sich dagegen entscheidet, hat noch längst kein Menschenleben auf dem Gewissen.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Medien Union GmbH Ludwigshafen  
**Verlag:**  
Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG  
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder  
09002 Chemnitz, Postfach 261  
**Telefon:** 0371 6560  
**Telefax Redaktion:** 0371 656-17084  
**Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077  
**Internet:** www.freiepresse.de  
**E-Mail:** die.tageszeitung@freiepresse.de  
**Geschäftsführer:** Ulrich Lingnau  
**Chefredakteur:** Torsten Kleditzsch (v.i.s.d.p.)  
**Stellvertretende Chefredakteure:**  
Udo Lindner, Jana Klameth  
**Anzeigenleitung:**  
Gesamt: Tobias Schniggenfittig  
National: Alexander Arnold (v.i.s.d.p.)  
Regional: Marion Clausen (v.i.s.d.p.)  
**Leiter Leserkreis:** Arne Stück

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 24,80 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 31,90 € (Inland) bzw. 51,30 € (Ausland). Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.



Vor dem Durchbruch.

KARIKATUR: TOMČEK

## Die eigene Wahrheit zweifelhafter Zeugen

Im NSU-Prozess wurden gestern mehrere Zeugen über Stunden in die Mangel genommen. Andere schickte das Gericht vorerst wieder nach Hause.

VON JENS EUMANN

MÜNCHEN – Es war ein Tag der zweifelhaften Zeugen. „Ich weiß nicht, ob jetzt jeder verdächtig ist, der mit AH im Kennzeichen rumfährt“, wehrte sich gestern der in den NSU-Prozess am Oberlandesgericht München geladene Chemnitzer Autovermieter Alexander H. Über Jahre soll er Fahrzeuge ans Trio des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, also Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, vermietet haben. Bisher stand indes nie im Raum, dass der Geschäftsmann vielleicht gewusst haben könnte, wer und was sich hinter dem Alias „Holger G.“ verbarg, der seine Fahrzeuge mietete. Dass sich der 35-jährige Chemnitzer plötzlich selbst einem Kreuzverhör mehrerer Opferanwälte ausgesetzt sah, hatte mit einer Verkettung merkwürdiger Fakten zu tun.

Das AH im Nummernschild seiner Firmenfahrzeuge, eine Buchstabenkombination, die in der rechten Szene als Bekenntnis zu Adolf Hitler gilt, konnte der Zeuge mit Verweis auf seine eigenen Initialen A. H. erklären. Die Kennzeichen-Kombination „C-AH-28“ indes warf weitere

Fragen auf. Die „28“ sage ihm nichts, beteuerte der Zeuge auf Nachbohren eines Nebenklageanwalts, der Alexander H. zuvor nach seiner eigenen politischen Einstellung befragt hatte. Als weder „rechts“ noch „national“ hatte sich der Chemnitzer bezeichnet. Seit dem Verbot der rechtsextremen Szenevereinigung „Blood & Honour“, kurz B&H, der viele Personen des NSU-Helfernetzes entstammten, gilt die Ziffernfolge „28“ stellvertretend für den zweiten und achten Buchstaben des Alphabets, also „BH“, als Bekenntnis zu dieser Vereinigung. Das indes will Alexander H. nicht gewusst haben. Doch damit waren die seltsamen Zufälle noch nicht erschöpft.

Wo er sich am 25. April 2007 aufgehalten habe, dem Tag des Heilbronner Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter, wollte einer der Opferanwälte wissen. Genau

könne er das nicht sagen, entgegnete der Chemnitzer. Ob es sein könne, dass er selbst in Heilbronn gewesen sei, fasste der Anwalt nach. Können sein, sagte der Zeuge, der schon in seiner Polizeivernehmung daraufhin abgeklöpft worden war. An jenem Tag habe er ein gebrauchtes Wohnmobil bei einem Händler im Raum Heilbronn angeschaut, räumte Alexander H. ein, ob das direkt in Heilbronn gewesen sei, wisse er nicht mehr.

Die nächste zweifelhafte Zeugin war die Friseurin Silvia S. aus Hannover, deren Krankenversicherungskarte über Jahre von Beate Zschäpe genutzt wurde. Auch hatte das Trio mit persönlichen Daten dieser Zeugin Bibliotheksausweise und Kundenkarten für Beate Zschäpe fertigen lassen. Klar ist, dass der im Prozess angeklagte mutmaßliche NSU-Helfer Holger G. die Zeugin Sil-

## IM FOKUS

## Krebsdiagnose nach TV-Mammografie

US-Moderatorin Amy Robach wird zur Geschichte in ihrer eigenen Sendung



Wenige Wochen nach einer Live-Mammografie in der US-Fernsehsendung „Good Morning America“ ist bei der Moderatorin Amy Robach (40) Brustkrebs festgestellt worden. Das teilte Robach am Montag (Ortszeit) in einem Beitrag für den Sender ABC News mit. Sie habe die Vorsorgeuntersuchung am 1. Oktober im Rahmen eines Info-Monats zum Thema Brustkrebs machen lassen, „um Frauen die Angst davor zu nehmen“. Sie habe nie damit gerechnet, tatsächlich Krebs zu haben. „In den letzten 20 Jahren habe ich in meinem Job sehr oft über die Tragödien anderer Leute berichtet. Aber nie über meine eigene“, schrieb Robach

in einem Blog des Senders. Morgen stehe die Brustentfernung an. „Ich hatte Glück, dass ich die Diagnose frühzeitig bekommen habe, und ich bin vielen Leuten dankbar: Jedem Produzenten und jedem, der mich gedrängt hat, die Mammografie machen zu lassen“, erklärte die zweifache Mutter.

In der populären Sendung „Good Morning America“ war Robach zuletzt regelmäßig als Vertretung von Robin Roberts aufgetreten. Die 52-jährige Moderatorin leidet an einer schweren Knochenmarkserkrankung. Roberts selbst habe sie dazu gedrängt, sich als Teil eines TV-Beitrags untersuchen zu lassen. (dpa)

### Pannenserie setzt sich fort

In München ist es erneut zu einer Panne rund um die Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe NSU gekommen. Am vergangenen Freitag waren an den Tatorten Gedenktafeln für die beiden Münchner Opfer enthüllt worden. Die Stadt hatte dazu ausgewählte Journalisten eingeladen, allerdings – wie erst jetzt bekannt wurde – keine türkischen, obwohl acht der zehn NSU-Mordopfer türkischstämmig waren.

„Dieses Versehen“ bedeute sie sehr, teilte die Stadt München mit. „Die Enthüllung der Gedenktafeln für die beiden in München ermordeten NSU-Opfer an den jeweiligen Tatorten im öffentlichen Straßenraum sollte – nicht zuletzt mit Rücksicht auf die anwesenden Angehörigen – in einem würdigen, ungestörten Rahmen abhalten werden“, hieß es weiter. Bei den Medien-Einladungen seien türkische und griechische Journalisten übersehen worden. Unter den Münchner NSU-Opfern war auch ein Grieche.

Auch der Beginn des weltweit beachteten Prozesses gegen das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe im Mai war von Pannen überschattet worden. Bei der Sitzplatzvergabe gingen türkische Medienvertreter zunächst leer aus. Erst nach Intervention des Bundesverfassungsgerichtes wurden die Sitzplätze in einem Losverfahren neu vergeben. Auch türkische Journalisten können nun von dem Prozess berichten. (epd)



Am Tag, an dem auf der Heilbronner Theresienwiese die Polizistin Michèle Kiesewetter starb, war ein Chemnitzer Wohnmobilvermieter des NSU auch im Raum Heilbronn unterwegs.

FOTO: BERND WEISBROD/DPA

## Neues Gutachten im Fall Jalloh stützt Mordthese

Vor knapp neun Jahren verbrannte Oury Jalloh in einer Zelle der Dessauer Polizeiwache. Seine Freunde sprechen seitdem von Mord. Eine Nachstellung der Ereignisse wirft nun neue Fragen auf.

VON ANDREAS RABENSTEIN

BERLIN – Ein neues Gutachten zum Fall des Asylbewerbers Oury Jalloh, der in einer brennenden Polizeizelle starb, verweist auf die Beteiligung unbekannter Täter. Eine Nachstellung der Ereignisse habe gezeigt, dass Jalloh das Feuer in der Zelle in Dessau nicht selber gelegt habe, sondern etwa mit Benzin übergossen und angezündet wurde, sagten Vertreter der „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“ gestern in Berlin. Sie beschuldigen die Polizei, Jalloh umge-

bracht zu haben. Die Staatsanwaltschaft kündigte neue Untersuchungen an.

Zusammen mit dem Brandgutachter Maksim Smirnou aus Irland hatte die Initiative die Polizeizelle teilweise nachgebaut und in mehreren Brandversuchen Matratzen und Schweinekadaver angezündet und die Ergebnisse gefilmt.

In der Auswertung ihrer Versuche kommen sie allerdings zu dem Schluss, die relativ schnelle und völlige Zerstörung der Matratze, das Ausmaß und die Intensität des Feuers bis in tiefe Hautschichten seien nur durch fünf Liter eines Brandbeschleunigers, also etwa Benzin, möglich. In Versuchen ohne oder nur mit zwei Litern Benzin sei die Matratze deutlich geringer verbrannt worden und der Tierkörper habe nur oberflächliche Verbrennungsspuren davongetragen. Der Sprecher der Initiative, Mouctar Bah, begründete die Wahl eines ausländischen Brandsachverständigen mit dem fehlenden Vertrauen in deut-

sche Brandexperten, die mit den Justizbehörden eng zusammenarbeiten würden und von ihnen abhängig seien. Es gehe einfach darum, „herauszubekommen, was da passiert ist“, selbst wenn das Ergebnis lauten würde, dass sich Oury Jalloh selbst angezündet hat, sagte Bah.

Der Dessauer Oberstaatsanwalt Folker Bittmann sprach von „sehr ernsten, überraschenden und zum Teil erschreckenden Informationen“. Jetzt müsse man genau prüfen, wie man weiter vorgehe, weil einige Punkte früheren Gutachten widersprechen würden. Bittmann sagte: „Das kann nicht einfach weggeschwemmt werden.“ Voraussichtlich müsse jetzt ein neues Gutachten durch die Ermittlungsbehörden erstellt werden. Er wies Vorwürfe zurück, dass die Ermittler absichtlich Erkenntnisse ignoriert hätten.

Die Justiz hatte in mehreren Prozessen keine Anhaltspunkte für eine Fremdbeteiligung am Tod des Asylbewerbers im Januar 2005 gefunden. Die Initiative stellte Strafanzeige wegen Mordes bei der Generalabun-

desanwaltschaft. In der Anzeige beschuldigen sie die Vertreter der Exekutive des Landes Sachsen-Anhalt,



Journalisten wurde gestern auf einer Pressekonferenz in Berlin ein Video zu einem neuen Gutachten zum Verurteilten von Oury Jalloh gezeigt.

FOTO: HANNIBAL HANSCHKE/DPA

Jallohs Tod verursacht zu haben. Weiter heißt es in der Anzeige, bei den beiden Gerichtsverfahren sei eine tatsächliche Rekonstruktion von Brandentstehung und -verlauf nie zugelassen worden. Polizei, staatsanwaltliche Ermittlungsorgane und die Justiz Sachsen-Anhalts hätten eine rechtsstaatliche Aufklärung des Falles boykottiert.

Das Landgericht Dessau sowie das Landgericht Magdeburg waren zu dem Schluss gekommen, dass der Asylbewerber aus dem westafrikanischen Sierra Leone am 7. Januar 2005 das Feuer selbst gelegt hatte. Jalloh war sehr betrunken und hatte Kokain genommen. Die Polizisten hatten ihn an Händen und Füßen an die Liege gefesselt. Die genauen Umstände des Feuers konnten nie zweifelfrei festgestellt werden.

Bei dem Prozess in Magdeburg war im Dezember 2012 ein Polizist wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe von 10.800 Euro verurteilt worden, weil er die Zelle nicht ausreichend überwacht hatte. (dpa mit epd)

NACHRICHTEN

NSU-MORD

Geheimdienstler angeblich vor Ort

MÜNCHEN – Tummelten sich auf dem Heilbronner Volksfestplatz Mitarbeiter dreier Geheimdienste, als dort am 25. April 2007 die Polizistin Michèle Kiesewetter von den NSU-Terroristen erschossen und ihr Kollege lebensgefährlich verletzt wurden? Dieser Frage ging man gestern im Münchner NSU-Prozess nach. Ein Beamter des Bundeskriminalamtes erklärte, dass man solchen 2011 aufgetauchten Hinweisen nachgegangen sei. Fast zur selben Zeit habe sich ein CIA-Mann gemeldet, der von einer Observation durch eine spezielle US-Einheit auf dem Festplatz berichtete. Daran seien auch Verfassungsschützer aus Bayern und Baden-Württemberg beteiligt gewesen. Damals vernommene Zeugen aus den genannten Diensten hätten unisono betont, eine solche Aktion habe es nicht gegeben. (eu)

RENTENVERSICHERUNG

Fehlende Daten behindern Reform

BERLIN – Die Umsetzung der abschlagsfreien Rente ab 63 für langjährig Versicherte bereitet den zuständigen Behörden offenbar technische Probleme. Die Deutsche Rentenversicherung könne bei der geplanten Anrechnung der Arbeitslosenzeiten nicht wie vorgesehen zwischen dem Bezug von Arbeitslosengeld und -hilfe unterscheiden, berichteten mehrere Medien. Eine vollmaschinelle Prüfung der nötigen 45 Beitragsjahre sei nicht möglich. Dieses Problem bestehe für die Zeit zwischen Juli 1978 und Januar 2001. Ein erster Entwurf für das Gesetz zur Rentenreform wird derzeit in den Ministerien geprüft. (afp)

SYRIEN-KONFERENZ

Streit über künftige Rolle Assads

MONTREUX – Der erbitterte Streit über die politische Zukunft von Syriens Machthaber Baschar el Assad hat den ersten Tag der Friedenskonferenz für das vom Bürgerkrieg verwüstete Land bestimmt. US-Außenminister John Kerry sagte im schweizerischen Montreux, in einer Übergangsregierung sei kein Platz für Assad. Sein russischer Kollege Sergej Lawrow beharrte dagegen darauf, dass sich das Ausland nicht in die inneren Angelegenheiten Syriens einmischen dürfe. Vertreter der Opposition warfen Assad Kriegsverbrechen im Stil der Nazis vor. (rtr)

UNGARN

Streit um Denkmal für Besetzung 1944

BUDAPEST – 70 Jahre nach dem Beginn der Besetzung Ungarns durch Nazi-Deutschland soll ein Denkmal an diesen Akt vom 19. März 1944 erinnern. Das beschloss das Parlament des 5. Budapester Stadtbezirks gestern auf Antrag der rechtsnationalen Regierung Ungarns. Das Objekt soll einen deutschen Reichsadler darstellen, der im Sturzflug einen „Erzengel Gabriel“ angreift, welcher Ungarn symbolisiert. Kritiker bemängelten, damit werde wahrheitswidrig die Mitverantwortung des damaligen ungarischen Staates für den Holocaust verschwiegen. (dpa)

LUFTANGRIFF

Drei deutsche Extremisten getötet

ISLAMABAD – Das pakistanische Militär hat bei Luftangriffen auf Verstecke der radikalislamischen Taliban auch drei Deutsche getötet. Es handele sich um Extremisten mit Verbindungen zu den Taliban, sagte gestern ein ranghoher Militärvertreter. Die Deutschen seien in Nord-Waziristan getötet worden. In der Region an der Grenze zu Afghanistan fliegt die Luftwaffe seit dem Vortag Angriffe. Dabei seien bisher 40 Extremisten getötet worden. (dpa)

# Tödliche Schüsse in Kiew



Mit Schild und Kette bewaffnet ist dieser radikale Regierungsgegner. Im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt herrschte gestern Chaos. FOTO: G. GARANICH/REUTERS

Hunderte Verletzte und nun auch Tote: Die Proteste gegen den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch in Kiew versinken im Chaos.

VON ANDREAS STEIN UND BENEDIKT VON IMHOFF

KIEW – Mit den ersten tödlichen Schüssen auf Demonstranten in Kiew eskaliert die Gewalt in der ukrainischen Hauptstadt. Radikale Gegner des prorussischen Präsidenten Viktor Janukowitsch liefern sich blutige Straßenschlachten mit Sicherheitskräften. Stapelweise brennen Reifen, giftiger schwarzer Qualm liegt über dem Zentrum – es wirkt wie ein düsteres Omen. Im Schneetreiben rücken Spezialeinheiten mit Schützenpanzern vor. Oppositionelle ducken sich hinter ausgebrannten Stahlskeletten von Einsatzfahrzeugen. Als Waffen dienen Steine und Molotowcocktails sowie Blendgranaten und Wasserwerfer bei Minusgraden. Und nun offenbar auch erstmals scharfe Munition – mehrere Männer sind erschossen worden.

Damit wäre eine historische Grenze überschritten, meint auch der deutsche Botschafter Christof Weil. Denn trotz aller Krisen und bisweilen gewaltsamer Proteste:

Noch nie sind bei politischen Krisen in der seit 1991 unabhängigen Ex-Sowjetrepublik Schusswaffen eingesetzt worden. Im Gegenteil – bislang galt die Ukraine stets als Beispiel für friedlichen Machtwechsel, etwa bei der demokratischen Orangenen Revolution 2004. Jetzt aber ist der Widersacher von damals – Janukowitsch – an der Macht. Und erstmals fließt Blut, beide Seiten beklagen Hunderte Verletzte.

Eine Stadt voller Gerüchte

Das Machtlager und die gemäßigte protestliche Opposition um Ex-Boxweltmeister Vitali Klitschko machen sich gegenseitig verantwortlich für die Opfer. Kiew ist voller Gerüchte. Wer die tödlichen Schüsse abgefeuert hat, ist noch unklar. Unkontrollierte Spezialeinheiten oder ultraradikale Provokateure? Fakt ist: Einen offiziellen Schießbefehl haben die Einsatzkräfte nicht. Vor allem westliche Experten halten auch Aufforderungen Russlands an die Regierung in Kiew, sich das Treiben nicht gefallen zu lassen, für brandgefährlich. Mit Milliarden Euro hat Kremlchef Wladimir Putin kürzlich den finanziell schwer angeschlagenen Nachbarn gestützt. Und in der Tat führte die Hilfe kurzfristig zu einer Entspannung, die dicken Schecks aus Moskau machen so manchem Hoffnung.

Aber längst gibt es zahlreiche Bürger, denen es darum geht, in einem anderen System zu leben. Vor allem junge Menschen machen bei

den friedlichen Protesten auf dem Unabhängigkeitsplatz – dem Maidan – ihrer Sehnsucht nach einer Zukunft in einem freien Europa Luft. Sie fordern auf Dauer gleiche Bedingungen wie in der nahen EU mit visafreiem Reisen und ein Leben ohne Korruption. Diesen Traum hatte ihnen Janukowitsch genommen, als er Ende November ein weitreichendes Abkommen mit der EU auf Drucks Russlands verweigerte. Spätestens mit den Todesschüssen steigt der Druck auf den ungeliebten Präsidenten, zurückzutreten und den Weg für einen Neuanfang freizumachen. Die Wut auf die „Banditen“ aus dem prorussischen Osten des Landes ist gewaltig. „Das Regime Janukowitsch ist eine Vereinigung von Kriminellen mit dem Staatsapparat“, schimpft der Oppositionspolitiker und frühere Innenminister Juri Luzenko.

Hoffen auf Krisentreffen

Dass Regierungschef Nikolai Asarow ungeachtet der Gewalteskalation zum Wirtschaftsforum ins Schweizer Davos fliegt, ist für viele der endgültige Beweis, dass der Führung das Volk egal ist und sie nur noch den Machterhalt sichern will. „Nieder mit der Diktatur!“, lautet die neue Parole auf der Straße. Ein Krisentreffen von Janukowitsch und den Oppositionsführern galt gestern als letzte Hoffnung auf einen Ausweg aus der innenpolitischen Krise. Aber es ging ohne Ergebnis zu Ende. Die Fronten sind

verhärtet: Die Regierungsgegner beharren auf dem Rücktritt Janukowitschs und vorgezogenen Präsidentschaftswahlen, die bislang für 2015 geplant sind. Und sie verlangen die Rücknahme der Gesetze, die seit gestern das Versammlungsrecht massiv einschränken.

Den nationalistisch geprägten Westen um die Großstadt Lwiw (Lemberg) nahe der Grenze zur EU hat die Regierung ohnehin verloren. Hier haben radikale Oppositionelle das Sagen, von hier aus brechen täglich Hunderte Regierungsgegner in Richtung Kiew auf. Schon warnen Experten vor einem Zerfall des zweitgrößten Flächenstaats Europas, dem wichtigen Transitland für russisches Gas nach Westen. (dpa)

Warnung vor Blutbad

Die Vereinigung ukrainischer Waffenbesitzer hat angesichts der Gewaltexzesse in Kiew zwischen Opposition und Polizei vor einem Blutbad gewarnt. Allein in der Hauptstadt seien 400.000 Schusswaffen in den Händen der Menschen. Die Anzahl umfasse nur die registrierten Waffen. Medien berichteten, die Waffenverkäufe auf dem Schwarzmarkt hätten sprunghaft zugenommen. (dpa)

Ein VIDEO zu den Krawallen im Kiew können Sie aufrufen, wenn Sie diesen Code mit dem Smartphone scannen. [www.freiepresse.de/ukraine](http://www.freiepresse.de/ukraine)

# EU will mehr Spielraum bei Klimazielen

Umweltverbände rügen Lockerung der Vorgaben

BRÜSSEL – Die Europäische Union soll ihren Treibhausgas-Ausstoß nach den Vorstellungen der EU-Kommission bis 2030 um 40 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 drosseln. Das sieht ein mit Spannung erwartetes Strategiepapier vor, das der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso gestern vorstellte. In dem Papier der EU-Kommission ist außerdem vorgesehen, im gleichen Zeitraum den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung EU-weit auf 27 Prozent steigern. Bisher gilt in der EU die Vorgabe, Kohlendioxid und andere schädliche Gase bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu reduzieren. Diese Zielmarke wird die EU aller Voraussicht nach erreichen.

Mit Kritik reagierten Umweltverbände: Ein 40-Prozent-Ziel sei nicht ausreichend, um die Erderwärmung auf ein erträgliches Maß von zwei Grad Celsius zu begrenzen, erklärte etwa Greenpeace. Zudem verwandle sich die Vorgabe mit einer anderen Berechnungsmethode in ein Spielziel von nur noch 33 Prozent. Die Vorschläge aus Brüssel sollen die Basis des Mandats bilden, mit dem die EU-Delegation 2015 zur UN-Klimaschutzkonferenz in Paris reisen will. Dort soll ein neues Klimaschutzabkommen verabschiedet werden.

Das Ausbauziel von 27 Prozent für erneuerbare Energien halten Umweltschützer für eine Mogelpackung. Die EU-Kommission schreibt zwar in ihrem Papier von einer „bindenden“ Vorgabe. Allerdings gibt es keine Einzelziele für die europäischen Länder. (epd/fp)

WULFF-PROZESS

Sekretärin: Manager bat um Hilfe

HANNOVER – Im Korruptionsprozess gegen den früheren Bundespräsidenten Christian Wulff hat eine frühere Sekretärin des mitangeklagten Filmmanagers David Groenewold die Darstellung der Anklage gestützt. Groenewold habe 2008 wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten auf die Hilfe des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff gesetzt, sagte die Zeugin gestern vor dem Landgericht Hannover. Damals habe sie einen entsprechenden Brief im Auftrag Groenewolds an Wulff geschickt. Dieser sollte den Siemens-Konzern dazu bringen, ein Filmprojekt Groenewolds zu fördern. Der Manager soll im Herbst 2008 Wulff als Gegenleistung für seine Hilfe einen Oktoberfest-Aufenthalt in München bezahlt haben, so die Anklage. (afp)

# Mit Haut und Haar Soldat

Die Bundeswehr reagiert auf Modetrends: Ein neuer Erlass regelt erstmals das Tragen von Piercings, Trendfrisuren, Strass-Fingernägeln und Tattoos.

VON ALESSANDRO PEDUTO

BERLIN – In Modefragen geht es hierzulande ziemlich locker zu. Egal ob bei Kleidung, Schminke, Frisur oder Körperschmuck, es gilt: Erlaubt ist, was gefällt. Eine Ausnahme bildet die Bundeswehr. Dort heißt es in puncto Mode eher: Erlaubt ist, was keiner sieht oder was unauffällig ist. Eine neue Dienstvorschrift mit dem Titel „Das äußere Erscheinungsbild der Soldatinnen und Soldaten“, welche von Generalinspekteur Volker Wieker erlassen wurde und am 1. Februar in Kraft tritt, re-

gelt erstmals den Umgang mit verbreiteten Modetrends. Es geht etwa um Piercings, verzierte Fingernägel und Tätowierungen. Doch auch für den Umgang der Soldatinnen und Soldaten mit Kosmetik, Schmuck, Accessoires sowie für Haar- und Barttracht gibt es überarbeitete Regeln.

Generell heißt es in der Dienstvorschrift, das Äußere sei „dezent“ zu halten, wobei der Begriff in einer Fußnote erklärt wird: „unaufdringlich, nicht auffallend, feinfühlig, taktvoll, vornehm-zurückhaltend“. Soldaten seien Repräsentanten des Staates. Durch ihr Erscheinungsbild würden in der Bevölkerung „Rückschlüsse auf die militärische Disziplin und auf die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr“ gezogen. Daher seien der „Teilhabean an modischen Entwicklungen Grenzen gesetzt“.

Die meisten dieser Grenzen sind unter Punkt 6 der Dienstvorschrift aufgeführt. Dort geht es um „Körpermodifikationen und Körperbe-



Zwei „Flesh Tunnel“ („Fleischtunnel“) im Ohr: bis zur Größe eines Cent-Stücks erlaubt. FOTO: DPA

malungen“. Diese dürfen weder diskriminierende, pornografische oder grundgesetzwidrige Motive zeigen. Körperschmuck an Stellen, die beim Tragen der Uniform sichtbar sind,

also etwa Nasenringe oder sonstige Piercings, auch im Mundinnenraum, müssten abgelegt werden. Tätowierungen, sogenannte Brandings oder andere Körperbemalungen etwa an Händen und Gesicht sind abzudecken. Die bei jungen Leuten beliebten großen Ohrlöcher – „Tunnel“ oder „Plugs“ genannt – sind nur dann zulässig, wenn sie maximal die Größe einer Ein-Cent-Münze haben und unter einer hautfarbenen Abdeckung verborgen werden.

Um die uneingeschränkte Handhabung von militärischem Gerät zu gewährleisten, ist auch die Länge der Fingernägel reglementiert. Sie dürfen die Fingerkuppe nicht überragen. Überdies gilt: „Das Aufbringen farblicher Lacke und Verzierungen ist nicht zulässig.“ Dies gelte insbesondere für Glitzer, Strass oder „Bebildung jeglicher Art“. Klarlacke sind indes erlaubt.

Make-up ist nur in zurückhaltender und „natürlich wirkender Form und Farbgebung“ gestattet. Dasselbe

gilt für Haarfärbungen und Tönungen, auch bei Strähnen. „Starke Kontraste sind unzulässig“, ebenso wie auffällige Frisuren. Genannt werden Irokesenschnitte, Ornamentschnitte und „Sidecuts“, also stoppelige Partien an den Seiten. Bei Soldatinnen darf die Haartracht die Augen nicht bedecken. „Haare, die bei aufrechter Körper- und Kopfhaltung die Schulter berühren würden“, seien am Hinterkopf „komplett gepopft“ oder hochgesteckt zu tragen. Auffällige Spangen und Haarbänder sind tabu. Soldaten können Bart tragen. Sie müssen ihn sich aber im Urlaub wachsen lassen.

Auch zu Sonnenbrillen gibt es Regeln. Sie sollten – welche Überraschung – dezent sein, die Gläser unverspiegelt. Kontaktlinsen dürfen nur farblos sein. Und eine weitere Neuerung gibt es: Regenschirme zum Dienstanzug sind jetzt erlaubt. Sie müssen aber einfarbig schwarz, schlicht gestaltet und unbedruckt sein.

## NACHRICHTEN

## NSA-AFFÄRE

## SPD-Politiker für Gegenspionage

**DÜSSELDORF** – Nach den jüngsten Enthüllungen über ein systematisches Abhören auch des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) fordert dessen Parteikollege Michael Hartmann als Konsequenz Gegenspionage gegen die USA. „Wer uns ausspäht, muss damit rechnen, dass er seinerseits ebenfalls Zielobjekt wird“, sagte der SPD-Innenexperte der „Rheinischen Post“. So seien die Grundregeln des nachrichtendienstlichen Handelns. Medien hatten am Mittwoch unter Berufung auf Dokumente des ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden berichtet, dass nicht nur Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), sondern auch ihr Vorgänger Schröder in seiner Amtszeit als Bundeskanzler abgehört wurde. Die Berichte sorgten erneut für Empörung über die Spähpraxis des US-Geheimdienstes NSA. (afp)

## STEUERHINTERZIEHUNG

## Auch zwei Berliner Senatoren informiert

**BERLIN** – Nach dem Rücktritt von Berlins Kultur-Staatssekretär André Schmitz (SPD) wegen Steuerhinterziehung zieht die Affäre weitere Kreise. Während Schmitz den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) persönlich informiert hatte, erfuhren Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) und Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos), auf dem Dienstweg davon, wie gestern bekannt wurde. Justiz- und Finanzverwaltung betonten indes, die Senatoren hätten darüber nicht öffentlich informieren können, weil dies strafbar gewesen wäre. Schmitz war am Dienstag zurückgetreten, nachdem bekanntgeworden war, dass er über Jahre Steuern in Höhe von 22.000 Euro für ein Schweizer Konto hinterzogen hatte. Juristisch ist der Fall abgeschlossen. Wowereit hatte auf disziplinarische Maßnahmen verzichtet. (dpa/fp)

## SYRIEN-KONFLIKT

## Einigung auf Hilfe für Homs

**DAMASKUS** – Die syrischen Bürgerkriegsparteien haben sich nach Angaben Russlands auf humanitäre Hilfe für rund 3000 Bewohner der Stadt Homs geeinigt. „Das ist ein positives Signal“, sagte Außenamtssprecher Alexander Lukaschewitsch gestern. Auch die Uno begrüßte die Einigung. Beide Seiten verständigten sich auf eine Waffenruhe, um Zivilisten das Verlassen der Altstadt des umkämpften Homs sowie Hilfslieferungen zu ermöglichen. Die Lage in der Altstadt von Homs, die seit zwei Jahren von Regierungstruppen belagert wird, gilt als äußerst kritisch. Sie war auch Gegenstand der Syrien-Friedensgespräche, die seit Ende Januar in Genf laufen. (dpa/fp)

## URTEIL

## Spanische Familie erhält Hartz IV

**DORTMUND** – Das Sozialgericht Dortmund hat in einer Eilentscheidung einer arbeitssuchenden spanischen Familie Hartz IV zugesprochen. Das Arbeitslosengeld II werde aber nur vorläufig gewährt, teilte das Gericht gestern mit. Die Kammer gebe damit dem EU-Gemeinschaftsrecht den Vorrang vor dem Leistungsabschluss für Ausländer nach deutscher Vorgabe. Die Familie mit vier Kindern lebt seit Juli 2013 in Iserlohn im Sauerland. Ein Elternteil und ein älteres Kind gehen geringfügigen Beschäftigungen nach. Im Übrigen erhält die Familie Kindergeld. Nach der deutschen Regelung erhalten Ausländer und ihre Familien, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt, keine Hartz-IV-Leistungen. Umstritten ist jedoch, ob dies mit EU-Recht vereinbar ist. Der Europäische Gerichtshof soll dazu noch in diesem Jahr entscheiden. (dpa)



## Streit um Kampagne zur Rentenreform

**Information oder steuerfinanzierte Wahlwerbung?** Vor gut einer Woche hatte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) die Rentenvorhaben der Großen Koalition vorgestellt. Die Verbesserungen bei der Mütter- und der Erwerbsminderungsrente sowie die abschlagsfreie Rente ab 63 für langjährig Versicherte sind an sich schon umstritten. Seit gestern sorgt die zugehörige Werbekampagne zusätzlich für böses Blut. Mit Anzeigen, im Internet und auf Plakaten wirbt die Bundesregierung für ihr Rentenpaket, das bisher weder Bundestag noch Bundesrat passiert hat. 1,15 Millionen kostet die Aktion. Die Opposition ist empört, weil sie Wahlwerbung auf Kosten der Steuerzahler vermutet. Die Kampagne soll bis 19. März laufen. Gut zwei Monate später findet die Europawahl statt. Die Linke will Nahles vor den Haushaltsausschuss zitieren, die Grünen beklagen „Arroganz der Großen Koalition“. Der Bund der Steuerzahler spricht von Geldverschwendung. (Foto: DANIEL NAUJOLD/DPA)

## Die ungeprüfte Spur der blutigen Hände

Im Polizistenmordfall von Heilbronn erschien eine Spur einstigen Ermittlern besonders fruchtbar. In der Hypothese vom NSU-Trio aber hat sie heute keinen Platz mehr. Zu Recht?

VON JENS EUMANN

**HEILBRONN/OBERWEISSBACH** – Anton M. hörte die Schüsse nicht, als er am 25. April 2007 am Neckar entlangradelte. Anton M. ahnte nicht, was gerade passiert war auf der Theresienwiese, auf deren verwaister Nordseite zwei in den Kopf geschossene Polizisten blutüberströmt aus ihrem Streifenwagen herausgingen. Die Beamtin Michèle Kiesewetter war tot, ihr Kollege Martin A. lebensgefährlich verletzt. Anton M. erfuhr erst am Folgetag, weshalb am Nachmittag des 25. April die ganze Stadt abgesperrt schien und ein Hubschrauber kreiste. Ungeachtet all dessen hatte Anton M. Minuten, nachdem auf dem Heilbronner Volksfestplatz die Schüsse gefallen sein mussten, nur wenige Hundert Meter vom Tatort entfernt eine Begegnung der besonderen Art.

Drei Personen kamen ihm entgegen, zwei auf dem Uferadweg, die dritte ging gerade hinunter ans Wasser. Der Mann habe seine Hände reinigen wollen. Voller Blut seien die gewesen, berichtete Anton M. später der Polizei. Bei den Personen oben am Weg hielt Anton M. sein Rad

kurz an. Es waren ein weiterer Mann und eine Frau. Den Mann habe er nicht gut sehen können, da er hinter der Frau gestanden habe. Diese habe ein Kopftuch getragen. Dennoch konnte der Zeuge sie später beschreiben. Besonders die markanten Augen hatten sich ihm eingepägt. Anhand seiner Beobachtungen, die der Soko Parkplatz über Monate als eine der heißesten Spuren galten, erstellte man ein Phantombild.

Anton M. wurden Fotos von ursprünglich Verdächtigen vorgelegt. Eine Frau ähnelte der, die er gesehen hatte, am meisten. Das Foto zeigte eine Heilbronner Drogenabhängige. Allerdings verlief die Spur im Sand, weil die Frau ein Alibi vorweisen konnte – und von einer „Zwillingschwester“ bisher nirgends die Rede war.

Allerdings gibt es in der Tat jemanden, der der Heroinabhängigen Melanie V. aus dem Gesicht geschnitten scheint. Diese Frau wohnt nicht in Heilbronn, sondern in Thüringer Wald: Sie ist eine von drei Anführerinnen des früheren Thüringer „Mädlerings“, einer Vereinigung kämpferischer Neonazi-Frauen.

Sie stammt aus Mellenbach-Glasbach. Der Ort ist vier Kilometer von Oberweißbach entfernt, der Heimat der ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter. Auf vormalige „Freie Presse“-Nachfrage, ob sie persönlichen Kontakt zu Kiesewetter gehabt habe, antwortete diese Frau nicht mit Ja oder Nein, sondern nur: „Dazu äußere ich mich nicht.“

Fakt ist, dass diese Frau, die mit Spitznamen Rieke heißt, einst zusammen mit der besten Freundin,

die die Polizistin Michèle Kiesewetter in ihrer Heimat hatte, zur Schule gegangen war. Über Jahre habe sie keinen Kontakt mehr zu dieser Mitschülerin gehabt, berichtete Kiesewetters Freundin Anja K. den Ermittlern im Dezember 2011. Doch

„Schließlich haben wir zwei mutmaßliche Täter, und wir haben ein Motiv.“

Herbert Diemer Bundesanwalt



Das Phantombild der Frau, die nach dem Mord in Heilbronn gesehen wurde. (GRAFIK: POLIZEI)

kurz vor der Vernehmung habe eine Person über Facebook Kontakt zu ihr aufnehmen wollen, hinter deren Pseudonym „Kritischer Mensch“ sie diese Ex-Mitschülerin vermutete, sagte Anja K. Recherchen ergaben, sie vermutete richtig. Warum sich die Frau punktgenau zu Beginn der Terror-Ermittlungen wieder ihrer früheren Mitschülerin entsann, bleibt zunächst ihr Geheimnis.

Die Mädlering-Frau befand sich auch unter den Telefonkontakten von Ralf Wohlleben, als die Ermittler die Handydaten des in München mit Beate Zschäpe angeklagten mutmaßlichen Mordwaffen-Finanziers auswertete. Sie hat zwei Söhne von Andreas G., dem Bruder jenes männlichen Thüringer Szenekopfes Thomas G., der einst half, in Zwickau eine Gruppe Nationaler Sozialisten aus der Taufe zu heben: Thomas G. hatte seinerseits zeitweise mit Mandy S. ein Verhältnis, jener Schwarzenberger Friseurin, die Beate Zschäpe kurz nach dem Abtauchen Aliaspapiere zur Verfügung gestellt haben soll. In 27 Akten zum NSU-Prozess taucht der Name der Phantombild-Doppelgängerin auf, allerdings meist nur zum Abgleich, wer in der Szene mit wem vernetzt war. Anders als Kindsvater Andreas G. wurde sie nie zum Verhör bestellt.

Dass die mutmaßlichen NSU-Mitglieder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, denen man den Mord an Kiesewetter zuschreibt, nicht allein in Heilbronn waren, diese Hypothese erwägt sogar die Bundesanwaltschaft. Die Überwachungskamera einer Bäckerei am Heilbronner Bahnhof lieferte Bilder, auf denen

man zwei Männer und eine Frau sah, die Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe sein könnten, hieß es. Eindeutig feststellen ließ sich die Identität der drei aber nicht.

Einer anderen Hypothese indes scheint man bei der Bundesanwaltschaft gar nicht nachgehen zu wollen: der, dass eine andere weibliche Person Mundlos und Böhnhardt in Heilbronn begleitet haben könnte, eine Person aus dem Heimat-Umfeld der getöteten Polizistin. Auf „Freie Presse“-Anfrage, ob Kiesewetters Oberweißbacher Freundin Anja K. je das Heilbronner Frauen-Phantombild gezeigt worden sei, reagierte Bundesanwalt Herbert Diemer unwirsch. Er sehe gar keine Veranlassung, das Bild am Heimatort der Polizistin überprüfen zu lassen. „Schließlich haben wir zwei mutmaßliche Täter, und wir haben ein Motiv.“

Die Anklage stellt die Hypothese auf, dass der Mord dazu diente, an die Dienstwaffen der Polizisten zu gelangen. Beide Pistolen wurden beim Überfall entwendet. Auf Computerfestplatten des Trios sind Bearbeitungsstände des NSU-Bekennervideos mit dem Dateinamen „Aktion Polizeipistole“ bezeichnet. Das sieht Bundesanwalt Diemer als Beleg dafür, dass es keine anderen Gründe für den Überfall gab.

Michèle Kiesewetters überlebender Kollege sieht das anders. Als der seit dem Überfall zu 70 Prozent behinderte Polizist im NSU-Prozess aussagte, kommentierte er: Auch wenn man zufällig die Täter entdeckt haben möge, „das Motiv hat Kommissar Zufall nicht gefunden“.

## CDU-Schatzmeister zieht die Notbremse

Eigentlich wollte sich die Union in dieser Woche in Ruhe auf die Europawahl einstellen. Doch die Linsens-Affäre bestimmte die Debatte.

VON KRISTINA DUNZ

**BERLIN** – So richtig hatten CDU-Mitglieder ihren Schatzmeister Helmut Linsens nicht verstanden. Wieso ist er „gottfroh“ darüber, mit einer Geldanlage im Ausland eine so teure Lösung gewählt zu haben, dass er mehr Kosten als Erträge hatte, wie er einer Zeitung sagte? Warum möchte jemand mehr Geld ausgeben als einnehmen und dafür dann in

Deutschland keine Steuern zahlen? Eine befriedigende Antwort habe es nicht gegeben.

Linsens müsse sich bei der Vorstandsklausur heute und morgen in Erfurt erklären – deren eigentliches Thema die Europawahl im Mai ist –, lautete eine Erwartung. Doch der 71-Jährige kam gestern Abend einer Debatte darüber zuvor, ob er noch im Amt bleiben könne. Er habe sich im Interesse der Partei und seiner Familie entschlossen, die Parteivorsitzende zu bitten, auf dem Europa-Parteitag im April einen neuen Schatzmeister wählen zu lassen, ließ er via „Bild“-Zeitung wissen. Dennoch bleiben Fragen.

Linsens, der den Posten des obersten Kassenwarts der CDU 2010 übernahm, hatte zwischen 1997 und 2004 über eine Bank in Luxemburg mehr als 400.000 Euro bei einer

Briefkastenfirma auf den Bahamas und später in Panama angelegt. Dabei, so Linsens, habe es sich um aus-



Helmut Linsens  
CDU-Schatzmeister

FOTO: DPA/ARCHIV

ländisches Vermögen seiner Eltern gehandelt. Ein Strafverfahren gegen ihn wurde 2012 eingestellt, weil er im noch nicht verjährten Zeitraum 2001 bis 2005 keine zu versteuernden Erträge erwirtschaftet hatte.

Im aktuellen CDU-Programm steht: „Wichtigstes Ziel bleibt die Einnahme der Steuern – niemand darf sich entziehen. Wer es dennoch tut, muss die Folgen des Gesetzes zu

spüren bekommen.“ Nun wird Linsens keine Steuerhinterziehung vorgeworfen. Unionsanhänger meinten indes, juristisch habe er zwar kein Problem, aber moralisch könnte er unter Druck geraten.

Gerade für die CDU ist alles, was sie oder Mitglieder in den Geruch von dubiosen Geldgeschäften bringen könnte, höchst sensibel. Ende der 90er-Jahre wurden Parteibasis und Öffentlichkeit durch einen Spenden- und Schwarzgeldskandal erschüttert. Teile der CDU-Führung hatten fragwürdige Spenden angenommen und nicht versteuert, Geld in bar auf der Straße abgeholt oder schwarze Konten geführt. Schließlich noch die Weigerung von Altkanzler Helmut Kohl, die Namen der Spender zu nennen. Die CDU brauchte Jahre und neues Personal, um sich davon zu erholen. (dpa/fp)

## RENTENKASSE

## Rekord-Rücklage von 32 Milliarden

**STUTT GART** – Die ohnehin gute Finanzlage der Gesetzlichen Rentenversicherung ist noch besser als gedacht: Sie sitzt auf einer Rekordrücklage von 32 Milliarden Euro. Das sind gut 2,5 Milliarden Euro mehr als vor Jahresfrist. Die „eiserne Reserve“ entspricht genau 1,80 Monatsausgaben, geht aus Zahlen des Bundesversicherungsamtes hervor, über die die „Stuttgarter Nachrichten“ berichteten. Dass die Rücklage etwas höher ausfällt als bislang gedacht, ist überraschend, weil der Beitragssatz Anfang vergangenen Jahres von 19,6 auf 18,9 Prozentpunkte gesenkt worden war. Ob die Kassenlage so gut bleibt, ist aber offen: Das von Union und SPD geplante Rentenpaket wird zu Mehrausgaben von voraussichtlich etwa 4,5 Milliarden Euro im laufenden Jahr führen. (dpa)

NACHRICHTEN

UKRAINE

Weltbank plant Milliarden-Hilfe

WASHINGTON – Die Weltbank plant, die angeschlagene Ukraine mit Finanzhilfen von bis zu drei Milliarden US-Dollar (2,16 Mrd Euro) zu unterstützen. Das teilte die Institution zur Entwicklungshilfe gestern mit. Der Vorstand muss das Geld aber erst noch freigeben. Es soll noch dieses Jahr in einzelne Projekte zur Entwicklung der ehemaligen Sowjetrepublik fließen. In einem laufenden Hilfsprogramm stützt die Weltbank die Ukraine bereits mit rund 3,7 Milliarden US-Dollar. (dpa)

BISCHOFSKONFERENZ

Zollitsch ermahnt seine Kirche

MÜNSTER – Der scheidende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, hat die katholische Kirche ermahnt, sich konsequent an die Seite der Schwachen zu stellen. „Wir dürfen nicht übersehen, dass es neben der materiellen Not vor allem große seelische Not gibt“, predigte er gestern beim Eröffnungsgottesdienst der Frühjahrsvollversammlung der Bischöfe im Dom zu Münster. Zu dem viertägigen Treffen versammelten sich über 60 Bischöfe und Weihbischöfe, die morgen aus ihrer Mitte einen neuen Vorsitzenden bestimmen werden. Der 75-jährige Freiburger Erzbischof Zollitsch gibt das Amt ab. (dpa)

MASSENÜBERWACHUNG

Snowden ruft zur Gegenwehr auf

AUSTIN – Der ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden hat sich per Live-Video beim Technologie-Festival „South by Southwest“ in Austin im US-Staat Texas zu Wort gemeldet. Der 30-jährige rief die Besucher aus der Szene auf, beim Kampf gegen massive Überwachung durch die Geheimdienste mitzuhelfen. Snowden hatte öffentlich gemacht, wie vor allem der US-Geheimdienst NSA massiv den weltweiten Telefon- und Internetverkehr überwacht. Er hält sich derzeit in Russland auf, wo er befristet Asyl erhalten hat. (dpa/fp)

BUNDESMINISTERIEN

Nur wenige Frauen in Spitzenjobs

BERLIN – Frauen sind in Führungspositionen der Bundesministerien und anderer oberer Bundesbehörden deutlich unterrepräsentiert. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraction hervor, die gestern bekannt wurde. Demnach waren 2013 nur 150 der 715 Abteilungsleiter in Bundesministerien und nachgeordneten Behörden des Bundes weiblich. Dies entspricht einem Anteil von 21 Prozent. In den 153 deutschen Botschaften im Ausland gibt es derzeit nur 17 Botschafterinnen (elf Prozent). (afp)

# Der Angeklagte Hoeneß und seine „Wahnsinns-Geschäfte“



Uli Hoeneß (2. von rechts) im Gerichtssaal mit seinen Verteidigern Bernd Groß (links), Hanns W. Feigen und Markus Gotzens (rechts). FOTO: CHRISTOF STACHE/DPA

Der Präsident des FC Bayern gibt sich vor Gericht reumütig. Er gibt zu, noch viel mehr Steuern hinterzogen zu haben, als die Ankläger bisher dachten: 18,5 Millionen Euro.

VON BRITTA SCHULTEJANS UND SABINE DOBEL

MÜNCHEN – Als Uli Hoeneß den Saal 134 im Münchner Justizpalast betritt, ist es ganz still. Bis auf das hektische Klicken der Kameras ist kaum etwas zu hören. Mit bedächtigen Schritten geht der Präsident des FC Bayern auf den Stuhl zu, auf dem er in den kommenden Tagen auf das Urteil in seinem Steuerprozess warten muss. Dann bleibt er stehen, hebt den Kopf und schaut direkt in die Kameras. Nachdem er den Justizpalast zuvor durch den Hintereingang betreten hatte, während Journalisten und Schaulustige seit Stunden am Hauptportal ausharrten, stellt er sich nun den Fotografen und Kameralen. In der ersten Reihe verfolgt seine Frau Susi das Verfahren.

Die Anspannung ist Hoeneß anzumerken, auch wenn er ab und an noch versucht, sich ein Lächeln abzurufen. Steuerhinterziehung von insgesamt 3,5 Millionen Euro wirft die Staatsanwaltschaft ihm vor – in sieben Fällen. Und das ist wohl nur die Spitze des Eisbergs. Sein Anwalt Hanns W. Feigen spricht von „deutlich über 15 Millionen“, die Hoeneß darüber hinaus hinterzogen haben soll. Gigantische 18,5 Millionen wären es dann insgesamt. Und der An-

geklagte Hoeneß, der im schwarzen Anzug mit weinroter Krawatte zu seiner Verhandlung gekommen ist, gibt sich vor allem reumütig.

„Hohes Gericht, die mir in der Anklage zur Last gelegten Steuerstraftaten habe ich begangen“, so leitet er sein Geständnis ein, das er von einem Blatt Papier abliest. „Mit anderen Worten: Ich habe Steuern hinterzogen.“ Mit seiner Selbstanzeige, die die Staatsanwaltschaft nicht anerkennen will, habe er reinen Tisch machen wollen, betont er. „Mir ist klar, dass mir nur absolute Steuerehrlichkeit hilft.“ Hoeneß gibt sich als geläuteter Sünder. „Mein Fehlverhalten bedaure ich zutiefst.“ Er werde alles dafür tun, „dass dieses für mich bedrückende Kapitel abgeschlossen werden kann“.

Mit dem Geld auf seinem geheimen Schweizer Konto habe er jahrelang „richtig gezoxt“, sagt er. „Mit Summen, die für mich heute schwer nachvollziehbar sind.“ Jahrelang schob er per Telefonanruf bei seiner Bank unvorstellbare Millionenbe-

träge hin und her – seinen Angaben zufolge, ohne auf die Kontoauszüge zu achten. Das sei aber vorbei. „Die Wahnsinns-Geschäfte waren in den Jahren 2002 bis 2006 – und dann hatte ich kein Geld mehr.“

Richter Rupert Heindl fühlt Hoeneß auf den Zahn und hakt immer wieder nach, wenn der 62-Jährige sagt, er habe gar nicht bis ins Detail von den millionenschweren Devisengeschäften gewusst, die von seinem Schweizer Konto aus abgewickelt wurden. Er habe der Bank schließlich vertraut, sagt Hoeneß. „Sie können mit Ihrem Geld machen, was Sie wollen“, entgegnet Heindl. „Aber ich kann es nicht nachvollziehen, dass hier um Millionen gezoxt wird – und da gibt es kein Gespräch darüber.“

Bei aller Reue betont der Bayern-Boss aber vor allem auch eins: „Ich bin kein Sozialschmarotzer!“ Er malt noch einmal das Bild von sich, das eine lange Zeit sein öffentliches Image bestimmte, und präsentiert sich als Wohltäter, der Millionen für

soziale Zwecke gespendet und noch viel mehr Millionen an Steuern in Deutschland gezahlt habe.

„Das hat mich total geschockt.“ Eine Kautions von fünf Millionen Euro hinterlegte er, um nicht in Untersuchungshaft bleiben zu müssen. Außerdem zahlte er schon einmal zehn Millionen Steuern an das Finanzamt nach. „Ich konnte wenigstens wieder nach Hause fahren.“

Außerdem schildert Hoeneß die Auswirkungen auf ihn und seine Familie, nachdem seine Selbstanzeige öffentlich geworden war, spricht von Drohbriefen und sogar Morddrohungen. „Ich will hier aber nicht jammern.“ Denn wäre er „steuerehrlich“ gewesen, „wäre das alles nicht passiert“. Voraussichtlich am Donnerstag will Richter Heindl das Urteil verkünden. Dann entscheidet sich, ob der Präsident des FC Bayern München womöglich sogar ins Gefängnis muss. (dpa)

Uli Hoeneß gesteht Steuerbetrug

Vor der Wirtschaftskammer am Landgericht München II hat der Präsident des FC Bayern München, Uli Hoeneß, gestern Steuerhinterziehung in Millionenhöhe zugegeben. Hier Auszüge aus seiner Erklärung:

„Die mir in der Anklage zur Last gelegten Steuerstraftaten habe ich begangen. Mit anderen Worten: Ich habe Steuern hinterzogen. Mir ist bewusst, dass daran auch die Selbstanzeige nichts ändert.“

„Ich musste leider feststellen, dass sich die Spekulationen in dem fraglichen Zeitraum unter dem Strich nicht

gelohnt haben, denn die hier in Rede stehenden Jahre (2003 bis 2009) habe ich trotz zwischenzeitlicher Gewinne im Ergebnis mit einem Millionenverlust abgeschlossen. Das bedeutet aber nicht, dass ich auf Spekulationsgewinne keine Steuern bezahlen muss.“

„Ich gehe davon aus, dass die zwischenzeitlichen Spekulationsgewinne insbesondere in den Jahren 2002, 2003 und 2005 zu einer Steuernachzahlung im zweistelligen Millionenbereich führen werden, was meinen wirtschaftlichen Verlust aus diesen Geschäften weiter erhöhen wird.“

„Mit ist klar, dass mir nur absolute Steuerehrlichkeit hilft. Ich habe deshalb Ende Februar alle Unterlagen zu meinen in der Schweiz getätigten Finanzgeschäften dem Gericht und den Behörden zur Verfügung gestellt, obwohl die Staatsanwaltschaft meine Selbstanzeige für unwirksam hält.“

„Ich bin froh, dass jetzt alles transparent auf dem Tisch liegt. Mein Fehlverhalten bedaure ich zutiefst. Sämtliche Steuern werde ich natürlich zahlen. Ich werde alles dafür tun, dass dieses für mich bedrückende Kapitel abgeschlossen wird.“ (dpa)

## Prozess gegen Glaeseker vor dem Ende

Wulffs Ex-Sprecher soll 25.000 Euro zahlen

HANNOVER – Nach knapp vier Monaten soll der Korruptionsprozess gegen den ehemaligen Sprecher von Ex-Bundespräsident Christian Wulff, Olaf Glaeseker, gegen die Zahlung einer Geldauflage beendet werden. Staatsanwaltschaft und Verteidigung haben sich nach eigenen Angaben darauf geeinigt, dass Glaeseker und der mitangeklagte Partymanager Manfred Schmidt je 25.000 Euro für die Einstellung des Verfahrens an die Landeskasse zahlen sollten. Schmidt soll laut Absprache zudem 5000 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung überweisen. Beide würden damit nicht



Olaf Glaeseker, Ex-Sprecher von Wulff. FOTO: HOLGER HOLLEMANN/DPA

als vorbestraft gelten. Das Gericht will heute erklären, ob es der Absprache zustimmt.

Die beiden Angeklagten betonen im Landgericht Hannover, dass sie trotz ihrer Bereitschaft zur Zahlung der Geldauflagen von ihrer Unschuld überzeugt seien. Oberstaatsanwalt Clemens Eimterbäumer hält die Einstellung des Verfahrens für „sachgerecht“. Zum einen liege in dem Verfahren nicht die „Schwere der Schuld“ vor, welche eine weitere Aufklärung erfordere, zum anderen könne das öffentliche Interesse der Aufklärung durch die hohe Geldauflage beseitigt werden.

Im Prozess geht es um Bestechung. Glaeseker – damals Sprecher des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) – wird vorgeworfen, sich zwischen 2007 und 2009 bei den Promifeiern „Nord-Süd-Dialog“ über Gebühr bei der Sponsorensuche engagiert zu haben. Im Gegenzug soll Glaeseker vom mitangeklagten Partymanager Schmidt zu Flugreisen und Urlaube in Südfrankreich und Spanien eingeladen worden sein. (dpa/fp)

KREMLKRITIKER

Chodorkowski will in der Schweiz leben

GENÈVE – Der frühere russische Ölmagnat Michail Chodorkowski bemüht sich um eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung in der Schweiz. „Der Antrag wurde vor einiger Zeit gestellt“, sagte der Sprecher des Kreml-Kritikers gestern. Chodorkowski wohnt derzeit in einem Hotel in Zürich und hat ein Visum für drei Monate. Der 50-jährige war am 20. Dezember nach jahrelanger Lagerhaft von Russlands Staatschef Wladimir Putin begnadigt worden. Chodorkowskis Frau und zwei Söhne leben in der Schweiz. (afp)

## NSU-Ausschuss: Doch kein Zufallsmord?

Eine Zeugin hat im Thüringer Untersuchungsgegenstand das Umfeld der getöteten Polizistin Michèle Kiesewetter beleuchtet.

VON JENS EUMANN

ERFURT – Just nach ihrer Vorladung in den Thüringer Untersuchungsausschuss zum Terrorkomplex „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) habe man an ihrem Auto einen Reifen aufgeschlitzt. Das berichtete gestern die Thüringer Polizistin Anja W. in besagtem Ausschuss. Von ihrer Zeugenaussage erhofften sich die Mitglieder des Aufklärungs-

gremiums neue Erkenntnisse zur Ermordung der aus Thüringen stammenden, in Heilbronn mutmaßlich von den NSU-Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter. Zur Zeit des Mordes im Jahr 2007 war die Zeugin die Lebensgefährtin von Kiesewetters Patenonkel Mike W., der ebenfalls Polizist und beim Staatsschutz tätig war.

Die Zeugin deutete an, dass sie von Kontakten zu rechten Kreisen im weiteren Verwandtenkreis Kiesewetters wisse. Der Freund einer Verwandten Kiesewetters etwa sei mit Propaganda-Delikten aufgefallen. Ein weiterer Kumpel sei möglicherweise Mitglied des rechtsextremen Netzwerks „Blood & Honour“ gewesen. Dessen Chemnitzer Able-

ger half dem Terror-Trio einst beim Untertauchen. Monate vor dem Mord an Kiesewetter sei diese in ihrem Heimatort Oberweißbach in eine Auseinandersetzung mit mehreren Unbekannten verwickelt gewesen. Ab und an habe Kiesewetters Onkel damals von der Arbeit Akten mit heimgebracht. Bedroht worden sei sie, die Zeugin, übrigens nicht erst jetzt. Schon vor der Vernehmung durch BKA-Beamte 2012 hätten zwei Männer mittleren Alters sie aufgesucht und ihr geraten, sich nicht an zu viel zu erinnern.

Um die Motive des Mordes an der 22-jährig gestorbenen Polizistin gibt es von jeher Spekulationen, da NSU-Bezüge in Kiesewetters Heimatort im Thüringer Wald nachgewiesen sind. Vor deren Hintergrund

provoziert die Version der Bundesanwaltschaft im Münchner NSU-Prozess bei vielen Beteiligten Rückfragen. Laut Anklage wählten Mundlos und Böhnhardt ihre beiden Polizistenopfer in Heilbronn rein zufällig aus, nur um an deren Dienstwaffen zu gelangen. Laut Dorothea Marx (SPD), Vorsitzende des Thüringer NSU-Ausschusses, bringt die Aussage der Zeugin Anja W. die Zufallshypothese nun ins Wanken.

Allerdings ist bei W. auch Vorsicht geboten. Auch ihr werden Kontakte zu rechten Kreisen nachgesagt, die sie bestreitet. Bei den nachweislich im rechtsextremen Bereich aktiven Personen, die sie kenne, handele es sich nur um Ex-Mitarbeiter ihres jetzigen Mannes. Der betreibt eine Sicherheitsfirma.

## Entführte Nonnen wieder frei



13 Nonnen, die von islamistischen Rebellen in Syrien als Geiseln festgehalten wurden, sind wieder frei. Gestern trafen sie wohlbehalten in der Hauptstadt Damaskus ein. Die Frauen waren im Dezember von der El-Nusra-Front aus ihrem griechisch-orthodoxen Kloster in Maalula verschleppt worden. Im Gegenzug für ihre Freilassung setzte das syrische Regime 147 Gefangene auf freien Fuß. FOTO: KHALED AL-HARRIRI/REUTERS

# Vor der Vernehmung kam der Tod

Im NSU-Verfahren gibt es Zeugen, die ihre Vernehmung nicht mehr erleben. Einer starb urplötzlich an bisher unentdeckter Diabetes. Ein anderer soll sich selbst angezündet haben.

VON JENS EUMANN

**CHEMNITZ** – Die Vernehmer kamen zu spät. Als Leiche konnte Thomas R. keine Fragen mehr beantworten. Der Hallenser Neonazi sei Ende März tot in seiner Wohnung im westfälischen Ort Schloß Holte-Stukenbrock gefunden worden, informierte der Verfassungsschutz im April das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags. In Westfalen untergebracht hatte man Thomas R., als 2012 im Zuge der Ermittlungen zum Terrornetzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) seine Tätigkeit als Spitzel enttarnt worden war. Im Raum Halle/Leipzig konnte Thomas R. nicht länger bleiben. Zehn Jahre hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ihn als V-Mann „Corelli“ geführt. Von seinem V-Mann-Führer wurde Thomas R. als „Spitzenquelle“ gelobt. Er galt als einer der bestbezahlten V-Männer.

„Bemerkenswert an der Quelle“ war nach Urteil des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags nicht nur, dass ihr Name samt Telefonnummer auf der Kontaktliste des Uwe Mundlos aufgetaucht war. Die Liste hatte man bei jener Garagen-Razzia beschlagnahmt, die 1998 zum Abtauchen des Trios Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe führte. Bemerkenswert sei auch, dass „Q1“ als einziger Quelle des BfV der Kontakt mit einem Mitglied des Trios nachweisbar sei, hielt der Bundestagsausschuss 2013 in seinem Schlussbericht fest. Dort ging man auf drei bisher bekannte Quellen ein, die allein der Bundesverfassungsschutz im NSU-Umfeld geführt hatte. Für den öffentlichen Bericht nannte man sie Q1, Q2 und Q3. Q1 war der Hallenser Thomas R., alias „Corelli“ oder „HJ Tommy“, wie Szene-Kameraden ihn nannten.



Thomas R.  
V-Mann „Corelli“

FOTO: PRIVAT

Mit R.s Kontakt zum Trio war eine Begegnung mit Mundlos vor dessen Abtauchen gemeint. Durch „Corelli“ Treffen mit Mundlos habe der Geheimdienst erst von der Gründung einer „Kameradschaft Jena“ erfahren, sagte „Corelli“ Ex-V-Mann-Führer vorm Ausschuss.

Bemerkenswert an „Corelli“ fand der Ausschuss zudem, dass er „im Auftrag des BfV Kontakt zum Herausgeber des Fanzines ‚Der Weisse



In diesem Auto starb Florian H. Die Polizei erkannte auf Selbstmord. Da keine weitere Person am Tatort zu sehen war, sei die Sache klar. FOTO: OSKAR EYB/7AKTUELL

## Die Quellen des Bundes-Verfassungsschutzes Q1, Q2 und Q3

Im Abschlussbericht befasste sich der Untersuchungsausschuss neben Quelle 1 („Corelli“) mit weiteren V-Männern (Q2 und Q3). Zunächst intervenierte das Innenministerium und wollte all diese Passagen aus dem Bericht streichen. Sie blieben erhalten. Q2 ist der Sebnitzer Hammerskin Mirko H., der das Heft „Hassattacke“ herausgab und das Plattenlabel „Hate Records“ führte. Für Geschäfte in der Szene bekam er sogar Fördergeld.

Q3 ist der Zwickauer Szeneshop-Betreiber Ralf „Manole“ M. (in der Schweiz untergetaucht). Wenn der Ausschuss urteilt, nur Thomas R. sei Kontakt zum Trio nachweisbar, liegt der Akzent auf nachweisbar. Ein Geschäftspartner von Ralf M. gab an, in einem Geschäft, das Ralf M. und er in Zwickau betrieben, sei Beate Zschäpe ein- und ausgegangen, habe vielleicht sogar dort gejobbt. Mit „Manole“ habe sie sich gut verstanden. (eu)

Wolf“ hatte. „In einer Ausgabe dieses Neonazi-Heftchens aus dem Jahr 2002 stieß man später auf eine Danksagung an „den NSU“ – eine Reverenz fast zehn Jahre, bevor der Begriff bekannt und mit Terrorakten in Verbindung gebracht wurde.

An „Corellis“ Befragung durch das Bundeskriminalamt (BKA) im Zuge der NSU-Ermittlungen war vor allem eines offensichtlich: Das Desinteresse der Vernehmer. Niemand unterstützte, als Thomas R. behauptete, das Trio kenne er nur aus dem Fernsehen. Niemand bohrte nach, als Thomas R. beteuerte, wie seine Nummer auf Mundlos' Liste komme, sei ihm nicht erklärlich. Es könne mit seinem Vertrieb von Szenemusik zu tun gehabt haben. Von Thomas R.s Spitzel-Tätigkeit steht nichts im sechsseitigen Vernehmungsprotokoll (liegt der „Freien Presse“ vor). Der Geheimdienst hatte „Corelli“ zuvor instruiert, die Wahrheit zu sagen, seine Verbindung zum BfV aber zu verschweigen. Beim Verfassungsschutz selbst hielt man Thomas R. später seine im Fachjargon „Deckblattmeldungen“ genannten Berichte über das Treffen mit Mundlos vor. Doch auch dort beharrte „Corelli“ darauf, von ihm hätten die Berichte nicht gestammt.

Welche Version stimmt? Die des V-Manns oder die seines Führers?

Diese Frage wird „Corelli“ nicht mehr aufhellen können. Angeblich starb der 39-Jährige an den Folgen einer nicht diagnostizierten Diabetes-Erkrankung.

Auch neue Fragen, mit denen man „Corelli“ konfrontieren wollte, bleiben so unbeantwortet. Wie das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ berichtete, ging dem Hamburger Verfassungsschutz eine Daten-CD aus der Neonazi-Szene zu, die eine weitere Verbindung „Corellis“ zum NSU nahelegt. Die CD trug den Titel „NSU/NSDAP“ und enthielt Tausende Datensätze rechtsextremen Inhalts, von Fotos über Kampfschriften bis zu Zeichnungen und Karikaturen. Bei einigen Inhalten machte man „Corelli“ als Urheber aus.

Besondere Wellen schlägt der Tod des V-Manns in Baden-Württemberg. Dass dort gerade erneut der Ruf nach einem eigenen Untersuchungsausschuss laut wird, liegt an zwei Dingen. Zum einen sind da die Kontakte, die „Corelli“ zu dem von Baden-Württemberg aus geführten deutschen Ableger der rassistischen Bruderschaft Ku Klux Klan (KKK) hatte. Zum anderen provoziert die zeitliche Nähe seines Todes zu seiner geplanten Vernehmung Fragen. Letztere rief in Württemberg Erinnerungen an Vorgänge vor einem halben Jahr wach. Da ging ein ande-



Die Eltern trauerten per Zeitungsanzeige – sie glauben nicht an Selbstmord.

rer Zeuge am Tag seiner geplanten Vernehmung in Flammen auf.

Doch der Reihe nach: Die Kontakte, die V-Mann „Corelli“ zum Ku Klux Klan unterhielt, waren vom Bundesverfassungsschutz gesponsert. Sein Flug in die USA, um im Mutterland des KKK Weihen der Klan-Brüder zu empfangen, wurde gar als Dienstreise abgerechnet. In Baden-Württemberg war „Corellis“ engste Bezugsperson Achim S., der den deutschen Ableger „European White Knights of the Ku Klux Klan“ gegründet hatte.

„Er hat Wissen angehäuft, mit dem man sich sicher weitaus weniger schmerzhaft das Leben hätte nehmen können.“

Heike H., Mutter des verbrannten Zeugen

Dieser Achim S. ist ein verbindendes Puzzlestück zwischen der frühen NSU-Unterstützer-Szene aus Chem-

nitz und jener Böblinger Bereitschaftspolizei, der die 2007 in Heilbronn erschossene Polizistin Michèle Kiesewetter angehörte. Zwei Böblinger Polizeibeamte, darunter Gruppenführer Timo H. von Kiesewetters Beweisfestnahmeeinheit 523, hatten Jahre vor dem Kiesewetter-Mord selbst Achim S.' Ku-Klux-Klan-Ableger angehört. Am Tag von Kiesewetters Ermordung war Timo H. deren Einsatzleiter.

Anders als von offiziellen Stellen in Baden-Württemberg zunächst behauptet, hatte Achim S. sehr wohl Kontakte nach Sachsen, besonders nach Chemnitz, und das bereits seit den 90er-Jahren. In Observationsprotokollen, die Sachsens Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) zu seinen „Terzett-Observationen“ im Jahr 2000 anfertigte, wird Achim S. als Kontaktperson von Chemnitzer Neonazis genannt, die man beschattete, um das Trio aufzuspüren. Diese Geheimdienstprotokolle liegen „Freie Presse“ größtenteils vor.

„In den Jahren 1997 bis Mitte 2000 bestand Kontakt zu sächsischen ‚Fanzine‘-Machern, Bands und Organisatoren, zu denen auch Ralf ‚Manole‘ M. und Jan W. gehörten.“ Das sagte Achim S. selbst in seinem Verhör aus, wenngleich er beteuerte, vom NSU-Trio niemanden gekannt zu haben. Allein der Kontakt

zum Chemnitzer Jan W. ist interessant. Der schließlich soll 1998 vom Trio beauftragt gewesen sein, erste Schusswaffen zu besorgen.

Dass die Chemnitzer NSU-Unterstützer-Szene seit den 1990er-Jahren Kontakte nach Baden-Württemberg unterhielt, ist bekannt („Freie Presse“ vom 17. Dezember 2012). Jan W. arbeitete in Stuttgart. Ein weiterer Chemnitzer spielte in der Württemberger Nazi-Band „Noie Werte“, mit deren Liedern eine frühe Version des Bekennervideos zur NSU-Mordserie vertont war. Eine dritte mutmaßliche Kontaktperson des Trios aus Chemnitz organisierte seit dem Umzug nach Heilbronn Partys der dortigen Szene.

Später habe es sogar Kontakte zwischen dem NSU und einer in Baden-Württemberg ansässigen sogenannten „Neo-Schutz-Staffel“ (NSS) gegeben. Das sagte der Szene-Aussteiger Florian H. aus Eppingen bei Heilbronn aus, den man im Januar 2012 als Zeugen hörte. Die NSS bezeichnete der junge Mann als neben dem NSU „radikalste Gruppe“ in Deutschland. Das Treffen der Gruppen habe in Öhringen stattgefunden, so Florian H. Der Ort bei Heilbronn ist Heimatort von Nicole Schneiders, jener Anwältin, die nicht nur derzeit den mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben im Münchner NSU-Prozess verteidigt, sondern zusammen mit diesem zeitweise auch den NPD-Kreisverband Jena geleitet hatte.

Auch mit der Zeugenaussage von Szene-Aussteiger Florian H. befasste sich der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Bundestags. In seinem auf den 23. August 2013 datierten Schlussbericht findet sich die Einschätzung, H.s Hinweis sei durch die Sonderkommission Parkplatz, „nicht verifiziert“ worden. Drei Wochen später war der Zeuge tot. Er starb an exakt jenem Tag, an dem er vom Stuttgarter LKA einbestellt war, um von der Ermittlergruppe NSU-Umfeld nochmals vernommen zu werden.

Die Umstände seines Todes geben Rätsel auf. Ein Zeuge beschrieb, dass der 21-Jährige in einen auf der Zufahrt zum Campingplatz Cannstatter Wasen abgestellten Wagen stieg. Dieser sei dann explodiert und ausgebrannt. Für die Polizei war der Fall schnell geklärt. Niemand sonst sei am Fahrzeug gesehen worden. Der junge Mann habe Probleme mit der Freundin gehabt. Somit habe es sich um Selbstmord gehandelt.

Florian H.s Eltern treten dem entgegen. Ihr Sohn habe keinen Beziehungsstreit gehabt. Er sei lebenslustig, wenn auch in den letzten Tagen ängstlich gewesen. Er habe sich verfolgt gefühlt. Die Selbstverbrunnungs-Hypothese fand Mutter Heike H. absolut „unglaublich“. In einem Magazin-Interview betonte sie, Florian habe doch eine Lehre als Krankenpfleger begonnen gehabt. „Er hat Wissen angehäuft, mit dem man sich sicher weitaus weniger schmerzhaft das Leben hätte nehmen können.“ Auch von einem Abschiedsbrief gab es keine Spur.

## „Ich lasse mich nicht unterkriegen“

Mit 93 Jahren hat Lis Kirkby in Australien ihren Doktor gemacht. Sie verglich die Finanzkrise 2008 mit der Großen Depression der 1930er Jahre – beides hatte sie miterlebt.

VON SID ASTBURY

**SYDNEY** – Zum Studieren ist es nie zu spät: Bewiesen hat dies Lis Kirkby, die mit 93 Jahren als bislang älteste Absolventin in Australien gerade einen Dokortitel in Wirtschaftswissenschaften erworben hat. „Ich bin natürlich sehr froh, dass ich es ge-

schaft habe“, sagte sie in Sydney. „Es ist vielleicht die größte Leistung meines Lebens“, fügte die gebürtige Britin freudestrahlend hinzu.

Die Doktorarbeit, die sie an der University of Sydney einreichte, vergleicht die globale Finanzkrise 2008 mit der Großen Depression der 1930er Jahre. Das Besondere: Als einzige der 50.000 Studenten der renommiertesten Hochschule Australiens hat Kirkby die beiden wirtschaftlichen Katastrophen auch selbst erlebt. Sie kommt in der Arbeit zu dem Schluss, die jetzigen Politiker hätten nichts dazugelernt: „Die Sparmaßnahmen werden am härtesten ältere Menschen, Behinderte und Bedürftige treffen. Die Großen kommen dagegen davon.“ Die Promotion war nur eine der

Herausforderungen, denen sich Kirkby in ihrem bewegten Leben gestellt hat. Anfang 1921 in Großbritannien geboren, verließ sie mit 17 die Schule, um Vater und Bruder zu versorgen, als ihre Mutter krank wurde. Da hatte die Fabrikbesitzer-Familie aus dem Norden Englands ihr Vermögen lange verloren – nach dem Wall-Street-Crash im Jahr 1929. Kirkby arbeitete als Schauspielerin und folgte nach dem Zweiten Weltkrieg ihrem Mann, einem Arzt, nach Malaysia. Dort versuchte sie sich als Radiomoderatorin. 1965 zog das Paar nach Australien. Hier fing Kirkby wieder an mit der Schauspielerei. In den 1970er Jahren wurde sie sogar mit einer TV-Serie berühmt – die Seifenoper „Number 96“ brachte die Themen Nacktheit und Homosexu-

alität zu den oftmals verstörten Zuschauern in die Wohnzimmer. Danach ging Kirkby in die Politik: Von 1981 bis 1998 saß sie für die Mitte-Links-Partei AD im Regionalparlament von New South Wales. Später führte sie eine Schaffarm.

„Du musst dich für Dinge begeistern können, mit Leidenschaft dabei sein“, beschreibt Kirkby ihre Lebensmaxime. „Es kann doch nicht sein, dass man nach dem Ruhestand nur Golf spielt, kegeln geht oder mit den Freunden herumsitzt.“

Mit 85 Jahren ein Studium anzufangen, war dennoch hart. In der Schule hatte sie noch auf Schiefertafeln geschrieben, an der Universität musste sie mit dem Computer umgehen können. „Ich sagte mir: Ich werde dieses verdammte Ding besie-

gen, ich lasse mich nicht unterkriegen.“ Die ersten Entwürfe für eine Arbeit, gibt sie zu, schreibt sie aber immer noch mit der Hand. „Mein Gehirn funktioniert mit Stift und Papier besser.“

An der Hochschule, wo sie mit Studenten zusammensaß, die ihre Enkel hätten sein können, erfuhr Kirkby aber auch Ablehnung und Spott. „Warum machst Du das? Du wirst in deinem Alter doch niemals einen Akademiker-Job bekommen“, hätten manche Kommilitonen gefragt. Kirkbys Antwort: „Ich tue es, weil ich fasziniert von dem bin, was ich entdecke.“ Nun, da sie den Dokortitel hat, wollen ihre Kinder sie dazu bewegen, eine neue Herausforderung anzunehmen: Ihre Memoiren zu schreiben. (dpa)



Lis Kirkby auf dem Campus der Universität in Sydney. FOTO: SID ASTBURY/DPA

# Im Haschisch-Paradies

Marokko ist der zweitgrößte Haschisch-Exporteur der Welt. Im Rif-Gebirge ernährt die Cannabis-Pflanze ganze Clans. Ein Bericht von den Feldern, auf denen auch Stoff für deutsche Konsumenten gedeiht.

VON ELISABETH LEHMANN  
UND KHALID EL KAOUTIT

**CHEFCHAOUEN** – Das Licht aus dem Handy, das muss reichen, um sich in der Dunkelheit zu orientieren. Taschenlampen erregen zu viel Aufsehen. Ein kleiner Hügel, gefolgt von einem kleinen Tal, ein schmaler Weg, die Landschaft lässt sich nur erahnen, genau wie die Hand vor Augen. Vor einigen Jahren sei hier noch alles Sumpfgebiet gewesen, erzählt Ahmed. Die Landschaft hat sich stark verändert, seit sich alles um „El Kif“ dreht. Ahmed stoppt abrupt, der schwache Lichtkegel fällt auf ein Loch, zwei mal zwei Meter Durchmesser. „Hier haben sie gegraben, um neues Wasser zu finden.“ Die Jungs von der Nachbarsfamilie, vermutet er. Sie waren erfolgreich.

Wasser ist ein kostbares Gut im Rif-Gebirge im Norden Marokkos. Es ist der Schlüssel zum Wohlstand, denn die Pflanze, die hier alle ernährt, ist durstig. Und das Wasser sorgt regelmäßig für Streit unter den Familien: Jede ist darauf angewiesen, denn nahezu jede baut Cannabis an. Geschätzte 800.000 Menschen leben davon. Auch Ahmed. Öffentlich würde er das nie zugeben, auch seinen richtigen Namen möchte er nicht in der Zeitung lesen, auch nicht, wenn diese im weit entfernten Deutschland erscheint. Das gilt für alle, die in dieser Geschichte eine Rolle spielen werden. Die Menschen sind vorsichtig, denn der Stoff, der ihren Familien ein gutes Leben sichert, ist gefährlich: Anbau, Verarbeitung, Transport, Verkauf. Alles illegal, daheim in Marokko und in Deutschland.

38.000 Tonnen Marihuana und 760 Tonnen Haschisch, also das Harz der weiblichen Cannabis-Pflanze, hat Marokko 2010 produziert. Wie viel davon in Deutschland angekommen ist, weiß niemand. Im Bericht des Bundeskriminalamts heißt es lediglich: „Die Einfuhr von Haschisch nach Deutschland wurde vor allem aus Marokko über Spanien und Portugal betrieben.“ Marokko hat lange Zeit die Liste der weltgrößten Haschischexporteure angeführt. Erst 2012 wurde es von Afghanistan abgelöst.

Der Weg zum Haus von Ali gleicht eher einem Trampelpfad als



Grünes Gold: Eine Cannabis-Plantage im Rif-Gebirge im Norden Marokkos.

FOTO: SEAN SPRAGUE/ULLSTEIN

einer Straße. Man muss sich gut auskennen im Dorf, um die Einfahrt zu finden. Oder man folgt dem Klopfen, das durch das Tal hallt. Ali baut, genau wie sein Bruder Ahmed, Cannabis an. Sein Haus, ein Rohbau mit zwei Etagen, steht etwas weiter unten am Hang. Geredet haben sie schon lange nicht mehr miteinander, obwohl sie nur 500 Meter Luftlinie trennen. Ein Familienstreit, die Gründe waren banal, reichten aus, um Ali aus dem elterlichen Cannabis-Geschäft zu drängen. Nun hat er sein eigenes Feld, ist sein eigener Herr. Je näher man seinem Haus kommt, umso lauter wird das Klopfen. Es klingt nach einer Maschine, gleichförmig, einem Rhythmus folgend. Ali bittet herein, führt in einen kleinen Raum, in dem zwei junge Männer auf dem frischen Betonfußboden sitzen. Die Beine ausge-

streckt, dazwischen mit Plastikplanen gespannte Schüsseln, in den Händen jeweils zwei Stöcke, die im Wechsel auf die Plane knallen. Kurze Pause, nachladen. Die alten, leergeklopften Pflanzen kommen raus, neue, mit frischen Samen werden unter die Plane gestopft. Einer gibt den Takt vor, der andere stimmt ein. So klopfen die Arbeiter den ganzen Tag. Ihre Ausbeute ist das feine Pulver, das dann zu Haschisch verarbeitet wird.

Die anderen Räume im Erdgeschoss dienen als Trockenkammern. Jeweils fünf, sechs Stängel, zu einem Bündel zusammengefasst, hängen in langen Reihen von der Decke, stehen auf dem Boden, entlang der Wände. Die hintersten Reihen erreicht man nur durch einen schmalen Gang, gerade breit genug, dass Alis kleiner Sohn immer auf und ab

rennen kann. Der typische Geruch von Marihuana liegt in der Luft, fast scheint es, als verneble er einem beim reinen Einatmen die Sinne.

„Die Behörden lassen uns in Ruhe, solange niemand Bestimmtes mit dem Zeug in Verbindung gebracht werden kann.“

Younes Cannabis-Bauer

15,8 Prozent der 18- bis 25-Jährigen in Deutschland haben 2013 Cannabis konsumiert, in Form von Marihuana, also die getrockneten Blätter, oder als Haschisch, das deutlich mehr berauschendes THC enthält. So der Drogenbericht der Bundesregierung. Cannabis ist damit die am häufigsten konsumierte und gehandelte illegale Droge in der Bundesrepublik. Die Regierung würde den Import gerne unterbinden, doch dazu bräuchte Europa die Unterstützung der marokkanischen Behörden. Immerhin ist Marokko eines der wenigen Länder, das Anbau und Produktion der Pflanze erfasst und an die internationalen Kontrollstellen meldet. Es ist aber auch eines der wenigen Länder, in denen die Menge an beschlagnahmtem Haschisch seit Jahren nahezu unverändert bleibt. 137 Tonnen waren es im Jahr



## Reicher König, arme Bevölkerung

**Das Königreich Marokko**, gelegen an der Nordwestküste Afrikas, hat rund 33 Millionen Einwohner. Der überwiegende Teil von ihnen sind sunnitische Muslime. Mit knapp 5000 US-Dollar liegt das Pro-Kopf-Einkommen des Landes weit unter denen der Nachbarn Algerien (8715 US-Dollar) und Tunesien (9415 US-Dollar), obwohl Marokko relativ reich an Bodenschätzen wie etwa Phosphat ist. Doch zum einen gehört ein großer Teil des marokkanischen Vermögens dem autoritär regierenden König Mohammed VI., der auch Oberbefehlshaber

der Streitkräfte ist. Zum anderen leben über 40 Prozent der Bevölkerung nach wie vor von der Landwirtschaft, die meisten in Armut.

**In der nördlichen Region** Marokkos rund um die Stadt Chefchaouen, wo 62 Prozent des Cannabis-Anbaus des Landes konzentriert sind, geht es den Menschen deutlich besser – landesweit wird die Pflanze auf etwa 200.000 Hektar angebaut. Cannabis und Haschisch aus Marokko haben in Europa einen Marktanteil von etwa 70 Prozent. (elil/fp)

2012. Elf mehr als im Vorjahr. Im Vergleich dazu hat etwa Afghanistan 160 Tonnen beschlagnahmt. 2011 waren es nur 62.

Eine kurvige Straße führt hinunter ins Tal. Die Männer aus dem Dorf können sie im Schlaf fahren, dementsprechend ihr Tempo. Die Ränder des Asphalt sind ausgefrant, beim Ausweichen gerät das Auto ins Schlingern. Wir stoppen auf einer kleinen Lichtung, kaum einsehbar von der Straße. Noch ein paar Schritte durch niedrige Büsche. Das müsste reichen, um nicht gesehen zu werden. Younes schaut sich nervös um, ob auch wirklich niemand gefolgt ist. Erst dann beginnt er zaghaft zu reden. Anders als seine Cousins Ali und Ahmed ist er bereit, über „El Kif“, wie sie das Business hier nennen, zu sprechen. Natürlich ohne Namen und ohne Bild. Anfangs versucht er, seine Stimme zu verstellen während des Interviews. Die Angst vor den Behörden ist groß. Warum, wollen wir wissen. An jedem Haus stehen Bündel zum Trocknen, das Klopfen zieht sich durch die Schluchten, gepaart mit dem Geruch. Es ist offensichtlich, wovon die Menschen hier leben. „Ja, aber die Behörden lassen uns in Ruhe, solange niemand Bestimmtes mit dem Zeug in Verbindung gebracht werden kann.“ Erst wenn es eine Anzeige gebe, müssten die Behörden aktiv werden. Doch daran hat hier niemand Interesse.

„El Kif“ sichert Wohlstand – und zwar allen. Die Versetzung in die Region gilt unter Polizisten als Sechser im Lotto. Nein, bestochen werde niemand, sagt Younes. Er nennt es Wegegeld. Aber das sei auch nicht sein Business. „Ich verkaufe zu Hause. Ob die Fahrer erwischt werden oder nicht, keine Ahnung.“ Gerechnet wird nach Gramm, „wie Gold“. Je nach Qualität zahlten die Händler zwischen einem und acht Dirham, rund 70 Cent. Im Jahr komme er damit auf „sechs Mille“. 6000 Euro. Der 26-Jährige hat die Schule abgebrochen, keine Ausbildung, etwas anderes als Cannabis könne er nicht. Wie fast alle im Dorf. Mit seinen „sechs Mille“ gehört er aber zu den Kleinen. Andere machen bis zu 70.

Gibt es eine Alternative? Weizen, Obst? Keine, die in so kurzer Zeit so viel Geld einbringe, sagt Younes. „Wir haben alles, wir leben wie in der Stadt. Früher hatten die Häuser keine Dächer und die Menschen keine Schuhe.“ Und wenn das Wasser versiegt? Dann müsse er eben doch ein Handwerk erlernen. Aber dann ginge es nicht so schnell mit dem Sparen. Auf ein Auto. Alle im Dorf haben schließlich eins.

**EINEN FILM** über den Cannabis-Anbau können Sie aufrufen, wenn Sie den Code mit einem Smartphone scannen.  
» [www.freiepresse.de/rif](http://www.freiepresse.de/rif)



# Chemnitzer Neonazis schlugen die Brücke nach Heilbronn

Im NSU-Prozess kam gestern erneut eine Spur ans Licht, die Fragen aufwirft: Was bedeutet die Württemberg-Connection?

VON JENS EUMANN

**MÜNCHEN** – Selbst wollte der frühere Chemnitzer Neonazi Jan W. im Prozess zum Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) nicht reden. Muss er auch nicht. Immerhin läuft gegen ihn eines der Ermittlungsverfahren. Nach Hinweisen aus der Szene soll Jan W. nach Abtauchen des Jenaer Trios Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe 1998 beauftragt worden sein, eine der ersten Schusswaffen zu beschaffen. Das getan zu haben, bestritt Jan W. indes in seiner Polizeivernehmung. Das sagte gestern

am Oberlandesgericht München ein Polizist aus, den das Gericht angesichts Jan W.s Auskunftsverweigerung nun statt seiner vernahm. Auch wenn der Beamte auf die Frage nach der Waffe nicht viel Licht werfen konnte, so rückte er erneut eine andere Spur in den Fokus: Jene, dass die Chemnitzer Neonazi-Szene dem Trio erst eine Brücke nach Baden-Württemberg schlug.

Am Porsche-Werk Zuffenhausen bei Stuttgart habe er Jan W. für seine Einvernahme abgepasst, berichtete der Polizist gestern. Jan W. ist Kraftfahrer und lieferte Waren – nicht von Chemnitz aus. Jobbedingt wohnte er zeitweise im kleinen Ort Besigheim bei Ludwigsburg. Nach Erkenntnissen der NSU-Ermittler ist er nicht der einzige Chemnitzer aus dem NSU-Umfeld, der nach Baden-Württemberg zog. Chemnitzer Freunde machten Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe überhaupt erst mit rechten Gesinnungsgenossen

im Raum Ludwigsburg und Heilbronn bekannt, also in jener Stadt, in der Böhnhardt und Mundlos 2007 die Polizistin Michèle Kiesewetter erschossen haben sollen. Erste Kontakte der Jenaer zur Neonazi-Szene in Ludwigsburg knüpfte noch vor dem Abtauchen ein Chemnitzer, der

in Mundlos' bei der Garagenrazzia 1998 beschlagnahmter Telefonliste auftauchte: Markus F. Bei diesem hatten Jenaer Kameraden während ihrer Chemnitz-Besuche vor 1998 stets Obdach gefunden. Später ging Markus F. zur Lehre nach Baden-Württemberg. Wie der mutmaßli-

che NSU-Helfer Thomas S. aussagte, habe Markus F. das Trio mit der Ludwigsburger Szene bekanntgemacht. F. habe Festivitäten organisiert, und das nicht nur in Ludwigsburg, auch in Heilbronn. Markus F. räumte in seinem Verhör Kontakte nach Heilbronn ein, gab aber an, das Trio nicht zu kennen. Wie seine Telefonnummer auf die Liste von Mundlos kam, klärte er nicht auf.

Und noch ein dritter Chemnitzer Kamerad, der Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe inzwischen aber ebenso wenig gekannt haben will, landete im Jahr 2000 beruflich bedingt in Baden-Württemberg: Andreas G., genannt „Mucke“. Musikalisch machte der Mann, der bereits in Chemnitz mit mehreren mutmaßlichen NSU-Unterstützern in der rechtsextremen Band „AEG“ (Auf eigene Gefahr) gespielt hatte, einen Schritt nach vorn. Er trat der Württemberger Neonazi-Gruppe „Noie Werte“ bei, die international auf Tournee

ging und die Szene mit vielen CDs begeisterte – auch das NSU-Trio. Von den Ermittlern entdeckte Vorläufer-Versionen jenes Paulchen-Panther-Bekennervideos zur Mordserie an ausländischen Kleinunternehmern waren mit Liedern dieser Band unterlegt. Die angeblich unautorisierte Verwendung der „Noie Werte“-Titel „Kraft für Deutschland“ (von 1990) und „Am Puls der Zeit“ (von 2000) bezeichnete „Mucke“ als Unverschämtheit. Folgt man seiner Version, kann der NSU, weil ihm angeblich ja nicht persönlich bekannt, keine Erlaubnis eingeholt haben. Folgt man hingegen der Aussage des ehemaligen V-Manns Tino Brandt, so kann das Trio „Mucke“ sehr wohl zuvor gefragt haben. Mindestens bis ins Jahr 2000 soll er Kontakt gehabt haben. Bei einer NPD-Schulung im thüringischen Eisenberg habe Andreas G. Szene-Freunden noch im Januar 2000 zugetraut: „Den Dreien geht es gut.“



Heilbronner Gedenkstein für Michèle Kiesewetter. FOTO: FRANZISKA KRAUFMANN/DPA

## LEITARTIKEL

## Zurück in die Zukunft?

BIRGIT HOLZER  
ÜBER DIE WAHLEN  
IN FRANKREICH

newsdesk@freiepresse.de

Noch ist nicht Mai 2017, sondern März 2015. Auch erscheint die französische Politik viel zu unberechenbar, um frühe Voraussagen zu treffen. Und doch gibt der Ausgang der Départementwahlen eine Richtung vor, die Frankreich im Mai 2017 ein Déjà-Vu-Erlebnis bescheren könnte. Es stärkt Nicolas Sarkozy gegenüber seinen innerparteilichen Gegnern. Den Sieg seiner konservativen UMP bei der lokalen Wahl deklariert er als den seinen, um ihn als Sprungbrett für den nächsten zu nutzen.

Präsident François Hollande erlebt zwar eine erneute Niederlage mit seinen Sozialisten. Dennoch scheint nicht absehbar, dass er von einer erneuten Kandidatur absehen will.

So könnten bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2017 dieselben Haupt-Rivalen gegeneinander antreten wie bei den letzten 2012: Sarkozy, Hollande und Marine Le Pen.

Vor drei Jahren siegte ein nur vermeintlich neuer Mann Hollande mangels besserer Alternativen gegen Amtsinhaber Sarkozy, der schwer enttäuscht und die Krise nicht in den Griff bekommen hat. Nicht der Herausforderer riss mit, sondern die Sehnsucht nach einem Wechsel. Dasselbe, nur mit vertauschten Namen, könnte 2017 erneut blühen. Mit Marine Le Pen als der lachenden Dritten, die ihr respektables Ergebnis von 18 Prozent noch ausbauen dürfte.

Die Rechtspopulisten profitieren vom gewaltigen Verdruss im Land. Mag sie auch nur Scheinlösungen anbieten, immer mehr Menschen ziehen die Rechtspopulisten der übrigen Politik-Elite vor, die ihnen noch ungläubwürdig erscheint.

Hollands Linke hat sich in drei Jahren an der Macht zersplittert. Die Grünen verließen aus Protest die Regierung, die vom eigenen linken Lager blockiert wird, das große Reformen unmöglich macht.

Sarkozy wiederum will zwar zurück an die Macht, neue Ideen bietet er aber kaum. Seine Chancen basieren auf der Ablehnung Hollands – der 2012 vom Hass auf Sarkozy profitierte. Ein Szenario à la „Zurück in die Zukunft“ wäre Ausdruck für die politische Lähmung Frankreichs. Doch was das Land braucht, ist nicht die Rückkehr von Politik-Egomani, sondern eine neue Dynamik mit unverbraucht politischem Personal. Wenn es nur herangelassen würde.



Französischer Phönix.

KARIKATUR: TOMICEK

## IM FOKUS

## Nigeria: Kandidat der Opposition vorn

Ex-Militärmachthaber verspricht Kampf gegen Korruption und Sieg über Terroristen



Bei der Präsidentschaftswahl in Nigeria liegt der muslimische Oppositionskandidat Muhammadu Buhari ersten Auswahlergebnissen zufolge in Führung. Der frühere Militärdiktator gewann sechs der bislang ausgezählten Bundesstaaten, der christliche Amtsinhaber Goodluck Jonathan nur einen, wie die staatliche Wahlkommission gestern mitteilte. Es fehlten jedoch noch die Endergebnisse aus 29 weiteren Bundesstaaten. Beobachter rechnen mit einem knappen Ergebnis.

Sollte der 72 Jahre alte Buhari den 57 Jahre alten Jonathan ablösen, wäre es der erste Wahlsieg der Opposition seit der Rückkehr des westafri-

kanischen Landes zur Demokratie 1999. Die Abstimmung verlief nach Ansicht verschiedener Beobachter im Großen und Ganzen ordnungsgemäß.

Der Amtsinhaber und seine Demokratische Volkspartei umwarben die Wähler mit der Aussicht auf Kontinuität; Buhari und sein Oppositionsbündnis Partei der Fortschrittlichen versprachen die Bekämpfung der grassierenden Korruption und einen Sieg über den islamistischen Terrorismus der Boko Haram. Seit 2009 haben die sunnitischen Extremisten im Nordosten Nigerias mindestens 14.000 Menschen getötet. (dpa)

## Die „Auto-Stadt“ nervt viele Bürger

Umweltbewusst leben ist für viele Deutsche heute selbstverständlich.

Eine neue Studie zeigt: Während früher die Angst vor der Atomkraft viele beunruhigte, wünschen sich heute die Bürger weniger Autos in den Städten - vor allem Lärm und Feinstaub sorgen für Ärger.

VON GEORG ISMAR

**BERLIN** – Willy Brandt forderte einst: „Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden.“ 1961, als der SPD-Politiker erstmals als Kanzlerkandidat antrat, wurde die Forderung noch vielfach belächelt. Umweltpolitik fristete lange ein Schattendasein. Erst mit den Wahlerfolgen der Grünen gewann sie verstärkt an Bedeutung, nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl wurde 1986 ein eigenes Umweltministerium eingerichtet. Heute gibt es im Bereich Umweltschutz für die Bürger ganz neue Herausforderungen.

Es ist ein ambivalentes Bild, das die seit 1996 alle zwei Jahre durchgeführte und gestern in Berlin vorgestellte Studie zum Umweltbewusstsein der Deutschen offenbart. Nur noch knapp jeder fünfte (19 Pro-

zent) hält den Umweltschutz für ein drängendes Problem, auch weil hier bereits viele Erfolge erzielt werden konnten. Als drängendste Probleme sehen die Bürger derzeit die soziale Sicherung (37 Prozent), die Wirtschafts- und Finanzpolitik (29 Prozent), die Rentenpolitik (24 Prozent) und den Bereich Kriminalität/Frieden/Sicherheit (20 Prozent).

Noch 2012 sahen 35 Prozent der Bürger Umweltschutz im Rahmen der Erhebung für das Umweltbundesamt (UBA) als eines der zwei drängendsten Probleme – dies hatte wohl mit dem Eindruck der Atomkatastrophe in Fukushima im März 2011 zu tun. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) entschloss sich damals zu einer spektakulären Kehrtwende, die gerade in Kraft getretene schwarz-gelbe Laufzeitverlängerung für die Kernkraftwerke wurde flugs kassiert, und der schrittweise Atomausstieg bis 2022 beschlossen.

## Für Nahverkehr und Radwege

Heute beschäftigt die Bürger etwas ganz anderes, sehr alltägliches: gesundheitgefährdender Lärm und Feinstaub in den Städten. Die große Mehrheit der Befragten wünscht sich daher die Abkehr von der vorrangig auf den Autoverkehr ausgerichteten Städteplanung. 82 Prozent fordern einen stärkeren Fokus auf Fuß- und Fahrradwege sowie den öffentlichen Nahverkehr. Bei den befragten 14- bis 17-jährigen sind sogar 92 Prozent für eine entsprechende Umgestaltung. „Die Auto-zentrierte Stadt wird von vielen offensichtlich längst mehr als Belastung denn als

Erleichterung des Alltagslebens erfahren“, wird betont.

„Der klare Auftrag lautet, mehr gegen den Lärm zu tun“, meint UBA-Präsidentin Maria Krautzberger. In den Städten müsse die Lebensqualität verbessert werden. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) spricht vom Wunsch nach einer „neuen Mobilität“, gerade die in die Städte ziehenden jüngeren wollten dies. Mit einem Car-Sharing-Gesetz will die Bundesregierung bald unter anderem mehr Stellplätze für gemeinsam genutzte Autos schaffen.

21 Prozent der Befragten können sich vorstellen, auf das in deutschen Großstädten mit tausenden „Teil-

Autos“ beliebte Car-Sharing umzusteigen. Dabei wird beispielsweise mit einer Kundenkarte das Auto geöffnet und mit einem Code gestartet. Ein Schlüssel ist nicht notwendig. Autobauer wie Mercedes und BMW buhlen mit solchen Modellen um Kunden, die kein eigenes Auto mehr wollen.

## Besserverdienende besser dran

Vor allem jüngere Bürger finden das interessant. Das Auto als Statussymbol scheint hier ausgedient zu haben. Je höher Bildungsniveau und Einkommen, desto größer sei der Wunsch nach Konzepten wie dem Auto-Teilen. Die Studie bringt daher eine Ausweitung auch auf ländliche

Regionen ins Spiel. Laut Hendricks sind sozial Benachteiligte in Städten oft stärker von negativen Umweltauswirkungen betroffen, etwa durch Feinstaub und Lärmbelastung. Eine große Baustelle für die Politik, so die Umweltministerin.

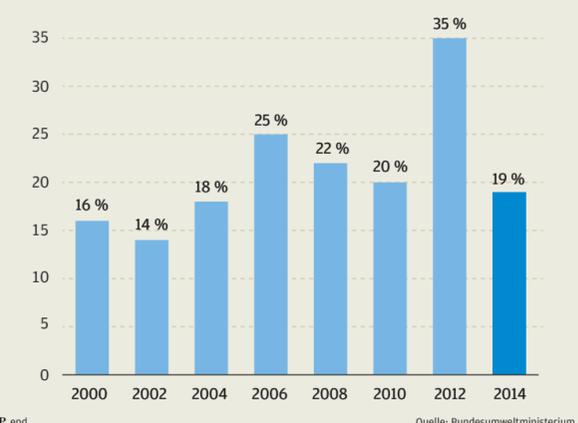
Unterschiede gibt es auch beim Konsum: Wer es sich leisten kann, kauft in immer größerer Zahl Bio-Produkte. Krautzberger sieht aber hier noch viel Luft nach oben. „Nur zwei Prozent kaufen immer umweltschonende Kleidung. Hier stimmt einfach das Angebot nicht.“ So habe Bioaumwolle einen Marktanteil von unter einem Prozent.

Die Studie lässt den Schluss zu, vieles sei erfolgreich gelöst. Der Himmel über der Ruhr ist längst wieder blau, die meisten Flüsse sauber und immer mehr Müll wird recycelt. Aber gerade die Debatte um eine Klimaabgabe für alte Kohleleimer und das drohende Verfehlen des Klimaziels (40 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 im Vergleich zu 1990) zeigt: Es gibt weiter harte Konflikte im Spannungsfeld zwischen Industrie- und Umweltschutzinteressen.

Etwa auch im Ringen um die unkonventionelle Gasförderung mit Hilfe eines Wasser-Sand-Chemikalienmischs, bei der Schiefergestein aufgeboren wird (Fracking). Am Mittwoch will das Kabinett nach jahrelanger Debatte eine gesetzliche Regelung hierzu auf den Weg bringen. Geplant ist vorerst ein weitgehendes Fracking-Verbot. Aber hier ist sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen. (dpa)

## Umweltbewusstsein in Deutschland

Anteil der Menschen, für die der Schutz der Umwelt höchste Priorität hat



FP: epd

Quelle: Bundesumweltministerium

## Seltsames Zeugensterben im Mordfall Kiesewetter

Angeblich erlag die am Samstag gestorbene NSU-Zeugin einer Embolie.

Eines hat sie zwei weiteren toten Zeugen voraus. Sie hatte schon ausgesagt.

VON JENS EUMANN

**STUTT GART** – Es dürfte nicht der erste Sturz in der Karriere der Motorrad-Sportlerin Melisa M. gewesen sein. Außer einem dicken Knie und Hämatomen verlief augenscheinlich alles glimpflich. Augenscheinlich – denn gestern lautete die Diagnose: Tod durch Embolie. Trotz vorbeugender Thrombose-Behandlung sei die 20-Jährige am Samstag an Folgen des Motorrad-Unfalls gestorben. Was den Tod der Frau bemerkenswert macht, ist die Tatsache, dass sie Anfang März im Baden-Württemberg Untersuchungsausschuss zum Terror der „Nationalsozialisti-

schen Untergrunds“ (NSU) aussagte – in nichtöffentlicher Sitzung. Angeblich fühlte sie sich bedroht. Im Kreis der Zeugen zum NSU-Komplex ist Melisa M. die dritte, die plötzlich und unerwartet starb.

Der erste war im Herbst 2013 Melisa M.s damaliger Freund Florian H. Der ausstiegswillige Neonazi hatte gegenüber der Polizei nicht nur Andeutungen gemacht, der NSU-Prozess in München sei eine Farce, wenn nicht auch andere auf der Anklagebank säßen. Florian H. hatte zudem behauptet, den Kreis der Mörder der 2007 in Heilbronn erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter zu kennen. Für die Bundesanwaltschaft indes ist dieser Fall klar. Nach ihrer Hypothese nutzten die mutmaßlichen Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt zufällig die Gelegenheit, Kiesewetter und ihren Streifenkollegen während deren Mittagspause zu überfallen. Angebliches Motiv: sich der beiden Dienstwaffen der Polizisten als Trophäen zu bemächtigen. Es gebe andere Gründe wie auch weitere Täter,

behauptete Florian H. Der junge Mann sprach von jener zweiten deutschlandweit „gefährlichsten“ Neonazi-Zelle, einer sogenannten Neoschutzstaffel (NSS). Mit dieser habe sich der NSU einmal in Öhringen bei Heilbronn getroffen.

Tat man Florian H.s Hinweise zunächst als Wichtigtuerei ab, so wollte das LKA ihn im Herbst 2013 jedoch erneut zum Thema vernehmen. Dazu kam es nicht. Am Tag seiner Vorladung starb Florian H. im Auto seiner Eltern. Der an der Zufahrt zum Stuttgarter Campingplatz

Cannstatter Wasen geparkte Peugeot ging in Flammen auf, mit Florian H. auf dem Fahrersitz. Auf dem Campingplatz hatten im Jahr 2003 Mundlos und Böhnhardt gezeltet.

Für die ermittelnde Polizei war prompt klar, dass es sich bei Florian H.s Tod um Selbstmord handele. Es sei keine andere Person am Fahrzeug gesehen worden, begründete der Ermittlungsleiter. Dass Florian H.s Eltern betonten, ihr Sohn habe sich bedroht gefühlt, sogar von Verfolgung berichtet, blieb unbeachtet. Als Motiv für einen Suizid machte die Poli-

zei Liebeskummer aus, was die Eltern des Toten als an den Haaren herbeigezogen beurteilten. Erst der jetzt eingerichtete Untersuchungsausschuss widmete dem Todesfall neues Augenmerk. Inzwischen ermittelt auch der Staatsanwalt neu.

Der zweite tote Zeuge war der Hallenser Neonazi Thomas R., als „Corelli“ über Jahre Top-V-Mann des Bundesamts für Verfassungsschutz. Bei ihm waren nach Auffliegen des NSU mehrere Bezugspunkte zu diesem aufgetaucht. Auch war er Mitglied eines Ku-Klux-Klan-Ablegers in Baden-Württemberg gewesen, dem zeitweise zwei Kollegen der ermordeten Polizistin Kiesewetter angehörten. Als man Thomas R. im Frühjahr 2014 verhören wollte, fand man ihn tot in seiner Wohnung. Er sei an einer unentdeckten Diabetes-Erkrankung gestorben, hieß es.

Den anderen Toten hat die jetzt gestorbene Zeugin indes eines voraus. Sie hatte vor ihrem Tod schon ausgesagt. Der Ausschuss befand sie für „sehr glaubwürdig“.

» www.freiepresse.de/totezeugen



In dem Auto starb Florian H. Die Polizei erkannte auf Selbstmord. Da sonst keiner am Tatort zu sehen war, sei die Sache klar. FOTO: OSKAR EYB/7AKTUELL

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Medien Union GmbH Ludwigshafen  
**Verlag:** Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261  
**Telefon:** 0371 6560  
**Telefax Redaktion:** 0371 656-17084  
**Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077  
**Internet:** www.freiepresse.de  
**E-Mail:** die.tageszeitung@freiepresse.de  
**Geschäftsführer:** Ulrich Lingnau  
**Chefredakteur:** Torsten Kleiditzsch (v.i.s.d.p.)  
**Stellvertretende Chefredakteure:** Udo Lindner, Jana Klameth  
**Anzeigenleitung:** Gesamt: Tobias Schniggenfittig  
National: Alexander Arnold (v.i.s.d.p.)  
Regional: Steffen Schulle (v.i.s.d.p.)  
**Leiter Leserkontakt:** Arne Stück

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 27,60 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 34,20 €.

Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechnigt. Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.

## LEITARTIKEL

## Neue Verbrecher oder alte Banden?

VON JENS EUMANN

- 90 Strafanzeigen wegen Diebstahls und sexueller Belästigung in Köln
- Stadt verschärft Sicherheitsvorkehrungen nach Übergriffen zu Silvester
- Kanzlerin für harte Antwort des Rechtsstaats auf Übergriffe

Die Übergriffe von Köln werfen einen Haufen Fragen auf. Eine der meistdiskutierten ist am leichtesten zu beantworten. Warum tauchten Berichte in voller Breite bundesweit erst Tage später auf? Schlichte Antwort: Das Ausmaß und mit ihm die überregionale Bedeutung der Ereignisse wurden erst mit Verzug deutlich. Zum einen gingen die Anzeigen nur nach und nach ein, zum anderen lag die mediale Aufmerksamkeit zu Silvester eher auf den Terrorrohungen in München als auf vermeintlich lokalem Geschehen in Köln. So blieben die Ereignisse zunächst ein Thema für die Lokalpresse.

Schwerer zu beantworten sind die Fragen nach der Entstehung sowie nach den Konsequenzen der Kölner Neujahrsnacht. Nicht die strafrechtlichen. Dass sexuelle Übergriffe und Eigentumsdelikte weder von deutscher noch ausländischer Seite zu dulden sind, versteht sich von selbst. Schwerer indes wird die Ermittlung der Täter fallen. Das wirft die Frage nach Konsequenzen auf. Nach der Krisensitzung bei der Kölner Oberbürgermeisterin war gestern von konsequenter Verfolgung und Prävention die Rede. Die Begriffe dürfen keine Hülsen sein, auch wenn Videoüberwachung öffentlicher Orte, die Strafverfolgern Beweise an die Hand gäbe, in Deutschland keinen guten Stand hat. In Großbritannien fällt es schwer, in Großstädten von A nach B zu laufen, ohne lückenlos überwacht zu werden. Die gesunde Mitte zwischen den beiden Extremen zu finden, stellt sich als neue Aufgabe.

Und natürlich bleibt die Frage, wie die Situation am Kölner Dom entstehen konnte. Gab es eine Verabredung der zahlreichen Täter in der 1000-köpfigen Menge? Kölns Polizeipräsident sprach von Kriminalität „neuer Dimension“. Ist dem so? Oder hat Köln nicht vielmehr seit

Jahren ein Problem organisierter ausländischer Banden, das trotz Bekundungen keiner in den Griff bekam? Mit einem Drittel Anstieg der Delikte sei Köln Hauptstadt der Taschendiebe, Hochburg für Betrüger, Spitze bei Raubüberfällen und zähle 266 Vergewaltigungsanzeigen, schrieb der „Express“ schon 2012. Banden kämen zu Karneval, zum Weihnachtsmarkt, begingen Straftaten und reisten wieder ab, kommentierte damals der Kripo-Chef.

### Hartes Eingreifen schuldet man neben belästigten Frauen auch friedlichen Flüchtlingen, die durch die Täter in Misskredit geraten.

Auch diese organisierten Diebe bedrängten ihre Opfer körperlich. Ermittler berichten vom sogenannten Antanz-Trick. Dass sich Kriminelle zu Silvester zudem an Frauen sexuell vergehen, ist ohne Frage noch verwerflicher. Das Muster aber gleicht sich. Selbst wenn neuralgische Punkte in Köln bis zum Karneval mit Kameras ausgestattet wären, reicht Überwachung allein nicht aus. Hinter Masken blicken sie nicht. Die Forderung nach mehr Polizei liegt deshalb auf der Hand. Hartes Eingreifen schuldet man neben belästigten Frauen auch friedlichen Flüchtlingen, die durch die Täter in Misskredit geraten.

jens.eumann@freiepresse.de

## IM FOKUS

## „Brexit“: Cameron will Ministern freie Hand geben

Großbritannien in der Frage des EU-Austritts gespalten

Tritt Großbritannien aus der EU aus? Wenn ja, wäre dies eine politische Katastrophe für die Gemeinschaft, wie Diplomaten bereits hinter vorgehaltener Hand erklären. Der britische Premierminister David Cameron steht unter Druck – nicht zuletzt in den eigenen Reihen. Jetzt gibt er seinen Ministern in der Frage eines EU-Austritts freie Hand. Sie hätten die Wahl, vor dem geplanten Referendum für einen Austritt aus der Gemeinschaft („Brexit“) oder für Verbleib in der EU zu werben. Allerdings dürften sie das erst nach Ende der Verhandlungen mit der EU über die von Cameron geforderten Reformen tun, verlautete gestern aus Regierungskreisen. Cameron will vor allem den Zuzug von Ein-



wanderungen aus der EU begrenzen: Um dies zu erreichen, will er EU-Migranten Sozialleistungen erst nach vier Jahren zahlen – was in der EU sehr um-

stritten ist.

Cameron hat bis spätestens Ende 2017 ein Referendum versprochen – vermutlich werden die Briten aber schon im Sommer 2016 abstimmen. Die Frage „Brexit“ oder „Drinbleiben“ spaltet das Kabinett, Camerons konservative Tory-Partei sowie die Briten. Umfragen sagen beim Referendum ein äußerst knappes Rennen voraus. (dpa)



Kölner Beben.

KARIKATUR: TOMICEK

## NSU: Zweifel am Zufalls-Mord

Die Erklärung von Beate Zschäpe im NSU-Prozess löste vor allem eins aus: Kopfschütteln. Was den Mord an der Polizistin in Heilbronn betrifft, dürfte sie bei den Anklägern aber für Freude gesorgt haben. Das umstrittene Motiv der Anklage hat sie bestätigt. Ein Opferanwalt meldet starke Zweifel an.

VON JENS EUMANN

MÜNCHEN/OBERWEISSBACH – Musste die 22-jährige Polizistin Michèle Kiesewetter sterben, nur weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort war? Nur, weil zwei mordlustige Neonazis ihr über den Weg radelten und ihre und ihres Kollegen Dienstwaffe rauben wollten? So zumindest lautet die Hypothese, die die Bundesanwaltschaft zum Motiv für jenen Überfall hat, bei dem am 25. April 2007 in Heilbronn Michèle Kiesewetter erschossen und ihr Kollege Martin A. lebensgefährlich verletzt wurde. Alles Zufall? Ein im Grunde denkbares Szenario – wären da nicht all die Bezüge des NSU-Umfeldes ins thüringische Oberweißbach, in den Heimatort der Polizistin, 300 Kilometer vom angeblichen Zufalls-tatort Heilbronn entfernt.

„Es ist völlig unverständlich, wie die Bundesanwaltschaft alle Spuren, die in Richtung Thüringer Wald, in die Heimat von Michèle Kiesewetter, weisen, ignoriert“, sagt Rechtsanwalt Walter Martinek. Im NSU-Prozess vertritt er Kiesewetters damals angeschlossenen Kollegen Martin A. Auch der Polizist selbst – seit dem Überfall zu 70 Prozent behindert – zweifelt an der Motiv-Hypothese der Ankläger. Denn NSU-Bezüge in den Heimatort der Polizistin gibt es gleich mehrere. Da ist zunächst Beate Zschäpes Liaison mit dem Betreiber des Gasthofs „Zur Bergbahn“ im

Oberweißbacher Ortsteil Lichtenhain. Der ehemalige Gastwirt David F. ist zugleich der Schwager von Ralf Wohlleben, einem von Zschäpes Mitangeklagten im NSU-Prozess. Im Jahr vor Kiesewetters Ermordung beherbergte der Mann im Saal seiner Gaststätte eine große Neonazi-Veranstaltung. Veranstalter war der wegen eines Sprengsatz-Anschlags verurteilte Patrick Wieschke aus Eisenach, der später zeitweise bis in den Bundesvorstand der NPD aufstieg. Im November 2011, Tage nach dem Auffinden von Uwe Mundlos' und Uwe Böhnhardts Leichen im Wohnmobil in Eisenach-Stregda, verfolgte ein Fährtenhund der Polizei eine Geruchsspur von Beate Zschäpe bis vor Wieschkes Eisenacher Wohnung.

Hinzu kommen jene Kontakte, die der mutmaßliche Rechtsterrorist Uwe Mundlos nach Ilmenau, nur 30 Kilometer von Oberweißbach entfernt, hatte. Auch in Oberweißbach selbst wollen mehrere Zeugen Personen des Trios gesehen haben. Dieser Spur gingen Ermittlerteams des Bundeskriminalamts (BKA) zwar nach. Man geht aber davon aus, dass es sich bei den Personen, die im Gasthof „Zur Bergbahn“ verkehrten, nicht um Mundlos und Böhnhardt handelte, sondern um Leute, die ihnen ähnlich sahen. Beim Gaststättenbetreiber David F. indes hinterfragte nicht einer der Verhör-Beamten Fs Behauptung, Zschäpe nach deren Abtauchen 1998 nie mehr

wiedergesehen zu haben. Dabei musste klar sein, dass David F. vielleicht nicht mit offenen Karten spielte, weil er die rechtsextreme Einstellung des Trios teilte. Im Jahr 2000 fiel er auf einem Campingplatz in Saalfeld, nahe dem Heimatort der Polizistin, damit auf, dass er dunkelhäutige Zeltnachbarn anpöbelte. „Jetzt brennen wir das Zelt des Niggers nieder“, drohte er damals.

Walter Martinek

Opferanwalt im NSU-Prozess

FOTO: SASCHA FROMM



Nicht zuletzt sind da noch jene Spuren, die aus dem Umfeld des Mordopfers Kiesewetter in Richtung der rechten Szene Thüringens im Allgemeinen und im Speziellen in Richtung NSU weisen. „Der Fakt, dass Kiesewetters Cousine Kontakt zur rechten Szene unterhielt, ist doch kein Zufall“, sagt Opferanwalt Martinek. Bei genannter Cousine handelt es sich um die Tochter von Michèle Kiesewetters Patenonkel Mike W. Ihrem „Onkel Mike“, Polizist in Thüringen und seinerzeit im Bereich Staatsschutz tätig, war nach Urteil der Familie Michèles Berufswahl geschuldet. Nach Aussage von Michèles Großvater Fritz W. macht sich sein Sohn Mike seit Ermordung



Der Gasthof „Zur Bergbahn“ in Oberweißbach, betrieben von Beate Zschäpes zeitweisem Liebhaber David F. FOTO: SEAN GALLUP/GETTY IMAGES

## DIE ANDERE MEINUNG

Zur Berichterstattung über die „Tatort“-Doppelfolge mit Till Schweiger erreichte uns dieser Leserbrief:

„Nun muss Kunst auch Kunst bleiben dürfen und es ist nichts gegen künstlerische Freiheit einzuwenden. Dennoch muss man sich angesichts der „Schweiger-Tatorte“ fragen, ob das Geld der Gebührenzahler für diese Gewaltenorgien zur Lösung anstehender Probleme sinnvoll eingesetzt ist. Immer mehr entsetzt (...), wie die Lösung gesellschaftlicher Konflikte immer mehr nach US-Vorbild mit Gewalt (...) angeboten wird. Wenn man es als notwendig erachtet, Machtstreben (...) und Bandenverstrickung anzuprangern, ist das nicht abzulehnen. Aber muss dies derart (...) brutal (...) und (...) mit einem narzisstischen Selbstdarsteller namens Til Schweiger geschehen?“ Siegfried Schubert, Plauen

DIE REDAKTION behält sich vor, Leserbriefe sinnwährend zu bearbeiten. Die Lesermeinungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.

## IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen  
Verlag: Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG  
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261  
Telefon: 0371 6560  
Telefax Redaktion: 0371 656-17084  
Telefax Anzeigen: 0371 656-17077  
Internet: www.freiepresse.de  
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de

Geschäftsführer: Ulrich Lingnau

Chefredakteur: Torsten Kleditzsch  
(verantwortlich für den redaktionellen Teil)

Stellvertretende Chefredakteure:  
Udo Lindner, Jana Klameth

Anzeigenleitung:  
Gesamt: Tobias Schniggenfittig  
(verantwortlich für den Anzeigenteil)  
National: Alexander Arnold  
Regional: Steffen Schulle  
Leiter Lesermarkt: Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 27,60 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 34,70 €. Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen. Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.

## Griechenland plant harte Einschnitte für Rentner

Alle Rentenkassen werden unter einer Kasse vereinigt – Opposition lehnt Reform ab – Bauern besonders betroffen

ATHEN – Die griechische Regierung hat ein neues Rentensystem ausgearbeitet und dies den internationalen Geldgebern zur Genehmigung vorgelegt. Der Vorschlag beinhaltet weitere harte Einschnitte und Kürzungen von im Durchschnitt 15 Prozent, wie die griechische Finanzpresse gestern berichtete. Renten von mehr als 2000 Euro sollen um bis zu 30 Prozent gekürzt werden. Pensionen von mehr als 3000 Euro

sollen auf 2200 Euro reduziert werden. Am härtesten trifft es demnach die Bauern. Bislang zahlen sie nur sieben Prozent ihres Einkommens für ihre Rentenversicherung. Dieser Beitrag soll bis 2019 stufenweise auf 20 Prozent erhöht werden. Alle Rentenkassen werden in einer großen Dach-Rentenkasse vereinigt.

Regierungschef Alexis Tsipras hatte in den vergangenen Tagen die Rentenreform wiederholt als abso-

lut notwendig bezeichnet. Andernfalls würden die Rentenkassen schon in fünf Jahren keine Renten mehr auszahlen können, sagte Tsipras im griechischen Fernsehen. Die gesamte Opposition lehnt die geplanten Reformen ab. Die Gewerkschaften laufen Sturm. Es gibt bereits Pläne für umfangreiche Streiks, wie aus Kreisen des größten Gewerkschafts-Dachverbandes des privaten Bereichs verlautete.

Regierungssprecherin Olga Gerasili versuchte unterdessen die Rentner zu beruhigen: 2018 werde die Wirtschaft wieder wachsen und dann könnten auch die Renten wieder angehoben werden, hieß es in einer Erklärung.

Die entscheidende Abstimmung über das Reformgesetz soll – falls es von den Gläubigern genehmigt wird – Anfang Februar stattfinden, hieß es aus Regierungskreisen. (dpa)

## LEITARTIKEL

## Der maximale Schrecken als Waffe



VON JÜRGEN BECKER

- Bei einem Selbstmordattentat in Istanbul sterben zehn Menschen
- Acht Deutsche befinden sich unter den Opfern
- Die Frequenz der Anschläge in der Türkei erhöht sich

Istanbul ist wie keine andere Stadt Sinnbild für die Brücke zwischen Europa und Asien, zwischen Abend- und Morgenland. Dass der Selbstmordattentäter für seinen grausamen und feigen Anschlag das touristische Herz dieser Millionen-Metropole ausgewählt hat, ist deshalb kein Zufall. Seine Botschaft ist einfach: Unser Terror kennt keine Grenzen. Er richtet sich gegen die Vielfalt des Lebens und gegen ein Miteinander der Kulturen. Er unterscheidet nicht zwischen militärischen Zielen und Zivilisten. Er schlägt aus dem Nichts zu. Er will Gesellschaften, in denen jeder Mensch nach seiner eigenen Fassung nach seinem Glück streben darf, von der Landkarte tilgen.

Dabei ist zwar noch unklar, wer hinter dem Anschlag in Istanbul wirklich steckt. Auch drängt sich die Frage auf, ob der Selbstmordattentäter die deutschen Urlauber gezielt getötet hat, weil sich Deutschland jetzt mit Späh-Tornados direkt am Kampf gegen den Islamischen Staat beteiligt. Sie ist letztlich aber rein akademisch. Denn wer die Flüchtlingsströme nach Europa eindämmen will, darf nicht wegsehen, wie die barbarischen IS-Dschihadisten brandschatzen, morden, versklaven und vergewaltigen. Eine echte Alternative zum militärischen Eingreifen gibt es nicht – leider genau so wenig wie einen hundertprozentigen Schutz vor Terroranschlägen.

Fakt ist aber auch, dass sich die Frequenz der Anschläge in der Türkei beängstigend erhöht hat. Unbestreitbar ist, dass die neo-osmanischen Machtfantasien des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan dabei wie ein Brandbeschleuniger wirken. Die erzkonservativen Islamisierungsbewegungen der Regierungspartei AKP haben zudem nicht nur den IS-Sympathisanten in der Türkei den Boden bereitet. Erdogans Strategie, extre-

mistische Gruppen als Werkzeug gegen seinen syrischen Widersacher Bashar al-Assad zu nutzen, erweist sich darüber hinaus nun als Bumerang. Der innere Friede, der es der Türkei ermöglicht hatte, sich mehr als ein Jahrzehnt dynamisch zu entwickeln, ist aufgekündigt. Allein 2015 sind durch Terrorattentate in der Türkei rund 170 Menschen getötet worden.

### Rachegelüste, Wut und Angst sind ein schlechter Ratgeber.

Durch den neuerlichen Anschlag droht dem Tourismus das Aus. Nach den Israelis und den Russen werden jetzt wohl auch die meisten Europäer die Türkei meiden. Das wird das Land wirtschaftlich zwar hart treffen. Das könnte – und das wäre gut so – Erdogan zugleich aber auch zu einer Kurskorrektur und zu einer engeren Kooperation mit den westlichen Verbündeten zwingen.

Unterdessen ist absehbar, dass islamfeindliche Bewegungen nun in Deutschland versuchen werden, die Opfer in Istanbul für ihre Ziele zu missbrauchen. Trotz aller Bestürzung und Trauer sollte ihnen aber niemand auf den Leim gehen: Der Terrorist war ein Muslim, aber deshalb sind nicht alle Muslime Terroristen. Rachegelüste, Wut und Angst sind schlechte Ratgeber. Der Attentäter wollte maximalen Schrecken verbreiten. Aber auch in diese Falle sollte niemand tappen.

juergen.becker@freiepresse.de

## IM FOKUS

## VW-Chef irritiert die USA mit verunglücktem Interview

Müller stellte Abgas-Problem als technischen Defekt dar

Für VW geht es in den USA im Diesel-Skandal jetzt um alles. Doch Konzernchef Matthias Müller gab ein Interview, das problematischer nicht hätte sein können. In dem Gespräch mit dem US-Sender NPR stellte Müller den Abgas-Skandal zunächst als „technisches Problem“ dar – anschließend wollte der Konzern das Interview neu aufzeichnen.

In der ursprünglichen Version des Gesprächs sagte Müller zu den Abgas-Manipulationen: „Bei uns gab es ein Versäumnis, wir hatten (...) nicht die richtige Auslegung der amerikanischen Gesetze.“ Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, der Konzern habe bei der Aufklärung auf Zeit gespielt. „Wir haben nicht gelogen. Wir haben die Frage an-



fangs nicht verstanden und dann haben wir seit 2014 daran gearbeitet, das Problem zu lösen.“ In der vom Konzern gewünschten zweiten Version

versuchte Müller dann den Schaden zu begrenzen: „Ich muss mich für gestern Abend entschuldigen, weil die Situation schwierig für mich war (...).“ Dann ruderte Müller von der Aussage zurück, es handle sich lediglich um ein technisches Problem. VW lege großen Wert auf die Feststellung, dass der Konzern die Verstöße einräume. „Daran gibt es keinen Zweifel.“ (dpa)

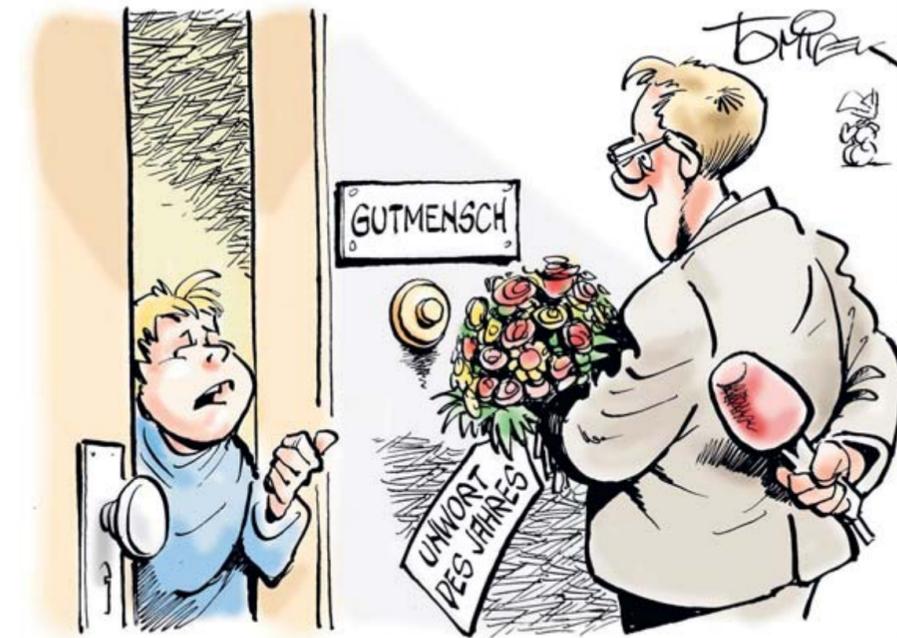
## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Medien Union GmbH Ludwigshafen  
**Verlag:** Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG  
 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15 oder  
 09002 Chemnitz, Postfach 261  
**Telefon:** 0371 6560  
**Telefax Redaktion:** 0371 656-17084  
**Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077  
**Internet:** www.freiepresse.de  
**E-Mail:** die.tageszeitung@freiepresse.de

**Geschäftsführer:** Ulrich Lingnau**Chefredakteur:** Torsten Kleditzsch  
(verantwortlich für den redaktionellen Teil)**Stellvertretende Chefredakteure:**  
Udo Lindner, Jana Klameth

**Anzeigenleitung:**  
 Gesamt: Tobias Schniggenfittig  
 (verantwortlich für den Anzeigentel)  
 National: Alexander Arnold  
 Regional: Steffen Schulle  
**Leiter Lesermarkt:** Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 27,60 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 34,70 €.  
 Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.  
 Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.



„Der ist auf der Demo für die Verschärfung des Asylrechts!“

KARIKATUR: TOMICEK

## NSU: Ein Kommissar mit hellseherischen Fähigkeiten

Der Onkel von NSU-Opfer Michèle Kiesewetter legte kurz nach dem Mord an der Nichte die Verbindung zur Türken-Mordserie nahe. Baden-Württembergs Untersuchungsausschuss hörte nun die Erstquelle dieser Informationen an.

VON JENS EUMANN

**STUTTGART/SAALFELD** – Wie kann es sein, dass ein Saalfelder Kommissar nur Tage nach dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn die Verbindung dieses Verbrechens zu den unaufgeklärten bundesweiten Türken-Morden vorher sagt? Dass ein Kollege aus der Kriminalpolizeiinspektion Saalfeld ihm eben diese Verbindung genannt hatte, erzählte der Onkel der aus dem Thüringer Wald stammenden ermordeten Polizistin jenen Beamten, die ihn am 3. Mai 2007 als Verwandten des Mordopfers vernahmen. Diese Vernehmung von Kiesewetters Onkel Mike W., der ebenfalls Polizist ist und seinerzeit beim Staatsschutz tätig war, fand acht Tage nach dem Mord an seiner Nichte statt und damit viereinhalb Jahre, bevor der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) aufflog, dem man heute all diese Verbrechen zuschreibt.

Den Namen des augenscheinlich hellsichtigen Saalfelder Kollegen

nannte Kiesewetters Patenonkel bei seiner Befragung im Jahr 2007 zwar nicht, doch ergänzte er diesen im Jahr 2011, als er nach Auffliegen des NSU erneut vernommen wurde.

Zu den Quellen seiner einst so treffenden Einschätzung befragte der Untersuchungsausschuss des Badenwürttembergischen Landtags eben diesen von Kiesewetters Onkel genannten Saalfelder Kripo-Mann Uwe Möller in einer der letzten Vorherrsitzungen. Neben dem Mord an der 22-jährigen Beamtin sollte der Ausschuss, der in dieser Woche seinen Schlussbericht vorlegt, weitere Kontakte des NSU in den Südwesten der Republik ausleuchten.

Die Verbindung zwischen den Verbrechen habe er damals „rein hypothetisch“ vermutet, erklärte Kommissar Möller dem Ausschuss. Im bundespolizeilichen Informationssystem Extrapol habe er vor dem damaligen Gespräch mit seinem Kollegen, also dem Onkel der just ermordeten Beamtin, davon gelesen, dass ein Radfahrer eine Rolle gespielt habe. Von Radfahrern sei auch bei den sogenannten Türken-Morden die Rede gewesen. Außerdem habe er eine Übereinstimmung bei den Kalibern der Tatwaffen ausgemacht. Letztere allerdings hatte gar nicht bestanden, wie der Ausschuss dem Kripo-Mann entgegenhielt. Die aus-

## DIE ANDERE MEINUNG

Zu Kremelchef Wladimir Putins Interview zur Wirtschaftslage Russlands schreibt das Moskauer Wirtschaftsblatt „Wedomosti“:

„Eine solche Medienaktivität Putins ist nicht außergewöhnlich. Auch im vergangenen Winter hat er sechsmal mit russischen und ausländischen Journalisten gesprochen. Aber nun haben sich die Adressaten geändert. Immer mehr Signale sendet er an das ausländische, vor allem das westliche Publikum. Selbst bei der traditionellen Rede an die Nation und der Jahrespressekonferenz ging es diesmal mehr als früher um Außenpolitik. (...) Möglicherweise haben die höheren Ränge der Macht begriffen, dass die wirtschaftliche Lage wegen des fallenden Ölpreises schwieriger ist als angenommen. Unterstützung in Asien zu finden, ist nicht gelungen. Ohne seine eigenen Fehler einzugestehen, lädt Putin die westlichen Politiker zur Versöhnung ein.“ (dpa)

## Waffenbeschaffer im Verhör

**Im NSU-Prozess** am Oberlandesgericht München kam es gestern nicht wie erwartet zum Verlesen von Antworten der Angeklagten Beate Zschäpe auf die rund 70 Fragen, die das Gericht vor der Winterpause formuliert hatte. Es könnte sogar erst in der nächsten Woche dazu kommen, da die Angeklagte offenbar erneut einen Entbindungsantrag gegen ihre Altanwältin Wolfgang Heer, Wolfgang Stahl und Anja Sturm plant. Am heutigen 25. Prozesstag will man so zunächst den Angeklagten Ralf Wohleben befragen. Wie Zschäpe hatte auch er erst nach zweieinhalbjähriger Prozessdauer kurz vor der Winterpause sein Schweigen gebrochen und eine Erklärung abgegeben. Nun soll er Fragen beantworten. Ihm wird vorgeworfen, die Waffe für die NSU-Mordserie an neun ausländischen Kleinunternehmern finanziert zu haben. (eu)



Beim Trauerzug in Baden-Württemberg trugen Polizisten das Porträt der ermordeten Kollegin Michèle Kiesewetter vor sich her. FOTO: NORBERT FÖRSTERLING/DPA

## Neues Schulgesetz: Mitreden erwünscht

Sachsens Kultusministerin Kurth fordert Eltern, Schüler und Lehrer auf, sich bis Ende Februar an der Debatte zu beteiligen.

VON TINO MORITZ

**DRESDEN** – Bildungspolitik ist Ländersache. Und weil beim Thema Schule mit Eltern, Schülern und Lehrern ziemlich viele Menschen mitreden können, gilt die für 2017 angepeilte Verabschiedung des nächsten sächsischen Schulgesetzes als eines der wichtigsten politischen Projekte in Dresden. Der erste Zwischenschritt wurde gestern vollzogen: Das Kabinett gab den Entwurf von Kultusministerin Brunhild Kurth (CDU) zur Anhörung frei.

Und die Regierung scheint es auch wirklich ernst damit zu meinen. Im Internet wurden sämtliche Änderungen zum bisherigen Schulgesetz veröffentlicht, zudem kündigte Kurth gleich noch eine „Bürgerwerkstatt Schulgesetzänderung“ an. In den nächsten Wochen und Monaten wolle sie die Diskussion „im ganzen Land intensiv führen“. Acht Bürgerforen soll es dazu bis zum 29. Februar geben, davon zwei in Südwestsachsen – eines am 25. Januar an der Frankenberg Astrid-Lindgren-Grundschule und eines am 22. Februar im Zwickauer Käthe-Kollwitz-Gymnasium.

„Projektarbeit statt Frontalunterricht“ nennt es Kurth selbst. Sie versichert, „ganz genau zuhören“ zu wollen – und sieht in dem recht aufwendigen Verfahren einen Beitrag, um „Politikverdrossenheit entgegenzuwirken“. Sie würde es sogar

begrüßen, wenn sich Schüler im Unterricht mit dem Gesetz befassen.

Inhaltlich setzt der Entwurf an mehreren Stellen das um, was frühere politische Entscheidungen

**Brunhild Kurth**  
 Sächsische Kultusministerin



FOTO: JÖRG CARSTENSEN/DPA

(„Schulschließungsmoratorium“ für den ländlichen Raum), Gerichtsurlaube (Lernmittelfreiheit) oder die UN-Behindertenrechtskonvention (Inklusion) Sachsen nahe legen.

Auch der CDU/SPD-Koalitionsvertrag stand Pate – gymnasiale Zweige an Oberschulen und damit die von der SPD gewünschte und von der CDU vehement abgelehnte

Gemeinschaftsschule über die Hintertür soll es nicht geben, sondern lediglich größere Freiheiten für Oberschulen, um „ergänzende Bildungsinhalte“ anzubieten. Weil das trotz dem das System durchlässiger macht, wird es laut Kurth für Eltern künftig weniger entscheidend sein, ob sie ihr Kind nach der vierten Klasse auf die Oberschule oder aufs Gymnasium schicken.

Vorgeschlagen wird auch die Einführung von Mindestschülerzahlen an Berufsschulen. Um eigenverantwortlich Klassen, Gruppen und Kurse zu bilden, sollen Schulen künftig ein Budget an „Lehrerarbeitsvermögen“ erhalten können. Zudem sollen Schulträger künftig mit in der Schulkonferenz sitzen und schon Erstklässler die Chance haben, Schülersprecher zu werden. Aber – die Debatte geht ja jetzt erst richtig los. » [www.schulgesetz.sachsen.de](http://www.schulgesetz.sachsen.de)

# Spuren eines Serienkillers

Liefen Personen, die Uwe Böhnhardt einst auf den Pfad der Gewalt brachten, zugleich ein Motiv für den rätselhaftesten aller Morde des NSU? Es gibt seltsame Verbindungen von Jenaer Bandenkriminellen bis zur Familie der in Heilbronn erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter.

VON JENS EUMANN

**JENA/OBERWEISSBACH** – Die Zeit in der Haftanstalt Hohenleuben sei hart gewesen für Uwe, so schildert es dessen Vater. Plötzlich war er wieder der kleine Junge, der beim Abschied winkend oben am Fenster stand – und weinte. Irgendetwas sei dort passiert, irgendetwas, über das sein Sohn nicht habe reden wollen.

Als Jürgen Böhnhardt, der Vater des mutmaßlichen Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt, Anfang 2014 als Zeuge im Prozess zum Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) seine Eindrücke aus den frühen 90er-Jahren schilderte, schwebte kurz ein anderes Bild im Saal des Münchner Oberlandesgerichts als das des skrupellos Ausländer hinrichtenden Serienkillers.

Seine Frau und er hätten die älteren Freunde, mit denen sich sein minderjähriger Sohn umgab, nicht gemocht, so Böhnhardt. Sie hätten Uwe ausgenutzt. Zum Schulschwänzen gesellten sich Autodiebstähle, nächtliche Spritztouren, aber auch Einbrüche. Einer der „Mentoren“ von Uwe Böhnhardt und dessen zunehmend rechtsextrem politisierter Clique stammte, wie man jetzt durch Zeugen weiß, aus dem Bereich organisierter Kriminalität.

Ralf L. gehörte einer Bande an, die nicht nur Jena beherrschte, sondern in weiten Teilen Thüringens bis nach Sachsen und sogar bis ins Ausland Strippen zog. Ralf L. zählte zum eingeschworenen Zirkel der Zwillingbrüder Ron und Gil E., die gewissermaßen den Status der „Paten“ von Jena innehatten. Allerdings fanden die Brüder auch mit der Thüringer Polizei ihr Auskommen, wie jüngst öffentlich wurde. Einerseits drang aus Amtsstuben manches Dienstgeheimnis nach außen und vereitelte einen Zugriff. Im Gegenzug leisteten auch die Brüder selbst Spitzeldienste für die Polizei. Ralf L. war fürs Rekrutieren von Nachwuchs aus der rechten Szene zuständig. Deren Anhänger waren bei Anwendung von Gewalt nicht gerade zimperlich. Das schien sie für bestimmte Aufgaben zu prädestinieren, etwa zum Eintreiben von Geld.

Der Rechtsanwalt Yavuz Narin, der im Münchner NSU-Prozess die Familie eines der Mordopfer vertritt, hat recherchiert, dass Ralf L. in den 90er-Jahren den im Autoklau bereits bewanderten Uwe Böhnhardt und mehrere seiner Freunde anwarb und in die Dienste der Bande der E-Zwillinge stellte. Böhnhardts Aufgabe: Das Einschüchtern von Schuldner durch Androhen oder Ausüben von Gewalt. Auch bei der Einweisung in diesen Job war man nicht zimperlich. Mindestens einmal habe Ralf L. Böhnhardt körperlich schwer misshandelt, „um diesen zu disziplinieren“, fand Narin heraus.

Von Bedeutung ist der Werdegang des jungen Böhnhardt aber nicht allein, weil er Ansätze für dessen wachsende Neigung zur Gewalt liefert. Rekrutierer Ralf L. und weitere Personen aus seinem Umfeld schlagen zudem eine Brücke in den weiteren Kreis der Familie eines der späteren NSU-Opfer. Konkret jener 2007 im baden-württembergischen Heilbronn erschossenen, aber aus Oberweißbach im Thüringer Wald stammenden Polizistin Michèle Kiesewetter. Laut Anwalt Narin kooperierte Nachwuchs-Rekrutierer Ralf L. damals in Jena mit Ralf W., der in



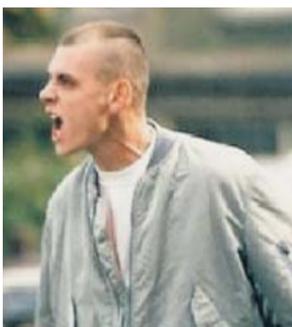
Das Gefängnis Hohenleuben in Thüringen: Hinter diesen Mauern widerfuhren Uwe Böhnhardt Dinge, die ihn stark geprägt haben müssen.

FOTO: CANDY WELZ



Böhnhardt konnte auch lachen – ob unbeschwert, ist unklar.

FOTO: BKA



Von Zeugen belegt sind dagegen Wutausbrüche und Gewalt.

FOTO: PRIVAT



Was bedeutet die Verbindung aus Böhnhardts Leben in Jena ins Umfeld der ermordeten Polizistin (Foto vom Heilbronner Tatort)?

FOTO: BERND WEISSBROD/DPA

der Security- und Türsteherzene tätig war und auch als Geldtreiber auftrat. In einem Strafverfahren, dass man damals wegen Autodiebstahls und Einbruchs gegen Uwe Böhnhardt führte, war dieser Ralf W. sogar als Zeuge geladen. Daran wie auch an den Namen Uwe Böhnhardts konnte sich Ralf W., als er vom BKA vernommen wurde, angeblich nicht mehr erinnern. Immerhin kam ihm Böhnhardt auf Fotos, die ihm die Polizei vorlegte, bekannt vor. Vom BKA vernommen wurde Ralf W. im Jahr 2012 wegen der merkwürdigen Schlüsselposition, die er zwischen dem Umfeld des NSU-Trios und der Familie des Opfers Michèle Kiesewetter einnimmt.

Als inzwischen selbstständiger Security-Unternehmer beschäftigte Ralf W. mehrfach Leute aus jener rechten Thüringer Szene, aus der Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe stammten. Die politische Einstellung eines Mitarbeiters sei ihm „egal, solange er seine Arbeit vernünftig macht“, betonte Ralf W. in der Vernehmung beim BKA.

„Der ist dort schwer misshandelt worden.“

Ilona Mundlos über Erfahrungen Uwe Böhnhardts im Gefängnis Hohenleuben

Doch hatte er nicht nur dienstlich Kontakte ins rechte Milieu. Ein Kontaktmann des Trios, der bereits auf jener Telefonliste von Uwe Mundlos steht, die Ermittler 1998 bei ihrer Razzia in der Jenaer Bombenbastler-Garage des NSU beschlagnahmten, ist entfernt mit Ralf W. verwandt.

Dieser Ronny W. bezeichnet sich selbst als früheren Freund von Mundlos, konkret aus jener Zeit, bevor dieser mit seinen Komplizen nach Entdeckung der Bombenwerkstatt in den Untergrund ging. Seit deren Untertauchen habe er keinen Kontakt mehr gehabt, beteuerte Ronny W. beim BKA. Das glaubt Opferanwalt Yavuz Narin nicht. Spielte Ronny W. in Jena einst zusammen mit weiteren NSU-Kontaktleuten in der Neonazi-Band „Vergeltung“, so zog er später in die alten Bundesländer, konkret in die Nähe von Köln. Von der Keupstraße lebt er 29 Kilometer entfernt.

Während Ronny W. Anfang der 2000er-Jahre in den Westen zog, lernte sein Verwandter Ralf W. 2005 im Zuge von Ermittlungen gegen seine Firma eine Polizistin kennen, zu der sich eine Beziehung entwickelte. Allerdings war Ralf W.s heutige Frau, die Polizistin Anja W., damals noch mit einem ihrer Kollegen von der Thüringer Polizei liiert, einem Beamten, der nach jahrelangem Einsatz beim Staatsschutz inzwischen beim Drogendezernat arbeitete. Dieser Beamte hatte eine Nichte, die den beruflichen Fußstapfen ihres Patenonkels folgte. Eine Nichte, die kurz nach der Trennung ihres Onkels von Anja W. zu trauriger Prominenz kam. Der Polizist, dem Ralf W. die Freundin ausspannte, war der Patenonkel von Michèle Kiesewetter, der 2007 in Heilbronn erschossenen Polizistin.

Mit Michèle habe sie sich sehr gut verstanden, versicherte des Onkels Ex-Freundin Anja W., als sie vom BKA und vom Thüringer Untersuchungsausschuss vernommen wurde. Michèles Onkel, sie selbst, Michèle und deren zeitweiser Freund seien sogar zu viert in den Urlaub nach Ungarn an den Balaton gefahren, sagte Anja W. Auch habe sie Michèle bei deren Heimbesuchen in Thüringen über Jahre ihren Computer nutzen lassen, damit Michèle darauf ihre Abschlussarbeit

mittelte wurde. Die Beamtin Anja W. soll aus dem Intranet der Polizei Daten zu Personen und Verfahren ausgelesen haben – zum Vorteil ihres Mannes. Das bestreitet sie bis heute.

Während Michèle Kiesewetters Onkel, seine Ex-Freundin Anja W. und deren heutiger Mann Ralf W. verhört wurden, kam Namensvetter Ralf L., der in den frühen 90er-Jahren Uwe Böhnhardt für die Verbrecherbande anwarb und zu Ralf und Anja W. bis heute Kontakt hat, bisher nicht in den Fokus der Ermittler.

Opferanwalt Yavuz Narin wollte ihn in den NSU-Prozess laden lassen, zumal der Mann auch in den Kasse-Raum, wo der letzte Ceska-Mord stattfand, Bande hat und vielleicht sogar den dubiosen Verfassungsschützer Andreas T. vom letzten NSU-Tatort kennt. Das Gericht lehnte ab, Ralf L. als Zeugen zu laden. „Der Senat hat angedeutet, er könne in der Hauptverhandlung nicht das Ermittlungsverfahren nachholen“, sagt Narin. Die Wahrheitssuche müsse in dem Fall hinter die Notwendigkeit zurücktreten, den inhaftierten Angeklagten schnellstmöglich ein Urteil zu beschreiben.

Gestern hatten im Prozess Hinterbliebene und deren Anwälte erstmals die Chance, Fragen an Beate Zschäpe zu richten. Es wurden Hunderte, die Zschäpes Anwalt notierte, aber offen ließ, ob sie überhaupt beantwortet werden. In einem Punkt indes konnte eine andere Zeugin bereits weiterhelfen. Während Uwe Böhnhardt seinen Eltern nichts von den Geschehnissen in Hohenleuben preisgab, hatte er sich Uwe Mundlos dagegen anvertraut. Dieser wiederum verriet es seiner Mutter, die bei ihrer Aussage im Prozess geniert Auskunft gab: „Der ist dort schwer misshandelt worden ... Ein Erlebnis, das mit einem Besenstiel im Po.“

Mit ihrer Aussage lieferte Ilona Mundlos zwar keine zwingende Erklärung für Uwe Böhnhardts zunehmende Gewaltaffinität, aber sehr wohl für seine Ansage: Ins Gefängnis gehe er nie wieder zurück.

ANZEIGE

www.facebook.com/sachsenlotto

**DIESEN FREITAG:**

CA. **48** MIO. €

**IM JACKPOT**

Die Gewinnchance auf den Höchstgewinn beträgt rd. 1 : 95 Mio.

Bei **SACHSENLOTTO:**

- ONLINE
- ANNAHMESTELLE
- MOBILE
- DAUERSPIEL

**EURO JACKPOT**

Spielteilnahme ab 18 Jahren. Verantwortungsbewusst spielen. Glücksspiel kann süchtig machen!  
Nähere Informationen unter: BZgA 0800 1372700 (kostenlos und anonym) und www.sachsenlotto.de

3745461-101

## NACHRICHTEN

## KASERNEN-SKANDAL

## Ministerin setzt Referatsleiter ab

**BERLIN** – Nach dem Skandal um demütigende Ausbildungspraktiken in einer Kaserne im Südwesten zieht das Verteidigungsministerium personelle Konsequenzen. Laut „Spiegel“ hat Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) einen Referatsleiter abgesetzt. Dem Bericht zufolge war das Referat Beschwerden wegen sexuellen Mobbings und brutaler Ausbildungsinhalte aus Sicht von der Leyens zu zögerlich nachgegangen. Das Verteidigungsministerium wollte sich am Samstag zu Personalmaßnahmen nicht äußern. Anfang Februar hatte sich der Generalinspekteur der Bundeswehr, Volker Wierer, in der Stauffer-Kaserne im baden-württembergischen Pfullendorf ein Bild der Lage gemacht. Anlass für den „Dienstaufsichtsbesuch“ waren Berichte über demütigende Rituale und sexuelle Nötigung in der Truppe. (dpa)

## VOLKSABSTIMMUNG

## Schweizer sind gegen eine Steuerreform

**BERN** – Die Schweizer haben eine geplante Reform der Unternehmenssteuern deutlich abgelehnt. Nach Hochrechnungen sprachen sich bei der Volksabstimmung am Sonntag rund 60 Prozent gegen die Vorlage aus, wie das Umfrageinstitut Gfs berichtete. Die Regierung wollte zwar international verpönte Steuerprivilegien für Holding-Firmen abschaffen, die ihr Geld im Ausland verdienen. Sie wollte den Unternehmen aber gleichzeitig andere Vergünstigungen gewähren, damit sie nicht abwandern. Das hätte die Staatskasse unter dem Strich rund eine Milliarde Euro gekostet. Gegner des Vorschlags befürchteten, dass die Bürger mit höheren Einkommenssteuern für die Ausfälle aufkommen müssten. Der Schweiz drohen Sanktionen, weil die Steuerbegünstigungen international nicht mehr akzeptiert werden. (dpa)

## DÜRRE

## Kenia erklärt nationalen Notstand

**NAIROBI** – Kenia hat wegen einer schweren Dürre den nationalen Notstand ausgerufen. Präsident Uhuru Kenyatta bat am Freitagabend um internationale Hilfe. Die Regierung stelle umgerechnet 95 Millionen Euro bereit und werde alles tun, um notleidenden Gemeinden zu helfen, versprach er. Die Trockenheit hat etwa die Hälfte des Landes schwer getroffen. Laut Rotem Kreuz sind 2,7 Millionen Menschen von Hunger bedroht. Die Regierung wolle die Einfuhr von Mais erlauben und die Verteilung von Geld, Wasser und Lebensmitteln ausweiten, erklärte ein Sprecher am Wochenende. Auch in benachbarten Ländern wie Somalia und Äthiopien ist die Dürre dramatisch. Die Dürre ist eine Folge des Wetterphänomens El Niño. (epd)

## POLIZEIGEWALT

## Proteste in Pariser Vorort eskalieren

**BOBIGNY** – Bei einer Demonstration gegen Polizeigewalt in einem Pariser Vorort ist es zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen. Ein Kind musste von der Polizei aus einem brennenden Auto gerettet werden, wie die zuständige Präfektur gestern mitteilte. Neben mehreren Autos ging auch der Wagen eines Fernsehsenders in Flammen auf. In dem Ort Bobigny waren am Nachmittag nach Polizeiangaben etwa 2000 Menschen zu friedlichen Protesten zusammengelassen. Hintergrund ist der Fall eines 22-Jährigen, der Ende vergangenen Woche bei der Festnahme durch vier Polizisten verletzt worden war und weiterhin im Krankenhaus liegt. Gegen einen der vom Dienst suspendierten Polizisten wird wegen des Verdachts der Vergewaltigung ermittelt. (dpa)



## Gysi war scharf auf den Orden

**Als erster Politiker der Linken** hat Gregor Gysi am Samstag in Aachen den Karnevalsorden „Wider den tierischen Ernst“ erhalten. Mit einer fulminanten Ritterrede ohne Manuskript zog der Polit-Star das närrische Volk in seinen Bann – obwohl er ohne Verkleidung, auftrat und sich damit treu blieb: Er sei eben kein Kabarettist oder Komiker. Der Orden sei ihm so wichtig gewesen, dass er deshalb 2015 sein Amt als Linken-Fraktionschef im Bundestag aufgegeben habe: „Ich war so scharf auf Orden, dass ich aufhörte – das ist die Wahrheit.“ Gysi sei ein humorvoller „Kämpfer für Gerechtigkeit, der verbal mit scharfer Klinge ficht, ohne dabei die Grenze zur Bösartigkeit zu überschreiten“, würdigte der Präsident des Aachener Karnevalsvereins den 68. Träger des Ordens. FOTO: HENNING KAISER/DPA

## Seltsames Sterben von Zeugen im Umfeld des NSU geht weiter

Jetzt gibt es den sechsten Todesfall bei Zeugen, die die NSU-Verbindung nach Baden-Württemberg und so zum Polizistinnen-Mord schildern sollten.

VON JENS EUMANN

**LUDWIGSBURG/CHEMNITZ** – Das Sterben von Zeugen im Umfeld der mutmaßlichen Rechtsterroristen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) geht weiter. Vor anderthalb Wochen kam es zum sechsten Todesfall. Es traf Corinna B. aus Ludwigsburg, die in den 1990er-Jahren einer Gruppe Neonazis angehört hatte. Diese pflegte sowohl mit den Jenaern Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt Kontakt, als auch mit Chemnitzer Rechtsextremisten, die dem Trio nach dem Abtauchen Unterschlupf gewährten. Zeitweise war die jetzt Verstorbene mit einem aus Thüringen stammenden, über Chemnitz nach Baden-Württemberg gekommenen Veranstalter von Skin-Konzerten im Umfeld der Band „Noie Werte“ liiert. Mit Liedern dieser Band hatte der NSU Vorgänger-Versionen seines Bekennervideos zur Mordserie vertont.

Dass die Achse Chemnitz – Baden-Württemberg (besonders der Raum Ludwigsburg, Stuttgart, Heilbronn) für die NSU-Verbindung steht, ist den Aufklärern in Untersuchungsausschüssen längst klar. Der Baden-Württemberger Ausschuss soll diese Verbindungen beleuchten,

um den undurchsichtigsten aller NSU-Morde zu enträtseln: Den Überfall auf eine Polizeistreife in Heilbronn im April 2007. Dabei wurden die 22-jährige Polizistin Michèle Kiesewetter erschossen und deren Kollege schwer verletzt.

Zwei Polizisten aus Kiesewetters Einheit, darunter der Einsatzleiter am Tag ihres Todes, waren zeitweise Angehörige eines Ablegers der rassistischen Bruderschaft Ku Klux Klan. Dessen baden-württembergischer Ableger war von einem Rechtsextremisten gegründet worden, der auch seit den 1990er-Jahren Kontakt zur Chemnitzer Neonazi-Szene hatte. Pikanterweise entpuppte sich später nicht nur Klan-Gründer Achim S. als V-Mann des Verfassungsschutzes, sondern noch ein weiterer Angehöriger seiner Gruppe: der Halleenser Thomas Richter, mit Tarn-Namen „Corelli“. Er schien so gut vernetzt wie kaum ein zweiter. Bereits auf einer 1998 in Jena beschlagnahmten Telefonliste von Uwe Mundlos war er aufgetaucht, dann wieder in Zusammenhang mit

dem Neonazi-Magazin „Weißer Wolf“, das vom NSU lang vor dessen Auffliegen finanziell unterstützt worden war. Die Klan-Bruderschaft lieferte zuletzt Bezug zu den Kollegen eines NSU-Mordopfers. Nach seiner Enttarnung als Spitzel des Bundesamtes für Verfassungsschutz konnte „Corelli“ 2012 nicht mehr in Halle bleiben. Unter einem Pseudonym brachte man ihn in Westfalen unter. Als das BKA ihn im März 2014 zu den NSU-Bezügen befragen wollte, fand man ihn tot in seiner Wohnung. Es hieß, er sei einer unerkannten Diabetes-Erkrankung erlegen.

Ein halbes Jahr zuvor war in Baden-Württemberg bereits ein anderer Zeuge ums Leben gekommen – am Tag seiner geplanten Vernehmung. Florian H. verbrannte auf der Zufahrt eines Stuetzger Campingplatzes in seinem abgestellten Auto. Zunächst hatte man den Zeugen aus der rechten Szene nicht wirklich ernst genommen, der behauptete, am Kiesewetter-Mord seien noch ganz andere Leute beteiligt gewesen. Er hatte von einer Gruppe namens

„Neo-Schutzstaffel“ (NSS) berichtet, die mit dem NSU kooperiere. Hielt man das zunächst für Schaumslängerei, so wollte das LKA Florian H. dazu erneut vernehmen. Sein Tod kam dazwischen. Suizid lautete die schnelle Diagnose der Polizei, an der Florian H.s Eltern bis heute zweifeln. Glaubt man den offiziellen Versionen, war Florian H.s „Selbstverbrünnung“ im Umfeld des Heilbronner Polizisten-Mordes nicht die erste. Schon 2009 hatte man in einem Waldstück den brennenden Körper des 18-jährigen Arthur C. gefunden. Auch dieser junge Mann war zuvor in den Fokus der Ermittler des Kiesewetter-Mordes geraten. Bis aufs Haar hatte er einem erstellten Phantombild geglichen. Zwei weitere Todesfälle trafen eine Freundin des Zeugen Florian H. und deren Lebensgefährtin. Im Unterschied zu H. war Melisa M. aber bereits vom Untersuchungsausschuss vernommen worden, als sie starb. Die Motorradsportlerin sei an einem durch Sturz verursachten Blutgerinnsel gestorben, das eine Lungenembolie ausgelöst habe, hieß es. Ihr Freund Sascha W. verübte danach angeblich Selbstmord.

Als Baden-Württembergs Untersuchungsausschuss jetzt die Zeugin Corinna B. laden wollte, bekam er vom Meldeamt den Hinweis, sie sei am 2. Februar verstorben. Es gebe keine Hinweise auf Fremdverschulden, teilte der Ausschuss mit. Wegen der Häufung von Todesfällen habe man aber, um Beweise zu sichern, gegen die vorgesehene Einäscherung des Leichnams intervenieren wollen, sagt Ausschussvorsitzender Wolfgang Drexler. Man kam zu spät. Die Leiche war schon verbrannt.



Im Auto seiner Eltern verbrannte NSU-Zeuge Florian H. am Tag seiner geplanten Vernehmung im Herbst 2013. Angeblich war es Selbstmord. FOTO: OSKAR EYB

## Wahlkampf in 140 Zeichen: Wilders gibt den Trump

Die Niederländer wählen am 15. März ein neues Parlament. Der Rechtspopulist Geert Wilders hat beste Chancen, stärkste Kraft zu werden. Alles dreht sich nur um ihn.

VON ANNETTE BIRSCHEL

**DEN HAAG** – Zwei Männer treffen sich im Zigarren-Salon im schicken Hotel des Indes in Den Haag. Sie nehmen in den tiefen Clubsesseln aus rotem Leder Platz. Der eine ist der bekannte TV-Journalist Rik Niemann, der andere der Rechtspopulist Geert Wilders. Es geht um die Zukunft der Niederlande.

Es war eine pompöse Kulisse für einen bemerkenswerten Auftritt gestern. Zum ersten Mal vor der Par-

lamentwahl am 15. März stellte sich Wilders eine Stunde lang den kritischen Fragen eines TV-Senders. Bislang hatte er selbst persönlich gar nicht im Wahlkampf mitgemischt. Dabei dreht sich bei dieser Wahl alles um ihn, den hochgewachsenen Politiker aus Venlo.

28 Parteien bewerben sich um die 150 Sitze der Zweiten Kammer. Nach den Umfragen kann Wilders Partei für die Freiheit (PVV) mit gut 20 Prozent stärkste Kraft werden.

Unter strengster Geheimhaltung war das TV-Interview in Den Haag aufgenommen worden. Nach Bedrohungen durch radikale Islamisten wird der Politiker seit gut zwölf Jahren rund um die Uhr bewacht. Aber das ist nicht der Grund, warum er eigentlich Medien meidet. Warum sollte der 53-jährige Abgeordnete mit Bürgern reden? Warum mit anderen Politikern debattieren? Warum sich den kritischen Fragen in Talkshows stellen? Das sei überflüs-

sig, sagte Partei-Chefideologe Martin Bosma kürzlich. „Es geht doch sowieso nur um ihn.“ Nur mit seinem Smartphone präsentiert sich Wilders als Alternative zum „Establishment“. Ein Tweet, ein Schlag unter die Gürtellinie des Gegners in 140 Zeichen. Immer wieder ist ihm die totale Aufmerksamkeit gewiss.

Geert Wilders

Chef der Partei für die Freiheit

FOTO: MARTIJN BEEKMAN/DPA



Vor einigen Tagen war es wieder einmal soweit: Wilders verbreitete über Twitter ein manipuliertes Foto, das den Linksliberalen Alexander Pechtold angeblich zwischen radikalen Islamisten zeigte, die die „Scharia für die Niederlande“ forderten. Medien und Politiker reagierten

entsetzt. Wilders frohlockte über die Aufmerksamkeit. „Und billig ist es auch“, sagte er nun in dem TV-Interview und weist auf sein großes Vorbild in den USA.

Wie US-Präsident Donald Trump kommuniziert Wilders am liebsten über Twitter. Wie dieser sieht er sich im Kampf gegen die „Elite“ von Medien und Politik. Und auch er setzt voll auf „Holland First“. „Unser Land ist gekapert, und wir müssen es wieder zurückerobern“, sagte er nun erneut. Er will nach einem Wahlsieg den Islam aus den Niederlanden verbannen. Auch Wilders setzt gerne auf Fake-News: Blonde Frauen trauten sich nicht mehr auf holländische Straßen, betonte er.

Das Programm seiner Partei für die Freiheit passt locker auf eine DIN-A4-Seite. Wichtigste Punkte sind der Austritt aus der EU, Grenzen dicht, Verbot des Koran und der Moscheen. Die simplen Botschaften kommen an. Nicht nur bei seinen

## Juncker will keine zweite Amtszeit

EU-Kommissionschef sieht Probleme beim Brexit

**BRÜSSEL** – Jean-Claude Juncker will nicht noch einmal EU-Kommissionschef werden. „Ein schöner Wahlkampf war das“, sagte Juncker im Gespräch mit dem Deutschlandfunk über die Zeit vor der letzten Europawahl im Jahr 2014. „Es wird aber keinen zweiten in der Form geben, weil ich nicht noch einmal antreten werde.“ Für den 62-jährigen Luxemburger ist etwa die Hälfte seiner bis 2019 dauernden Amtszeit vorbei. Er wurde 2014 von den europäischen Staats- und Regierungschefs ernannt und trat sein Amt im

Jean-Claude Juncker

EU-Kommissionschef

FOTO: OLIVIER HOSLE/DPA



November an. Für die bald anstehenden Verhandlungen mit Großbritannien über den EU-Austritt hat Juncker eine düstere Prognose. „Die Briten, die werden es schaffen, ohne große Anstrengung die anderen 27 Mitgliedsstaaten auseinanderzudividieren“. Bisher haben die EU-Staaten Versprechungen an London abgelehnt. Inhaltlich will Brüssel erst mit London über die künftigen Beziehungen verhandeln, wenn die britische Regierung ihr Austrittsuchen offiziell eingereicht hat. Dieser Schritt wird für den März erwartet. Nach Schätzung von EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger könnte der Brexit die Deutscheine Milliarde Euro kosten. (dpa)

Stammwählern von etwa neun Prozent. Nach den Umfragen wollen ihm 20 Prozent ihre Stimme geben.

Doch das heißt nicht, dass er gute Chancen hat, Ministerpräsident zu werden. Nach dem Wahlsystem, das keine Sperrklausel kennt, kann faktisch nur eine Koalition regieren. Und nach den Umfragen sind für eine stabile Regierung sogar mindestens vier Parteien nötig. Zwar will bislang keine Partei mit Wilders zusammenarbeiten. Doch was geschieht nach einem Wahlsieg von Wilders? Die Angst vor einer weiteren Polarisierung des Landes ist groß.

Die Wähler sind verunsichert. 40 Prozent wissen noch nicht, wem sie ihre Stimme geben sollen. Nach einer Studie der Uni Amsterdam wollen bis zu 20 Prozent strategisch wählen, das heißt Wilders verhindern. Davon könnte die rechtsliberale VVD von Ministerpräsident Mark Rutte profitieren. (dpa)